

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 13. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zum Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie ist zum 31. März nach Budapest berufen. Er wird in einer Zeit hochgradiger ökonomischer und politischer Spannung tagen und dementsprechend Aufgaben zu lösen haben, die für die Zukunft der Partei von entscheidender Bedeutung sind. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen außer den Berichten der Parteileitung die Stellungnahme der Partei zur „Sozialpolitik“ der Regierung (worunter der Versuch zur Erdrosselung der Krankenkassen und zur Vernichtung der Streikfreiheit zu verstehen ist), die Fragen der Parteitagitation, der Parteipresse, die Aufgaben der Kommunalpolitik und der internationale Kongress. Als dritter Punkt der Tagesordnung ist der in ein entscheidendes Stadium getretene Kampf um das in Oesterreich bereits verwirklichte allgemeine Wahlrecht in das Programm des Parteitages aufgenommen. Die allgemeine Stimmung läßt erwarten, daß sich die Tätigkeit des Kongresses diesem Punkte in hervorragender Weise zuwenden wird.

Es wird seine Aufgabe sein, dem Wahlrechtskampfe des ungarischen Proletariats neue Wege zu bahnen, denn die alten Wege sind angehts der äußersten Verschärfung der ökonomischen Gegensätze und der rapiden Wandlung der politischen Lage untüchtig geworden. Die Existenz der verflochtenen Regierung Fejervary beruht auf dem Vertrauen der Massen, die von dieser Regierung die zugesagte Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts erwarteten, ohne die es kaum möglich schien, den zwischen Krone und Parlament ausgebrochenen Konflikt zu beilegen. Jedoch — es kam nicht dazu. Die Magnatenrevolte beugte sich vor der bloßen Gefahr der Wahlrechtsreform und trat, mit den früher angefeindeten Intentionen der Krone beladen, wohl auch mit der Verpflichtung, eine weitgehende Wahlreform durchzuführen, das Erbe Fejervarys an. Seitdem ist es die einzige Sorge der zur Regierung gelangten Koalition, in der der Großgrundbesitz unbedingt dominiert, sich um die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts herumzubringen. Das nach oben unbedingt demonstrativ servile Kabinett Bekere ist gern bereit, jeden Preis für eine solche Möglichkeit zu bezahlen, und es wird unbedingt eine Verlängerung der Zollgemeinschaft mit Oesterreich gewähren, wird doch damit die Gunst der dem Gesamtreiche zustrebenden Krone erworben und dem ungarischen Großgrundbesitz ein Abgabengebiet erhalten. In dieser Umarmung aber von Krone und Koalition muß das allgemeine Wahlrecht ersticken. Das ungarische Proletariat kann demzufolge heute weder auf die „Wünsche“ der Krone, noch auf die Verpflichtung der Regierung bauen, es steht wieder am Anfang seiner Kämpfe und zwar auf sich selbst angewiesen da. Die Möglichkeit einer günstigen Spaltung der bürgerlichen Parteien ist allmählich geschwunden, die an einer Zolltrennungspolitik interessierte industrielle Opposition zählt nur wenige Kämpfer und ist durch die Regierung total korumpiert, die bürgerliche Nationalitätenbewegung aber, deren parlamentarische Existenz vom Siege des Wahlrechtskampfes abhängig ist, unterliegt der brutalen Gewalt des brotneidischen panmagyarischen Beamtenadels. Allein die klassenbewußte Arbeiterklasse kann und muß den begonnenen Kampf ums Recht zu Ende führen.

Der Parteitag wird also die Taktik der Partei, die auf Unterstützung der wahlrechtsfreundlichen bürgerlichen Parteien beruhte, einer Revision unterziehen müssen, denn es existiert heute in Ungarn keine einzige bürgerliche Partei, kein einziger Faktor der bürgerlichen Politik, der die Forderung des allgemeinen Wahlrechts mit entscheidender Kraft vertreten könnte. Der Kongress wird voraussichtlich auf den Beschluß vom Jahre 1905 zurückgreifen müssen, der in ähnlicher Situation den Parteivorstand anwies, „den politischen Massenstreik vorzubereiten und im entscheidenden Moment des Kampfes wirksam zu machen“. Die vorgeschrittene Verelendung des ungarischen Proletariats, speziell der Landarbeiterschaft, wird diesem politischen Beschluß die weiteste ökonomische Unterlage bieten.

Die Verelendung eines großen Teiles der Landesbewohnerschaft, der Landarbeiter, ist an der äußersten Grenze angelangt. Bei einem Jahreseinkommen von 150—200 Kronen schmachten fünf Millionen Landarbeiter in versauerten Hütten in des Bortes wahrster Bedeutung bei schlechtem Wasser und schlechtem Brot. Trotz des insamen Ausnahmegesetzes, das die Ausübung des Koalitionsrechtes und die Arbeitseinstellung mit schweren Gefängnisstrafen belegt, drängt bereits in vergangenen Jahre die ungeheure Rot Jehntausende von unorganisierten Landarbeitern in den Streit und heute hält der Ruf der Empörung durch das ganze Land — lauter denn je. Die rapide Ausbreitung des Großgrundbesitzes treibt jährlich tausende ihres Bestes verarmte von der Scholle und die industrielozen Städte bieten ihnen keine Herberge; der einzige Ausweg aber, die Auswanderung nach Amerika bedingt den Besitz der für ungarische Verhältnisse horrenden Reisekosten, die für die große Masse der total Verarmten unerschwinglich sind. Dazu kommt die tiefe Verschuldung des

ungarischen Grundbesitzes in Betracht, die jedes dritte Joch Bodens bis zu seinem vollen Werte belastet. Man wird daher begrifflich finden, daß die nationale Presse und das Unterparlament in heulender But die nackte Gewalt reklamieren, um der elementaren Lohnbewegung der Landarbeiter überhaupt entgegenzutreten zu können. Die Umwandlung der lokalisierten Parteien in eine einheitliche, absolut konservative Gewaltspartei erklärt sich zum großen Teile aus der Furcht, die die hereinbrechende Hungerrevolte des Landarbeiterproletariats der regierenden Klasse einflößt.

Die brutale Gewalt wird die Lohnbewegung der Landarbeiter nicht unterdrücken, denn diese Bewegung ist der elementare Kampf hungernder Millionen, die an der menschlichen Grenze des Leidens angekommen sind. Der Landarbeiterverband zählt rund 50000 Mitglieder, also kaum 10 Prozent der gesamten Landarbeiterschaft, doch jahrelang wogte der Kampf der Massen total unorganisiert, aber dennoch durch die Natur der Landarbeit zeitlich zusammengefaßt und deshalb überwältigend. Für Ungarn bedeutet ein Landarbeiterstreik überdies die Lahmlegung der industriellen Produktion, denn das gemeinsame Zollgebiet beschränkt den Absatz der immerhin spärlich vorhandenen Industrie auf den heimischen Markt, dessen Kaufkraft wieder das landwirtschaftliche Einkommen bestimmt. Die entscheidende Bewegung der ungarischen Landarbeiterschaft wird angesichts der bormierten wildwütigen Raublust der regierenden Feudalen die schärfsten Formen annehmen müssen. Diese Bewegung zu disziplinieren, die Kräfte der Partei der schleimigen Organisation der Masse der Unorganisierten zuzuführen, ist die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe der ungarischen Sozialdemokratie. Es wird die Aufgabe der Partei sein, die hereinbrechende Bewegung den politischen Heilen der Partei, dem Emanzipationskampfe des ungarischen Proletariats dienstbar zu machen. In diesem Sinne kann man sagen, daß der zusammenstrebende Kongress nicht vor die Frage der Fuzionierung eines politischen Massenstreiks gestellt ist, sondern vor die Frage der Führung eines unvermeidlichen ökonomischen Massenstreiks, der in den Augen der Herrschenden längst zur „nationalen Katastrophe“ geworden und von ihr mit politischen Mitteln bekämpft wird.

Die ungarische sozialdemokratische Partei ist eine ausschließlich gewerkschaftliche Organisation, die nur in ihren Spitzen die Formen einer politischen, zusammenfassenden Organisation annimmt. Umso entschlossener muß sie den nahenden Kampf zum Siege führen, in dem sie das parlamentarische Wahlrecht zur Sicherung des Koalitionsrechtes erlangen muß, das eben jetzt den heftigsten Angriffen ausgesetzt ist. Der Parteikongress wird unter dem Eindruck der gewaltigen Aufgabe stehen, vor die die geschichtliche Entwicklung der Partei gestellt hat und es steht zu hoffen, daß persönlicher Streit der gebieterischen Notwendigkeit der entscheidenden Stunde weichen wird.

Die russische Revolution.

Die Lage.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt die auswärts verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende Auflösung der Reichsduma für „völlig aus der Luft gegriffen“.

Das Dementi ist von sehr geringem Wert. Die Regierung bereitet sich jedenfalls auf allerlei Eventualitäten vor, wie folgende Meldung zeigt:

Petersburg, 12. März. Der Kriegsminister, der dem gestrigen Ministerrat beizuhute, verfaßte eine geheime Zirkularnote, welche vom Gouverneur von Petersburg an die Behörden verhandelt wurde. Diese sollen sich danach in Falle von Unruhen mit den Militärbehörden einigen und eine sofortige teilweise Mobilmachung veranlassen.

Die nächste Dumasitzung findet morgen statt. Stolypin wird darin zunächst die Regierungserklärung verlesen und dann die sofortige Beratung des Budgets beantragen.

Der Führer der schwarzen Bande an der Arbeit.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Odesja, 12. März.

Die Befürchtungen wegen Pogrome wachsen im ganzen Süden. Anlah bietet die Agitation der drei russischen Leute und Ausführung des „Kischinewer Blattes“ „Drug“. Genannte Zeitung veröffentlicht ein langes Telegramm Krušchewans aus Petersburg anlässlich der begonnenen Mandatsprüfungen und der bevorstehenden Klaffung seiner Wahl. Krušchewan schreibt sein Telegramm, in dem die Duma, ihre Mitglieder und ihr Präsidium in bestigter Weise beschimpft werden, folgendermaßen: „Man hat beabsichtigt, uns, namentlich mich, aus der Reihe der Dumamitglieder zu streichen. Die jüdische Presse verhöhnt uns; angesichts der rechtmässigen Wahlen erachte ich solche Vergewaltigung eines Volkstreters seitens parlamentarischen Lumpengesindels als Frechheit und Verhöhnung des Volkes. Es darf nicht mehr geduldet werden, was jetzt geschieht. Ich erlaube die christlichen Leute bereit zu sein, das von schmutzigen Parasiten niedergelietene Volkrecht zu verteidigen.“

In Kischinew hegt man in steigendem Grade die Befürchtung, daß Pogrome die Folge solcher Aufreizung sein werden.

Die Sozialdemokratie und die linken Parteien in der Duma.

Die Frage des „linken Blocks“ (d. h. des Blocks aller Parteien, die „Linker“ sind als die R. D.) hat bereits während der Wahlkampagne eine hervorragende Stelle in den Pressen und Parteidebatten eingenommen. Von mancher Seite wird jetzt das Verlangen laut, diese Verbindung der linken Parteien, die vielerorts

während der Wahlen stattgefunden hat, auch in der Duma aufrecht zu erhalten und dadurch ihrem linken Flügel größeren Einfluß auf den Gang der Dumaarbeit zu sichern. Diesem gewiß von den besten Absichten hervorgerufenen Wunsch nach einer dauernden, durch gemeinschaftliche Disziplin geeinten Verbindung aller revolutionären und sozialistischen Parteien fehlt aber jede reale Grundlage. Er ist geradezu unerfüllbar, weil er auf der Voraussetzung beruht, daß die dem Block beitretenden Parteien, besonders die sozialistischen, im Namen der Einigkeit und Disziplin bis zu einem gewissen Grade auf ihr Programm, auf ihre Taktik, kurz auf ihre eigene politische Physiognomie verzichten müssen! Es ist überdies schließlich unmöglich, für die so verschiedenartigen Elemente, wie z. B. Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre oder Trubowiki und „einfache Linke“, einen gemeinsamen Boden zu finden, auf dem sie alle in Eintracht nebeneinander arbeiten könnten. Es genügt, als Beispiel die tiefgehenden Gegensätze zu erwähnen, die zwischen diesen Parteien im Kardinalpunkt der russischen Revolution — der Agrarfrage — bestehen!

Selbst wenn man annimmt, daß trotz aller ange deuteten Schwierigkeiten der linke Block schließlich doch zustande käme, er würde in der kürzesten Zeit an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen. Der Zusammenbruch des linken Blocks würde aber von allen Feinden der Revolution — von den Reptilien der „Kossija“ und Kowwoje Brestnja“ bis tief in die Reihen der Arbeiter hinein — weidlich zur Diskreditierung der revolutionären Parteien ausgeschlachtet werden und so tatsächlich der revolutionären Sache zum Schaden gereichen.

Von allen diesen Erwägungen ausgehend, hat sich die sozialdemokratische Dumafraktion entschieden geweigert, in irgend welche dauernde Verbindungen mit den übrigen linken Parteien zu treten. Gestützt auf ihre Grundsätze, will die russische Sozialdemokratie von Fall zu Fall frei darüber zu entscheiden haben, ob die Interessen des Proletariats und der Volksfreiheit, zu deren Erhebung sie in die Duma eingezogen ist, ein Zusammengehen mit den übrigen linken Parteien (eventuell selbst mit den Kadetten) erfordern.

Beispielung der Duma-Abgeordneten.

Der „Russ. Kurier“ meldet: Auf besondere Anordnung Stolypins wird momentan eine größere Abteilung tüchtiger Kriminalbeamten formiert, deren Aufgabe ist, die Reichsdumamitglieder zu beobachten und über ihre Tätigkeit, Verhalte usw. genau Buch zu führen.

Die Rigauer Folterkammer.

Petersburg, 9. März (Eig. Ber.)

In „Vorwärts“ ist wiederholt die Rede gewesen von den Mißhandlungen der politischen Verhafteten in Riga, woraus in bürgerliche Blätter („Bosische Zeitung“ usw.) wieder einmal Gelegenheit nahmen, ihre Raubgier vor dem russischen Polizeidepartement zu manifestieren, das sie eifrig in Schutz nahmen. Nun ist aber heute morgen in der russischen Presse eine offizielle Bekanntmachung erschienen, die das Bestehen einer Folterkammer in der politischen Polizei Rigos unumwunden zugibt! Wohl ist das Polizeidepartement bestrebt, die Brutalitäten der Rigauer politischen Abteilung zu „erklären“, es leugnet aber nicht, daß schwere Mißhandlungen der Eingekerkerten zur Erzwingung von Aussagen vorgekommen sind. Dabei wird wohlweislich ein Eingehen auf die einzelnen Fälle vermieden, die gezeigt hätten, daß die Tortur in der politischen Abteilung der Rigauer Polizei ununterbrochen über ein Jahr und länger andauert hat. Weiter erweist es sich, daß in der Verhörskammer tatsächlich auch zwei Schränke mit Folterwerkzeugen gestanden haben mit der lieblichen Aufschrift „Ruseum“. Die Agenten versicherten dem Direktor des Polizeidepartements, die in den Schränken vorgefundenen Gummischläuche, Stöcke, Nägel, Hämmer, Stricke usw. seien — den Verhafteten abgenommen worden und würden in den Schränken nur als „Museumobjekte“ aufbewahrt! Der Direktor des Polizeidepartements wußte aber sehr gut, was er von diesen Erzählungen zu halten hat und er verfügte die Entfernung der beiden Schränke.

Woher nun plötzlich diese Verognis des Polizeidirektors? Truftenmäßig, der selber als Procuratorgehülfe für politische Angelegenheiten in Riga nicht wenig zur Organisation der Folterkammer beigetragen und sehr gut gewußt hat, was dort die ganze Zeit über vor sich ging? Darauf gibt die Mitteilung ebenfalls Antwort: Es ist die Presse, die russische sowohl als auch die auswärtige, besonders die englische, die das Polizeidepartement gezwungen hat, jetzt so zu tun, als ob es die Denkerpraktik seiner Rigauer Agenten verurteile. Zum Schluß macht die Mitteilung bekannt, daß zur allseitigen und abschließenden Klärung der begangenen Verbrechen auf Grund des Rapport des Polizeidirektors durch Verfügung des Ministers des Innern eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet werde. Hat sich die hohe Polizeibureaukratie zu diesem Schritt entschließen müssen, so ist das eben ein Beweis, daß in Riga Mißfakten vorgekommen sind, über die selbst das russische Polizeidepartement nicht hinwegsehen kann — wohl aber die deutsche bürgerliche Presse. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. März 1907.

Abschluß der Kolonialdebatte.

Es kam dem Gottentottenblock heute überraschend, daß Genosse Bebel zur dritten Lesung des Kolonialnachtragsrats das Wort ergriff und noch einmal Kritik übte an dem Tamtam, der vor der Auflösung des Reichstages geschlagen worden ist. Die Ausschließung eines Titats aus seinem Bunde: Die Frau und der Sozialismus — durch den Kolonialdirektor Dernburg wies Bebel als eine unberechtigte, nur durch eine Verdrehung mögliche nach. Dann aber konstatierte Bebel aus der Denkschrift der Ansiedlungsgesellschaft für Südwestafrika, daß die Darstellungen Dernburgs

Die Insertions-Gebühr

belägt für die hochgezogene Personengruppe über deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Injunkte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

über die Fruchtbarkeit und Ertragsfähigkeit der Kolonie höchst übertriebene, nur Wahlschweden dienende waren. Scharf berarbeitete Bebel die Nachschästen, die auf kriegerische Verwickelungen mit den Eingeborenen abzielten. Für seine Behauptungen führte Bebel unwiderlegliches Material vor, so daß der Kolonialdirektor Dornburg nur mit ein paar feichten Bemerkungen darauf zu antworten vermochte. Den freisinnigen Kolonialwärtern hielt Bebel ihre eigene Opposition gegen die Kolonialwirtschaft entgegen; so die Haltung Eugen Richters, die Beschlüsse gegen die Kolonialpolitik auf dem freisinnigen Parteitag zu Wiesbaden, ferner auf dem Parteitag zu München 1906, Reden von Kopysh usw. u. v. m. Schließlich hält Bebel die Tatsache, daß die Finanzen des Reiches sich in der traurigsten Verfassung befinden, für ein Genugtuung des Kolonialleifers; die Bewilligungslust finde hier ihre Schranke.

Zwischen dem Zentrumsgesandten de Witt und dem Nationalliberalen Baasche entstand ein Geplänkel über Wahlkreise im Wahlkreis Kaiserlautern, bei dem Baasche nicht gut abschnitt. de Witt verlangte lokale Widerrufung der gegen das Zentrum behaupteten Dinge oder Beweis; beides gab Baasche nicht.

Nach längerer Debatte, in die Genosse Ledebour noch scharf eingriff, wobei er einen unberechtigten Ordnungsruf von dem sich wichtig machenden Blockpräsidenten freisinniger Couleur kämpf erhielt, wurde der Nachtragset in dritter Lesung von der Blockmehrheit bewilligt und damit das Streitobjekt vom 13. Dezember 1906 aus der Welt geschafft. Uff!

Kunmehr wurden die Interpellationen wegen der Strafprozeßordnung zur Beratung gestellt. Für das Zentrum begründete der Abgeordnete Gröber, für die Nationalliberalen der Abgeordnete Heinze die Interpellationen, die dann vom Staatssekretär für das Reichsjustizamt Nieberding, in flacher, höchst unbefriedigender Weise beantwortet wurden. Der Abschluß der Reform der Strafprozeßordnung sei wünschenswert, der Reichskanzler wolle diesen Abschluß; finanzielle Bedenken beständen nicht; die zwei Jahre Kommissionsarbeit möchten nicht verloren sein — mit diesen und ähnlichen Redewendungen vertröstete der Staatssekretär das Haus. Nebenher machte er einige Andeutungen über den Charakter der Reformstelle, die unserem Genossen Stadthagen Veranlassung gab, die Frage einer gründlichen Reform unseres Justizwesens aufzurollen und eine Reihe von Forderungen zu stellen, deren Erfüllung allein imstande wären, das gesunkene Ansehen der Justiz zu heben.

Stadthagen kritisierte vor allem die Art und Weise, wie der Staatssekretär Nieberding die reformerischen Arbeiten hemmt und verschleppt. Er tadelte, daß der Reichstag sich immer mit den Vertröstungen abgeben ließ und meinte, die Arbeiten der Kommission seien nicht tauglich. Scharfe Töne verlegte er den mittelalterlichen Privilegien der Staatsanwaltschaft. Weiter zeigte er, wie eine gute Justiz in Wirklichkeit aussehen müsse. Die Reform müsse beginnen bei der Voruntersuchung, die oft zur Marter und Reinigung ausarte, aber auch bereits den Untersuchungsrichter vorbestimme, befangen mache und psychologisch beeinflusse. Es sei eine Gefahr, die Vereinfachung in das Belieben des Richters zu stellen. Die Schäden der heutigen Justiz schilderte Stadthagen an den unglücklichen Opfern eines inquisitorischen Verfahrens, an den Klassenurteilen. Der Staatssekretär habe noch keine Zeit gefunden, eine Statistik über Verhaftungen Unschuldiger zu veranlassen, auch scheine ihm die Berufung gegen Säururgerichte ein noli me tangere zu sein. Zum Schluß appellierte er an das Haus, ganze Arbeit zu machen, nicht gefährliche Vorschläge einzutauschen gegen kleine Konzessionen. Im bürgerlichen Staat werde freilich nie eine auf der Gerechtigkeit basierende Justiz zu erwarten sein. — Danach wurde die Beratung auf morgen vertagt. —

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite Beratung des Eisenbahnnetzes beendet. Prinzipielle Fragen wurden nicht mehr erörtert, im wesentlichen beschränkte sich die Debatte auf lokale Fragen. Unter anderem wurde, wie schon seit Jahren, von verschiedenen Berliner Abgeordneten lebhaft über die Mängel im Berliner Vorortverkehr, insbesondere über die Ueberfüllung an Sonn- und Feiertagen geklagt. Abhilfe versprach Herr Breitenbach ebensowenig wie sein Vorgänger.

Am Mittwoch findet keine Sitzung statt. Am Donnerstag beginnt die zweite Lesung des Kulturbudgets.

Das Herrenhaus tritt am Mittwoch zusammen, um neben mehreren Vorlagen einen Antrag des Reichstagspräsidenten Dr. Graf zu Stolberg zu beraten, worin die Regierung um Vereinfachung von Mitteln zur Entschädigung derjenigen Hausbesitzer in den Grenzreisen ersucht wird, welche durch die im Interesse der heimischen Viehzucht getroffenen Sperrmaßnahmen geschädigt werden. Man sieht, die Herren verstehen ihr Geschäft, von der Regierung Sondervorteile für sich zu erbitten, vorzüglich.

Das Erbe Dornburgs.

Unter diesem Titel bringt der „Bayerische Kurier“ folgende amüsante Schilderung:

Die Darmstädter Bank, deren Leiter bis zum vorigen Sommer unsere jetzige Koloniallegation war, hat eben ihren Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr verfaßt. Wir haben mit Interesse den Bericht durchgesehen — und keine Zeile über das Aussehen Dornburgs gefunden. Keinerlei Vermerk kommt über diesen Verlust zum Ausdruck, wohl aber über andere Verluste, welche Dornburg der Bank eingebrockt hat. Aus dem Schmelzen des Geschäftsberichts über die Personalveränderung im Direktorium darf man also nicht schließen, daß diejenigen Bankdirektoren die besten sind, von welchen man am wenigsten spricht. Das Münchener Scheit-Blatt, die regierungsfremde liberale „Allgemeine Zeitung“, läßt sich in ihrer Nummer 116 unter anderem also über den Kasus aus:

„Bestimmten glaubten, es werde keine höhere Quote als 6 1/2 Proz. verteilt werden, und die höchsten Schätzungen auf der anderen Seite gingen nicht über 7 1/2 Proz. hinaus. Nun hat die Bank allen eine angenehme Überraschung gebracht, indem sie die gleiche Dividende wie im Vorjahre, nämlich 8 Proz., in Vorschlag bringt. Allerdings steht aber der Abschluß deutlich unter dem Eindruck, den die Spuren Dornburgs hinterlassen haben. Schon ein flüchtiger Blick auf die Ziffern zeigt, daß es der jetzigen Verwaltung vor allem darauf angekommen ist, die inneren Verhältnisse der Bank wieder zu konsolidieren, nachdem der Draufgänger Dornburg das untere zu oberst geföhrt hatte. Die beiden bedeutendsten Hinterlassenschaften Dornburgs, Feldburg und Deutsch-Luzernburg, haben offenbar sehr bedeutende Abschreibungen erfordert, um mit aller eckelhaften Vorsicht bilanziert werden zu können.“

Sehr bezeichnend ist, daß der Geschäftsbericht nicht mit einem Worte des Rücktritts Dornburgs gedenkt und den üblichen „Nachruf“ mit der obliegenden Anerkennung der großen Verdienste usw. vollständig unterläßt. Da das kaum ohne Absicht geschehen sein dürfte, so darf man in dem Still-schweigen vielleicht etwas wie einen erkühten Seufzer der Enttäuschung erblicken.“

Warum soll ein Bankdirektor, der sein Unternehmen dem Bankrott zuführen auf dem besten Wege war, nicht unsere Kolonien regieren und heben können? Hier lassen sich ja Dattelpalmen-Gaine von ungeahnter Ausdehnung mit einem Schlag aus dem Wästenlande gaubern. Bei der Bank aber dürfen derlei Phantasien keine Rolle spielen. Denn hier tragen die Aktionäre die Verluste, bei den Kolonien aber zahlt bloß das Volk. —

Die Agrarier und das Fleischbeschaugesetz.

Die Agrarier sind zwar sehr besorgt um die Gesundheit des deutschen Volkes, wenn es sich um die Einfuhr ausländischen Viehs handelt. Die Gefahr, die angeblich der deutschen Volksgesundheit durch die ausländische Trichine und Finne droht, wird von ihnen in besorgten Worten geschildert; und als im vorigen Jahre Sinclair die Schweineereien in den Chicagoer Schlachthäusern ent-hüllte, konnte ihre Entrüstung über die Gewissenlosigkeit der amerikanischen Schlachthauskompanien keine Grenzen setzen.

Anderes verhält sich ihr Heimatgefühl und ihr vaterländischer Sinn gegenüber der nationalen deutschen Trichine und den „einheimischen“ Viehschnecken. Diese sind nach ihrer Ansicht der Volksgesundheit durchaus nicht gefährlich, fernermaßen ja die deutschen Verdauungsorgane „wenig empfindlich“ sind. Die Herren Agrarier sind deshalb auch Feinde des bestehenden Fleischbeschau-gesetzes, denn das für völlig ungenießbar befundene Fleisch wird vernichtet; und so weit geht denn doch die Besorgtheit der patriotischen Herren um die Rügen der „Volksgenossen“ nicht, daß sie bereitwillig Verluste tragen sollten. Zum mindesten muß also der Staat die Viehhalter, wenn das Fleisch des von ihnen aufgezogenen Viehs sich als gesundheitsschädlich erweist, reichlich entschädigen, oder aber die strenge Ueberwachung muß aufhören. Besser ist es immerhin, daß der „gemeine“ Mann sich mal den Rügen gründlich ruiniert, als daß dem Viehhalter der Profit beschnitten wird.

Einen interessanten Beleg zu dieser Anschauungsweise liefern die Verhandlungen des königlich preussischen Landes-ökonomikollegiums. Es sagte dort nach dem Bericht der „Deutschen Tagesztg.“ Regierungsräsident Graf Brühl:

„Die Fleischschau habe bewirkt, daß man schädliches Fleisch aus dem Verkehr gebracht habe, obwohl die Leute auf dem Lande recht wenig empfindlich seien. Er habe es erlebt, daß man mit Petroleum begossene Kadaver ausgegraben und verzehrt habe. (Heiterkeit.) Was auf dem Lande von Hunden verzehrt werde, lasse sich gar nicht sagen. Die Leute scheuen sich sogar nicht, mit Struppin vergiftete Hundekadaver zu verzehren.“

Herr v. Wangerheim meint, er würde es gerne sehen, wenn man, zunächst vielleicht erst vorläufig in einem Bezirk, das bedingt tauglich befundene Fleisch zu Fleischkonserven verarbeitete. Selbstverständlich müsse das unter strengster Aufsicht und Kontrolle geschehen, damit jeder Unfug vermieden werde und ähnlich wie bei der Margarine müsse die Herkunft auf der Verpackung deutlich kenntlich gemacht werden.“

Treffender kann das agrarische Gewächs von der Aufgabe des Staates, das deutsche Volk vor ausländischem Fleisch von fremdem Vieh zu bewahren, nicht illustriert werden. Ein Hoch der nationalen Trichine! —

Deutsches Reich.

Wellende Hoffnungen.

Nach der Reichstagswahl rechneten nicht wenige der bürgerlichen Blätter darauf, die Sozialdemokratie werde sich den Wahlausfall als „heiltsame Lehre“ dienen lassen, die Klassenkampftheorie abstreifen und als Sozialreform-Partei ihren Weg in das bürgerliche Lager zurückfinden. Die seit dem 6. Februar verfloffenen Wochen haben diese Mauerspieleranten mehr und mehr enttäuscht, und traurigen Gemüts sieht ein Blatt nach dem anderen sich zu dem Eingeständnis genötigt, daß keine Hoffnungsträume nicht reifen wollen, daß die Sozialdemokratie unbeteiligt ihren Weg fortsetzt und, soweit überhaupt der Wahlausfall einen Einfluß auf die Haltung der Sozialdemokratie gehabt hat, nicht der sogenannten revisionistischen, sondern eher der radikalen Flügel eine Stärkung erfahren hat. So schreibt beispielsweise die amliche „Leipziger Zeitung“ im Anschluß an die Eratsdebatte im Reichstags:

„Die Auslassungen Davids sind für die Politiker lehrreich, die da meinen, die Sozialdemokratie sei nun halb überwunden, und um sie vollends zu zerschmettern, genüge es, immer mehr radikale Sozialpolitik zu treiben. Das wäre ein recht verkehrtes Mittel, um der Revolutionspartei beizukommen, und das ist auch keineswegs der Standpunkt der verbländeten Regierungen, wie das klar und deutlich aus der zweiten Eratsrede des Reichstagspräsidenten hervorgeht. Es wäre doch von einer Partei wie die Sozialdemokratie ganz unbegreiflich, wenn sie mit Verleumdungen die Forderungen aufstellen würde, deren Erfüllung die Wirkung hätte, die Arbeiter für die bürgerliche Gesellschaft zurückzugewinnen.“

Das Blatt meint dann, die bürgerlichen Sozialpolitiker hätten unrecht, wenn sie von der deutschen Sozialreform und gar der Gewährung von organisatorischen Freiheiten an die Arbeiter eine verhoffende Wirkung erhofften und fährt dann fort:

Wenn man die Zeichen aus dem sozialdemokratischen Lager beachtet, so kann man nur zu der Ueberzeugung gelangen, daß die von der Sozialdemokratie beherrschte Industriearbeiterschaft immer radikaler geworden und immer mehr den bürgerlichen Anschauungen entfremdet worden ist. Es ist sehr auffassend, daß die, wie wir kürzlich dargelegt haben, überaus scharfen Angriffe der Revisionisten in der „Neuen Gesellschaft“ und den „Sozialistischen Monatsheften“ von der gesamten sozialdemokratischen Presse gemißbilligt werden. Anfangs, in der ersten Verbländung über die Wahlberichterstattung, trat die sozialdemokratische Presse zwar recht kleinlaut auf, und man begegnete Andeutungen, als solle die radikale Entwicklung der Sozialdemokratie gehenmt werden. Aber das dauerte nicht lange. Bald brach wieder die alte revolutionäre Stimmung durch. Bezeichnend ist es, daß jetzt schon wieder die „Leipziger Volkszeitung“ auf ihre alten Anschauungen zurückkommt, wonach die Sozialdemokratie ihr revolutionäres Banner offener als je entfalten müsse. . . .

Die Sozialdemokratie lehnt sich also nicht an die Lehren der letzten Wahl, ihr ist es jetzt gleich, ob noch mehr Willkür durch die revolutionäre Phrase derkühnt werden, sie glaubt dafür tatkraftige Mittelreiter für die „Befreiungsrevolution“ zu gewinnen. Das ist die volle Herrschaft des Radikalismus in seiner höchsten Entfaltung.

Die Erschießung der Weisen während der Pariser Kommune ist, wie unser geistiger Leitartikel: „Ein historischer Fretum Walow“ nachwies, durch das Verhalten der reaktionären Versailler Regierung veranlaßt worden. Das geht aus der von der Regierung der Vereinigten Staaten im Jahre 1878 herausgegebenen diplomatischen Korrespondenz ihres Gesandten in Paris G. V. Wahburne aus den Jahren 1870 und 1871 unwiderleglich hervor. Eine ausführliche Besprechung und Wiedergabe der wichtigsten Aktenstücke veröffentlichte unser in St. Louis (Mo.) weilender alter Genosse

Adolf Heyner in der „Neuen Zeit“ bereits 1892, X. Jahrgang, I. Band, Seite 740—747, 778—785 und 814—820.

Genosse Heyner hat vor kurzem auch die wichtigsten Briefe des Gesandten Wahburne vom 13. Juli 1870 bis zum 29. Juni 1871 aus den diplomatischen Akten der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika überfetzt; sie erschienen im Verlage von J. G. W. Dietz Nachf., Stuttgart, unter dem Titel: „Der Schuß der Deutschen in Frankreich 1870—1871“, ein interessantes Bündchen von 175 Seiten, das wertvolle Aufschlüsse darüber gibt, in welcher tatkraftigen Weise einzig und allein der amerikanische Gesandte sich der Deutschen annahm. Außerhalb der offiziellen Kreise Deutschlands blieb diese Schutttätigkeit des amerikanischen Gesandten nahezu unbekannt, und wie Wilows Angriffe gegen die Kommune beweisen, scheinen auch die offiziellen Kreise nicht den Briefwechsel Wahburnes zu kennen. Die Sozialdemokratie bietet ihnen beste Gelegenheit, diese Lücke auszufüllen. Trotzdem zweifeln wir nicht, daß nach wie vor der Reichsländerverband wie seine Gönner und Günstlinge die alten Lügen über die Kommune wiederholen werden — das bringt das patriotische Geschäft so mit sich!

Ein aufgehobenes Urteil.

Hamburg, 12. März.

(Privattelegramm.)

Im Wiederaufnahmeverfahren wurde das Urteil gegen den Genossen Wabersky vom „Hamburger Echo“, das ihn wegen verleumderischer Beleidigung der Hamburger Polizei anlässlich der Kritik ihres Verhaltens in der Nacht nach der großen Nachmittags-Wahlrechtsdemonstration mit fünf Monaten Gefängnis belegte, aufgehoben. Genosse Wabersky wurde aus § 21 des Preßgesetzes zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, die als verbüßt gilt durch die erlittene zweimonatliche Strafhaft.

Bergeliche Hoffnung.

Die „Voll. Ztg.“ gibt sich wieder einmal unbegründeten Illusionen hin. Nicht über das zu erwartende Wunderprodukt der konservativ-liberalen Paarung, sondern über einen inneren Zusammenbruch der Sozialdemokratie. Einen Leitartikel, den sie einigen polemischen Auslassungen der „Neuen Gesellschaft“ widmet, beginnt sie melodramatisch:

„Der Ausfall der Reichstagswahlen hat die Autorität des Abgeordneten Bebel innerhalb seiner Partei schwer erschüttert. Jene Gruppe, die auf dem Dresdener Parteitag in der Kinderheit war, erhebt zuber-sichtlich ihr Haupt und führt eine freimütige Sprache, die bei den Freunden der „siegkrönenden“ revolutionären Taktik helle Entrüstung hervorruft. Es werden den Führern bittere Wahrheiten gesagt, an dem „Zentralorgan“ wird herbe Kritik geübt. Die „Revisionisten“ fügen sich nicht mehr in löblichem Gehorsam den Anweisungen der Parteileitung, und fast will es scheinen, als ob sich alle Bande frommer Scheu lösen.“

Mit bemerkenswerter Rückhaltlosigkeit rütteln einige Schriftsteller der Sozialdemokratie an den Grundpfeilern der Parteido-gmatik. Sie wollen nicht mehr gelten lassen, daß die Republik eine Notwendigkeit sei; sie wagen, die Verwerfung des ganzen Reichshaushalts für Unsin zu erklären; sie halten es nicht für den Gipfel von Weisheit und Charakterfestigkeit, bei jedem Hoch auf den Kaiser oder den Landesherren den Saal zu verlassen; sie brechen den Stab über den größten Teil der sozialdemokratischen Literatur, die Schriften von Marx und Friedrich Engels nicht ausgenommen. Es ist begreiflich, daß die um Bebel und Kautsky darob ergrimmen. Denn was will das werden?

Die „Voll. Ztg.“ gefaßt sich in maßloser Ueber-treibung, richtig ist, daß einige Parteischriftsteller an den sozialdemokratischen Grundpfeilern und der Taktik der Partei zu einer Zeit und in einer Form Kritik geübt haben, die Zurückweisung verdiente. Aber diese Kritik entpringt nur den Privatanschauungen winziger Kreise in der Partei, sie vermag an der prinzipiellen und taktischen Haltung der Partei nicht das mindeste zu ändern. Wenn sich die Parteipresse genügend sah, diese Aufgabe festzustellen, so zwang sie dazu nicht die Resonanz, die solche Ansichten etwa unter der Masse der Parteigenossen finden könnten, sondern die reichsverbändlerische, auch von dem Reichstagsgebäude Pragis, solche Privatmeinungen einzelner Sozialdemokraten in der Presse, in Flugblättern und Versammlungen auszusprechen.

Nach die bürgerliche Presse immerhin fortfahren, diese diffen-tierenden Genossen den ruppigen und doktrinären Dogmatikern gegenüber als mißhandelte Gemütem und verarmten Gemüts auszuspielen. Solche Tricks sind zu durchsichtig, um irgend welche Verwirrung stiften zu können! —

Nachmals die abgehandelte Hand vor Gericht.

Nach wiederholter Verurteilung gelangte am Dienstag vor der Zivilkammer des Oberlandesgerichts Breslau, wie uns von dort telegraphisch gemeldet wird, unter dem Vorbehalt des Senatspräsidenten Zimmermann die Entschädigungssache des Bier-pächers Franz Biewald gegen die Stadtgemeinde Breslau in der Berufungsinstanz zur Verhandlung, da die verurteilte Stadtgemeinde Revision gegen das Urteil der Zivilkammer des Landesgerichts eingelegt hatte. Biewald war bekanntlich bei den Breslauer Arbeiterkrawallen im vorigen Jahre von einem bis-her immer noch nicht ermittelten Schuttmann beim Zurücktreiben des Publikums von der Straße in die Häuser, als er die Treppe zu seiner Wohnung hinauffluchtete, die linke Hand glatt vom Arm abgeschlagen worden.

Namens der Stadtgemeinde machte in der Verhandlung Rechts-anwalt Wils geltend: Voraussetzung des § 1 des Tumultgesetzes sei der zeitliche und örtliche Zusammenhang der Beschädigung mit dem Tumult. Das sei hier nicht der Fall. Was auf die Hildebändlertrüge (in welcher Biewald wohnte) habe sich der Tumult nicht erstreckt, auch sei er zur Zeit der Tat unterdrückt gewesen. Ferner verlangte § 1 des Gesetzes, daß die zu entschädigende Abwechthandlung sich gegen die offene Gewalt gerichtet habe, nicht bloß gegen den Aufruhr und Aufruhr im allgemeinen. Biewald sei aber an den Vorgängen gänzlich unbeteiligt gewesen, habe also keine auffällige Gewalt angewendet. Schließlich müssen die Handlungen, welche die Schädigungen herbeigeführt haben, eine geschliche Maßregel gewesen sein; die Tat des Schuttmanns könne man aber keinesfalls als eine solche bezeichnen.

Das Oberlandesgericht wies die Berufung der Stadtgemeinde Breslau zurück und erklärte an, daß die Gründe und der Standpunkt der von Justizrat Wilschowsky vertretenen Klage Biewalds richtig seien. In den Urteilsgründen wird ausgeführt: Allerdings müsse der zeitliche und örtliche Zusammen-hang der Beschädigungen mit dem Tumult vorhanden sein. Man dürfe aber nicht die Befchränkung in das Wesch hineininterpretieren, daß diese Zusammenhänge unmittelbare sein müssen. Die örtliche Einwirkung des Tumults muß soweit verstanden werden, als die Friedensstörung reicht. Eine Zusammenrottung sei das Zusammenhalten von Menschenmassen zu einem alsbald in seiner Willkürigkeit und Gefährlichkeit erkennbaren Haude. Auf die Zahl der Teilnehmer komme es dabei aber nicht an. Deshalb seien die Menschenansammlungen auf der Hildebändler-trüge als im Rahmen des Tumults zu betrachten. Ferner gehe aus der Entstehungsgeschichte und dem Zweck des Gesetzes hervor, daß die Beschädigungen nicht nur eine sich gegen die offene Gewalt richtende Maßregel sein müssen. Es genügt, daß sie gegen die Zusammenrottung überhaupt gerichtet sind. Ferner sei die Tat des Schuttmanns nicht als eine geschliche

zu betrachten. Aber die Tat des Schuhmanns sei die Folge und der Ausfluss einer solchen gesellschaftlichen Handlung, nämlich des Befehls, die Straßen zu säubern und zu verhindern, daß sie von den Bewohnern wieder betreten werden. Auch Schmerzensgelder müssen dem Kläger zugestanden werden. Das Unmuthgesetz sei nach Artikel 108 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestehen geblieben. In ihm seien aber Inhalt und Umfang des Schadenersatzes nicht festgesetzt worden. Daher müßten die Bestimmungen des § 847 des B. G. B. Anwendung finden, und dieser Paragraph beziehe sich auf alle Handlungen, auch wenn sie nicht auf Verschulden des Schadenersatzpflichtigen beruhen.

Wienand behält demnach die ihm feinerzeit vom Breslauer Landgericht zugewilligten Schadenersatzansprüche, bestehend in einer dauernden Rente und in einem einmaligen Schmerzensgeld. —

Des Zeugniszwanges erster Abschnitt. Aus Halle wird uns berichtet: Zu dem bekannten Zeugniszwangs-Prozess des Rechtsanwalts Suchsland gegen den Genossen Redakteur Thiele vom „Volkswacht“ wurde heute vor dem Schöffengericht Genosse Redakteur Däumig, der bekanntlich in der Sitzung vor 14 Tagen wegen Eidesverweigerung mit einer Geldstrafe belegt worden war, vernommen. Die damals angeordnete Zwangshaft ist gegen Däumig nicht vollstreckt worden, weil er nach dem Prozeß die Erklärung abgegeben hatte, er müsse bekunden, daß er einen von den unter Anklage gestellten Artikeln selbst verfaßt habe; den Verfasser des zweiten Artikels könne er nicht nennen. Der Kläger, Rechtsanwalt Suchsland, beantragte wiederum die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs Rosenbüchse und auch Däumigs. Das Gericht lehnte aber die Verurteilung mit dem Hinweis ab, jene beiden Zeugen könnten als Teilnehmer oder Begünstigter nach § 56 Abs. 8 der Civ.-Proz.-Ord. in Frage kommen. Rechtsanwalt Suchsland blieb dabei, Thiele sei der Verfasser. Er verlangte eine Buße von 500 M. sowie die Verurteilung Thieles. Genosse Thiele beschwerte sich auf die Feststellung, er sei prozessuallich nicht verantwortlich. Das Gericht brachte zum Ausdruck, daß nicht bloß der Verantwortliche, sondern jeder, der in der Presse etwas verbreite, zur Rechenschaft gezogen werden könne. Redakteur Thiele habe aber im vorliegenden Falle mangels ausreichenden Beweises freigesprochen werden müssen. Rechtsanwalt Suchsland will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Ausland.

Die Ermordung des bulgarischen Ministerpräsidenten.

Die politische Mordchronik Bulgariens ist durch einen neuen Mord bereichert worden. Als am Montagmittag 5 Uhr der Ministerpräsident Petrow in Begleitung des Finanzministers Bahalov und des Kriegsministers Sarow von einem Spaziergange zurückkehrte, wurde von einem Manne namens Alexander Petrow ein Kugelmotiv auf ihn berührt. Petrow wurde durch mehrere Revolverkugeln tödlich verwundet und starb auf dem Transport nach wenigen Minuten.

Der Attentäter wurde ergriffen, ebenso wurden mehrere junge Leute, in denen man seine Komplizen vermutet, verhaftet.

Ob es sich um einen privaten Racheakt oder ein politisches Attentat handelt, ist bis jetzt noch nicht festgestellt. Der Täter soll erklärt haben, daß er Mitschuldige nicht gehabt habe; er habe das Attentat verübt, um das bulgarische Volk zu befreien.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Sofia noch gemeldet:

Der politische Charakter des Ministermordes ist ziemlich zweifellos, da der Täter selbst angibt, den Mord im Namen des bulgarischen Volkes zur Befreiung Bulgariens vollbracht und seit zwei Monaten geplant zu haben. Schon in meinem letzten Artikel über Bulgarien, der vor beinahe vier Wochen erschien, verwies ich auf Anzeichen einer bedenklichen Gärung in Bulgarien, die Ueberraschungen nicht unendlich erscheinen lassen. Ministerpräsident Petrow hatte damals die Universität wegen studentischer Demonstrationen schließen lassen, die Professoren entlassen und zahlreiche Studenten in die Armee einziehen oder in die Provinz abjähren lassen. Diese energische Politik rief die größte Erregung in ganz Bulgarien hervor und führte nicht bloß zu fortgesetzten heftigen Angriffen gegen Petrow in der gesamten Presse, sondern auch zur Einigung der gesamten oppositionellen Fraktionen, die gegen die Regierung Sturm liefen. Momentlich wurde immer wieder der Wortlaut laut, Petrow werde sich wie der Diktator Bulgariens und habe bei seinen scharfen Maßnahmen gegen die Universität die Sobraje nicht gefragt.

Frankreich.

Casimir Perier gestorben.

In der Nacht zum Dienstag verstarb der ehemalige Präsident der französischen Republik Casimir Perier.

Perier übernahm nach der Ermordung Carnots im Sommer 1894 das Präsidium der Republik. Seine Wahl war ein Angstprodukt; er wurde gewählt unter dem Eindruck des Entsetzens, das der Volkstrost Caserio unter der französischen Bourgeoisie verbreitet hatte. Seine Wahl bedeutete das Angst- und Schredenregiment des Kapitalismus. Gleichwohl war Periers Präsidentschaft nur von kurzer Dauer. Zwar hatte Perier seine Eisenbahn- und Bergwerksaktien durch eine jener Transaktionen, wie sie auch bei Boddieleski eine berühmte Rolle spielten, formell an andere Familienmitglieder übertragen; allein sein Freund und Geschäftsgenosse Raynal, der unter Periers Präsidentschaft Minister wurde, schloß mit den Eisenbahngesellschaften à la Lippelskirch die schmachvollsten Verträge ab, durch die dem Eisenbahnsyndikat viele Hunderte von Millionen geopfert wurden! Dies neue Panama, dessen namentlich von den Sozialisten erfolgte Enttarnung Raynal stürzte, rief auch deren Hintermann und Protektor in den Strudel hinein. Am 15. Januar 1895 mußte auch Casimir Perier demissionieren!

Seitdem war der nunmehr Verstorbene ein politisch toter Mann.

Die Deputiertenkammer zum Elektrizitätsarbeiterstreik.

Ueber die Abstimmung der Kammer in der Debatte über die Interpellation der Sozialisten, betreffend das Verhalten der Regierung im Elektrizitätsarbeiterstreik, (siehe gestrige Nummer unter „Letzte Depeschen“) wird heute aus Paris gemeldet: Nach den amtlich richtig gestellten Fikern wurde die Vertrauensumgebung für die Regierung mit 605 gegen 66 Stimmen angenommen. Die Minderheit besteht aus den gemäßigten Sozialisten, mehreren Sozialistisch-Radikalen und zehn Mitgliedern der Rechten. Zahlreiche unabhängige Sozialisten und Sozialistisch-Radikale enthielten sich der Abstimmung.

Spanien.

Die Corteswahlen.

Madrid, 12. März. Nach dem bis jetzt vorliegenden Wahlergebnis sind gewählt 902 Konservervative, 131 Liberale, 89 Republikaner, 13 Karlisten, 18 Demokraten, 8 Regionalisten, 9 Unabhängige und 7 keiner Partei Angehörige.

Madrid, 12. März. Das endgültige Ergebnis der Wahlen weist für die Konservervative eine bedeutende Mehrheit auf.

Ob es den spanischen Genossen diesmal gelingen ist, einen der Ährigen trotz des gewohnten amtlichen Wahlschwindels durchzubringen, läßt sich nach den bisherigen Meldungen noch nicht beurteilen.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 12. März.)

Das Notgesetz für den Militäretat enthält eine sehr große Menge Forderungen, die vor dem Hauptetat bewilligt werden sollen. Es sind das insbesondere fast alle Forderungen im Militäretat, welche Erhöhung erfahren haben oder neue Ausgaben darstellen. Bei der Militärjustizverwaltung ist eine Organisationsänderung in Aussicht genommen, die sich auf Militärgerichtsdirektoren bezieht. Die Forderung verurteilt eine Mehrausgabe von 65 000 Mark. Die Ausgaben werden bewilligt. Bei sehr hohen Anforderungen für Artillerieausrüstung und Festungsbauten entspinnt sich eine Debatte über die Frage, ob Festungsbaukosten auf den ordentlichen oder außerordentlichen Etat zu nehmen sind. Die Kommission stimmt der Regierung bei, welche erhebliche Summen auf den außerordentlichen Etat geschoben hat, der aus Anlehensmitteln zu decken ist. Von sozialdemokratischer Seite wird verlangt, daß die Einrichtungen der Festungswerke, die einen dauernd gleichbleibenden Wert nicht darstellen, unter allen Umständen in den ordentlichen Etat genommen werden. Das Zentrum schließt sich dem an. Es liegt natürlich im Interesse einer gesunden Finanzwirtschaft, daß die Schuldenwirtschaft möglichst eingeschränkt und möglichst viele Ausgaben auf den ordentlichen Etat genommen werden; reichen hier die Einnahmen nicht, so haben die Militärausgaben herzuhalten und die Bundesstaaten bekommen auch etwas vom Segen des „neuen“ Reiches zu spüren. Im übrigen werden die Summen im Betrage von einigen 40 Millionen bewilligt. Ohne erhebliche Debatte werden genehmigt 160 000 M. für den Neubau des Bekleidungsamtes in Koblenz, 150 000 M. für Kasernenbau in Alsenfeld, 210 000 M. für Kasernenbau in Sondersburg, 247 000 M. für neue Schießstände in Gletwitz, 250 000 M. für einen Kasernenbau in Mainz, 84 000 M. für diverse Schießstände, 150 000 M. für ein Garnisonlazarett in Koblenz und 150 000 M. für ein solches in Altona. Sodann wurden circa 19 Millionen für militärische Ausrüstungen, insbesondere für Verbesserung in der Bewaffnung bewilligt. Dabei werden eine Reihe kriegstechnischer Fragen besprochen, über welche große Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Bedenken, daß hier neue große Ausgaben erwachsen werden und diese Aussicht schließt in Einklang zu bringen ist mit dem Versprechen des Reichskanzlers, auch beim Militäretat durch Vereinfachung möglichst zu sparen, bezogen der Kriegsminister mit der Bemerkung, daß die Ausgaben nach Beendigung einiger jetzt im Gange befindlicher Umwandlungen wohl geringer werden dürften, große Hoffnungen hat er aber selbst nicht, da auf dem Gebiete alles dauernd im Fluß sei.

Nach Genehmigung einiger weiterer Kasernenbauten in Dredenhausen, Neubereich und Altona werden 31 Millionen für den Ausbau der Landbefestigungen bewilligt. Es folgen eine Reihe Ausgaben für die Heeresverwaltung in Sachsen: Ausbau und elektrische Anlage im Bekleidungsamt Leipzig, Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Königsbrunn, Erweiterung des Lazarett in Freiberg. In dem Truppenübungsplatz in Königsbrunn hat die Stabschefkammer dafelbst circa 1000 Hektar Land abgetreten; wie aber auf Anfrage von sozialdemokratischer Seite festgestellt wird, ist dadurch das Weiterbestehen dieser Stabschefkammer und ihres erblichen Sitzes in der ersten sächsischen Kammer nicht in Frage gestellt. Mit der Bewilligung von 10 800 000 M. für Vervollständigung des Eisenbahngesetzes im Interesse der Landesverteidigung schließt die Sitzung. Morgen: Marineetat im Notgesetz und Rest desselben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Keine Einigung in der Holzindustrie.

Auf Veranlassung des Gewerbegerichtsdirektors Lucht traten am Dienstagvormittag die Vertreter beider Parteien im Sitzungssaale des Gewerbegerichts zu Verhandlungen zusammen. Ein Einigungsamt war zu diesem Zweck nicht berufen, die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz statt, neben ihm saß als Beisitzer nur Herr Lucht. Der Zuhörerraum war von Arbeitgebern nicht besetzt.

Magistratsrat v. Schulz eröffnete die Sitzung mit der Bemerkung, er wünsche von Herzen, daß diese Verhandlungen der Anfang von Friedensverhandlungen sein mögen. — Weisiger Lucht sagte, er habe gesehen, daß die Differenzen in der Holzindustrie erhebliche Störungen im Gewerbe hervorgerufen haben, er habe deshalb, lediglich um dem allgemeinen Interesse zu dienen, Veranlassung genommen, die Parteien zu Verhandlungen zu bewegen.

Glocke, der nun das Wort erhielt, sagte: Wir sind der Aufforderung des Herrn Lucht gern gefolgt, da wir ja immer zu Verhandlungen bereit sind; aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitgeber jetzt sagen, was sie uns zu bewilligen denken. Unsere Forderungen sind ja aus den Verhandlungen, die wir vor Weihnachten hatten, bekannt. Zunächst fragen wir die Arbeitgeber, ob sie auf dem früher eingenommenen Standpunkt stehen, daß vor Eintritt in die Verhandlungen der status quo hergestellt werden muß. In diesem Falle müßten wir fordern, daß die Aussperrung aufgehoben wird, ehe wir in Verhandlungen eintreten.

Obermeister Rahardt antwortete: Das könne wohl nicht ernst gemeint sein, daß die Aussperrung vor Eintritt in die Verhandlungen aufgehoben werde, es werde doch bei einem Streik auch nicht verlangt, daß derselbe vor der Verhandlung aufgehoben wird. — Gewiß, sagte Glocke, es sei den Arbeitern erst mit dieser Forderung. — Darauf bemerkte Tischlermeister Brunzlow, man könne doch hinsichtlich der Aussperrung keine Zugeständnisse machen, ehe man sich nicht einig geworden ist über die Grundbedingungen einer Vereinbarung.

Die Vorfrage der Aufhebung der Aussperrung wurde hierauf nicht weiter erörtert. Man trat nun in die Verhandlungen selbst ein. Kloß, Stuttgart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, stellte an die Vertreter der Arbeitgeber die Frage, unter welchen Bedingungen sie zum Abschluß eines neuen Vertrages bereit wären. Ehe das nicht gesagt werde, könnten die Arbeitnehmer keinerlei Erklärung abgeben. — Obermeister Rahardt erklärte nunmehr: Die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit seien für die Arbeitgeber nicht diskutabel. In diesen beiden Punkten könnten den Arbeitern keine Zugeständnisse gemacht werden. Die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Proz. sei durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt, jedoch würden die Arbeitgeber an der Lohnfrage die Verhandlung nicht scheitern lassen, sie seien auch bereit, für ein schnelleres Arbeiten der Schlichtungskommission zu sorgen, auch über die Regelung der Montagegelder ließe sich reden.

Glocke bemerkte dazu: Das sei derselbe Standpunkt, den die Arbeitgeber vor Weihnachten eingenommen haben. Wenn sie diesen Standpunkt auch heute noch einnehmen, dann werde es nicht zu einer Verständigung kommen.

Arbeitgeber Wall sagte hierauf: Wenn dafür gesorgt werde, daß die Arbeitszeit in der Provinz verkürzt und annähernd der Berliner Arbeitszeit gleichgebracht wird, dann ließe sich nach einigen Jahren über eine Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin reden. Jetzt dagegen nicht. — Darauf entgegnete Kloß: Wenn die Arbeitgeber die Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit aufgeben wollen, dann habe die weitere Diskussion keinen Zweck, er müsse dann zu seinem Behauern nach Stuttgart zurückkehren, denn die Arbeitervertreter seien nicht legitimiert, die Frage der Arbeitszeit aus der Erörterung auszuscheiden.

Weisiger Lucht machte nunmehr im Anschluß an die Aeußerung des Herrn Wall den Vorschlag, die Parteien möchten sich in der Frage der Arbeitszeit dahin einigen, daß erst eine Verkürzung in der Provinz durchgeführt werde und dann die Verkürzung in Berlin in Erwägung gezogen werde. — Obermeister Rahardt erklärte sich gegen diesen Vorschlag. Den Arbeitgebern könne nicht zugemutet werden, daß sie hier eine Vereinbarung auf Kosten ihrer Kollegen in der Provinz eingehen. — Glocke sagte darauf: Es sei doch eigentümlich, daß die Arbeitgeber jede Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin mit dem Hinweis auf die Provinz ablehnen, während doch der Arbeiterschuttsverband seine ganze Kraft aufwendet, um eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Provinz zu verhindern. Die Arbeitszeit, welche durch die von den Arbeitgebern ins Werk gesetzte Aussperrung verloren gegangen ist, würde ausreichen, um die gesforderte Verkürzung für mehrere Jahre zu decken.

Im weiteren Verlauf der Debatte bemerkte Obermeister Rahardt, er halte es nicht für ausgeschlossen, daß man in der Holzindustrie zu einem Vertrage nach Art des Buchdruckertarifs kommen könne, der sich über ganz Deutschland erstrecke und die Löhne je nach den örtlichen Verhältnissen abjufe. Verschlechterungen der bestehenden Verhältnisse, namentlich eine Verlängerung der bestehenden Arbeitszeit, verlangen die Arbeitgeber nicht. — Dem gegenüber wandte Beder, Stuttgart ein, in Guben hätten doch die Arbeitgeber eine Verlängerung der Arbeitszeit um wöchentlich drei Stunden verlangt. Ganz entschieden lehnte Beder, es werde den Arbeitgebern unter keinen Umständen gelingen, den Arbeitern einen Vertrag aufzuzwingen. Das werde sich der Holzarbeiterverband nicht gefallen lassen. — Diese Bemerkung rief bei den Arbeitgebern lebhaften Unwillen hervor. Einer ihrer Vertreter, Herr Mitsch, meinte, daß Beder solchen Ton anschlage, sei hier nicht angebracht. Als Antwort auf Baders letzte Aeußerung sagte Tischlermeister Vordorf, Vorsitzender des Reformvereins der Tischlermeister: Die Arbeitgeber seien jetzt so gut organisiert, daß es ihnen wohl gelingen werde, dem Holzarbeiterverband einen Vertrag aufzuzwingen. Wenn aber kein Vertrag zustande käme, dann würden die Arbeitgeber die bisher geltenden Löhne kürzen. — Zur Frage eines allgemeinen deutschen Vertrages sagte Glocke: Der Holzarbeiterverband sei gern bereit, einen solchen Vertrag abzuschließen, aber nicht einen Vertrag, wie ihn die Arbeitgeber wollen. Was die Arbeitgeber jetzt bieten, sei so gering, daß man den Arbeitern nicht zumuten könne, darauf einzugehen und die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne etwas erreicht zu haben. — Als die zuzuhörenden Arbeitgeber diese Bemerkung mit Lachen aufnahmen, sagte Glocke: Ihr Lachen beweist, daß Sie kein Verständnis für die Situation haben. Wenn der Kampf noch einige Wochen dauern sollte, dürfte Ihnen das Lachen vergangen sein.

Kloß führte aus: In der Provinz sei in den letzten Jahren die Arbeitszeit erheblich verkürzt worden, jetzt sei es Zeit, daß auch Berlin wieder nachkomme. Ein Vertrag über ganz Deutschland nach dem Muster des Buchdruckertarifs werde sich wegen der ganz anders gearteten und in sich sehr verschiedenen Verhältnisse in der Holzindustrie für diese nicht durchzuführen lassen. Wünschenswert sei ein solches Vertragsverhältnis allerdings. Der Verbandsvorstand wünsche lebhaft den Abschluß von Verträgen, jedoch dürfe das nicht ein Ding sein, was wie ein Vertrag aussieht, in Wirklichkeit aber nur die Bedingungen der Arbeitgeber festsetzt. Das sei kein Vertrag. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin sei sehr wohl möglich. Die Arbeitgeber sagen zwar, die Industrie müsse zugrunde gehen, wenn die Arbeitszeit verkürzt werde. Auch vor zwei Jahren hätten die Arbeitgeber, ebenso wie jetzt, behauptet, die Industrie müsse zugrunde gehen, wenn die damals gestellten Forderungen bewilligt würden. Besonders die Firma Pfaff habe damals erklärt, sie werde es sich nach Bewilligung der Forderungen überlegen müssen, ob sie nicht die Produktion ganz ausgeben und sich nur noch mit dem Handel befassen solle. Aber die Firma Pfaff habe die Produktion bis heute noch nicht eingestellt, obwohl die Forderungen, welche als Ruin der Industrie bezeichnet wurden, seit zwei Jahren erfüllt sind. Herr Pfaff, der vor zwei Jahren auch von dem Ruin der Industrie sprach, ebenso wie heute, habe seitdem seinen Betrieb bedeutend erweitert. Ein Teil der Industrie leide allerdings, nämlich die Kleinmeister, die durch die Konkurrenz der Großunternehmer ihre Kundenchaft verlieren. — Tischlermeister Veege vom Reformverein bemerkte hierzu: Die großen Geschäftsinhaber könnten wohl die Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen, die Kleinmeister aber nicht, diese hätten sich deshalb den großen Arbeitgebern angeschlossen und diese lehnen hauptsächlich aus Rücksicht für die Kleinmeister die Verkürzung der Arbeitszeit ab.

Seitens der Arbeitgeber wurde in der Debatte auch die Voraussetzung aufgestellt, der Holzarbeiterverband habe diesen Kampf vorbereitet und die Arbeitgeber hätten, gewissermaßen in Notwehr, zur Aussperrung gegriffen. — Dieser Voraussetzung gegenüber sagte Glocke: Es sei nicht wahr, daß der Holzarbeiterverband diesen Kampf vorbereitet habe. Wenn kein Vertrag zustande kam, dann wäre ohne Vertrag gearbeitet worden. Selbstverständlich würden die Arbeiter dann die Konjunktur ausgenutzt haben. Daß aber jetzt, in diesem Frühjahr, Forderungen gestellt werden sollten, davon sei gar keine Rede gewesen. Vielleicht wären noch Jahre vergangen, ehe die Konjunktur durch Forderungen der Arbeiter ausgenutzt worden wäre. Wenn die Arbeiter aber durch Abschluß eines Vertrages auf die Ausnutzung der Konjunktur verzichten, dann müsse ihnen der Vertrag Verbesserungen bringen. — Obermeister Rahardt führte aus: Bei gutem Willen könne wohl ein Kodus gefunden werden, der den verschiedenartigen Verhältnissen in der Holzindustrie so weit Rechnung trage, daß der Abschluß eines Vertrages über ganz Deutschland möglich sei. Er denke sich einen solchen Vertrag auf der Grundlage, daß die Arbeitszeit in kleinen Städten nicht über 10, in großen Städten nicht über 9 Stunden hinausgehe. Hinsichtlich eines für Berlin abzuschließenden Vertrages präziserte Herr Rahardt nochmals den Standpunkt der Arbeitgeber: Bei Abschluß eines dreijährigen Vertrages solle eine Abschlagszahlung gewährt werden von 24 M. (wie bisher) im ersten, 25 M. im zweiten, 27 M. im dritten Jahre. Die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Proz. müsse aufgegeben, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit und das Obligatorium des Arbeitsnachweises.

Kloß erklärte hierauf: Unter diesen Bedingungen können wir keinen Vertrag abschließen. Wir können nicht vor unsere Mitglieder hintreten und ihnen die Annahme eines Vertrages ohne Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen. Das würden unsere Mitglieder unter keinen Umständen annehmen. Ich bedauere sehr, daß wir unseren Mitgliedern nicht zu einer Vereinbarung raten können, aber daß wir es nicht können, das ist nicht unsere Schuld. Die Arbeitgeber haben uns diese Möglichkeit genommen. Ich halte es nach dem heutigen Ergebnis der Verhandlungen nicht für notwendig, daß wir, wie Herr v. Schulz anregte, nochmal zusammenkommen. Nach meiner Meinung sind die Verhandlungen gescheitert.

Herr v. Schulz bemerkte, er fasse die Aeußerungen nicht als Abbruch, sondern als Verlogung der Verhandlungen auf, die jederzeit wieder aufgenommen werden können.

Kloß: Wir müssen es anders auffassen, Wir können auf

die Verkürzung der Arbeitszeit nicht verzichten. Wenn wir jetzt auseinandergehen, so sind die Verhandlungen gescheitert. Ich bedaure es lebhaft, daß wir nicht zum Friedensschluß gekommen sind, aber über die Frage der Arbeitszeitverkürzung können wir nicht hinweg. Mit den hier gebotenen Bedingungen können wir nicht vor unsere Mitglieder hintreten.

Herr v. Schulz machte nun den Vorschlag, ob es nicht möglich sei, einen Vertrag abzuschließen, wonach zunächst ohne Verkürzung der Arbeitszeit gearbeitet werde, der aber eine Bestimmung enthalte, daß nach einer gewissen Zeit eine Verkürzung der Arbeitszeit eintrete, oder doch darüber beraten werden müsse.

Auf diesen Vorschlag ging man auf keiner Seite ein. — Arbeitgeber Ball sagte zu den Vertretern der Arbeiter, sie sollten sich darüber klar werden, daß die Arbeitgeber nicht die Bestiegen sind. Darauf erwiderte Naah: Von Siegern und Besiegten ist hier nicht die Rede. Wir sind bereit, schon morgen die Arbeit wieder aufzunehmen unter den alten Verhältnissen. Aber einen Vertrag, der die alten Verhältnisse auf Jahre hinaus festlegt, wollen wir nicht. (Lachen bei den Arbeitgebern.)

Obermeister Rahardt (zu den Arbeitervertretern): Wir haben trotz unserer Gegnerschaft bisher in geschäftlichen Formen miteinander verkehrt. Jetzt muß Ihnen klar sein, daß sich unser Verhalten nicht mehr an die Grenzen freundlicher oder auch nur geschäftlicher Verhältnisse bindet. Wundern Sie sich nicht, wenn wir jetzt andere Kampfmittel anwenden.

Naah: Wenn das ein Schredsschuß sein soll, so geht er fehl. Einige Vorlesungen der letzten Zeit haben das Vertrauen zum Vorstand des Arbeitgeber-Schubverbandes sehr stark erschüttert, namentlich sein Vorgehen in Kiel und Burg. Hierüber werden wir demnächst Material veröffentlicht, auch Briefe von Herrn Rahardt. Daraus wird man sehen, daß es uns sehr schwer gemacht wird, in ein Vertragsverhältnis zu den Arbeitgebern zu treten, weil wir zu der anderen Seite nicht das Vertrauen haben können, welches man zu einem Gegenpartnern haben muß. Wenn Herr Rahardt von jetzt an nicht mehr in den Grenzen geschäftlichen Anstandes mit uns verkehren will, so wird er wohl aller Welt zeigen, was man in dieser Hinsicht von ihm lernen kann. Wir aber werden solche Lehren nicht annehmen, sondern nach wie vor Anstand und geschäftsmäßiges Verhalten wahren.

Hierauf schloß Herr v. Schulz die Sitzung, welche länger als drei Stunden gedauert hatte, mit dem Bedauern, daß es zu keiner Einigung gekommen ist.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes! Bei der am Sonntag, den 10. d. M. vorgenommenen Stichwahl sind zu Angeordneten für das Bureau gewählt die Kollegen Karl Joseph, Emil Weisler und Heinrich Hillecampes. Die Ortsverwaltung.

Die Automobilfahrer
waren am Dienstag früh bereit, die Arbeit zu den vom Gewerbeamt festgesetzten Bedingungen wieder aufzunehmen; aber sie ließen bei vielen Firmen auf Schwierigkeiten. Die Neue Automobilgesellschaft, Mandelhart, Stern, Zimmermann und Sohn, wollen sich dem Beschluß der Unternehmer-Vereinigung nicht fügen. Der Geschäftsführer Krieger von der R. A. G. erklärte: „Dieser Beschluß ist nur für die kleinen Besitzer (!) maßgebend; wir Großen machen, was wir wollen.“ — Bedag verlangt, daß die Fahrer 60 Pf. Wagenwachsgebühren (statt der festgesetzten 45 Pf.) zahlen. Die Firma will ferner ihre Wahl treffen, wo er wieder einzustellen sei. Die Bedagfahrer kamen zu einer Beratung zusammen und nahmen die Arbeit noch nicht auf. — Man hatte die Lösung ausgegeben, daß die Ausgesperrten geschlossen zurückkehren sollten und daß darauf zu sehen sei, daß die Vertrauensmänner zuerst Anstellung finden, weil diese einer Maßregelung in erster Linie ausgesetzt sind. Die Kommission der Fahrer hat bereits dem Gewerbeamt davon in Kenntnis gesetzt, daß in den genannten Betrieben der Beschluß des Einigungsamtes nicht zur Anerkennung gekommen ist. Die fahrenden Kollegen beschloßen in einer Versammlung, daß diejenigen, die gegenwärtig als Drohschiffahrt tätig sind, sich nicht eher um eine Stellung bewerben sollten, bis die Ausgesperrten untergebracht sind. Die Wiedereinstellung wird nicht so schnell vor sich gehen, wie erwartet, da sehr viele Wagen „im Bruch“ liegen, also reparaturbedürftig sind. Zur besseren Kontrolle ist eingeführt worden, daß jeder, der an der Ausperrung beteiligt war oder sich solidarisch mit den Ausgesperrten erklärt hatte, einen besonderen Stempel auf seiner Legitimationskarte erhält.

Infolge der Weigerung der „Bedag“-Gesellschaft, die Einigungsverhandlungen anzuerkennen, hat eine gestern stattgefundene Versammlung der Fahrer dieser Gesellschaft den Streik bei der „Bedag“-Gesellschaft mit 102 gegen 4 Stimmen beschlossen.

Achtung, Kürschner! In der Pelzwarenfabrik von Maier u. Co., Kommandantenstr. 76-78, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Maßregelung des Vertrauensmannes die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. Verband deutscher Kürschner, Zährstraße Berlin. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Barbiergehilfen! Differenzen sind entstanden bei Kröpke, Barthauserstr. 7a, Godenzweig, Kolonnenstr. 102, und besonders zu beachten ist die Firma Katschinski, Emdenerstr. 10, die sich das Durchbrechen der Forderungen wiederholt geleistet hat. Verband deutscher Barbier-, Friseur- u. Perückenmachergehilfen Berlin. Deutsches Reich.

Berliner Posamentiererei.
Die hannoverschen Arbeitgeber im Posamentiergewerbe scheinen von den Berliner Scharfmachern gründlich eingekeilt zu sein. Nach wochenlangen Verhandlungen war zwischen den Vertretern der Meister, der Gehilfen und der Leitung des Textilarbeiterverbandes ein Tarifentwurf zustande gekommen, welcher am Sonntag, den 3. März, unterschrieben werden sollte. Zu diesem Akt hatten sich die hannoverschen Meister Kollegen aus Berlin, unter ihnen den fastsam bekannten Meister Engel, versprochen. Diese gaben den „guten“ Rat, überhaupt in kein tarifliches Verhältnis mit den Gehilfen einzugehen, stattdessen man Herr im Hause bleiben müsse. Die hannoverschen Posamentierfabrikanten trafen auf den Leim und lehteten die Unterchrist ab. Die Gehilfen kündigten, da sie unter den Verhältnissen, unter denen am Orte bislang gearbeitet wurde, nicht weiter arbeiten wollten. Die Posamentiergehilfen im Reich werden gebeten, Hannover streng zu meiden.

Zur Bewegung der Schneider.
Ein Privattelegramm meldet uns aus Königsberg: Der Streik der Schneider und Schneiderinnen nimmt einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. 20 Firmen, darunter vier größere, haben die gestellten Forderungen bewilligt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe hat von München aus den Königsberger Unternehmern freie Hand in ihren Entscheidungen gelassen. Diese haben darauf ihren Tarif zurückgezogen und sich nunmehr bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten. Die Arbeitgeberkommission hat die Forderung, daß in allen Geschäften noch zwei Lohnhöhen bezahlt werden solle, zurückgezogen. Damit ist das größte Hindernis für eine Beilegung des Streiks beseitigt.

Die Schneider in Jitta u. besaßen, nach einem und zugegangenen Privattelegramm, ebenfalls den Streik. Sie wurden zu diesem Vorgehen durch den Arbeitgeberverband gezwungen, der ihnen Tarifveränderungen zumutete.

Auch die Schneider Rürnberg sind jetzt in den Ausstand getreten. Der Verband der Arbeitgeber hat den Arbeitern einen eigenen Tarifentwurf vorgelegt, der verschiedene Zugeständnisse enthält, zu gleicher Zeit wurde aber bemerkt, daß diese Zugeständnisse nur dann aufrecht erhalten werden, wenn bis Donnerstag in allen 40 Filialen, wo die Schneider in der Bewegung stehen, der Unternehmertarif angenommen und dies bei dem Arbeitgeberverband angezeigt ist. Anderenfalls seien die Zugeständnisse zurückgezogen und würde eine allgemeine Aussperrung erfolgen. Außerdem enthält der Tarifentwurf der Unternehmer eine Reihe von Forderungen für die Arbeiter. Aus diesen Gründen beschloß eine Schneiderversammlung, mit allen gegen 5 Stimmen, in den Streik einzutreten. Am Montag wurde die Arbeit nicht aufgenommen. Die Zahl der Streikenden beträgt gegen 600.

Die Granitauer und Schleifer der Firma Conradus in Eisenach reichten am 5. März sämtlich ihre Kündigung ein, da die Firma sich weigert, die unterbreiteten Forderungen ihrer Arbeiter anzuerkennen. Zwei weitere am Orte befindliche Granitwerke haben anstandslos die Forderungen anerkannt. Alle Granitarbeiter sind erfußt, etwaigen Arbeitsgesuchen obiger Firma nicht stattzugeben. — In Erfurt legten am 18. Januar sämtliche bei der Firma C. A. Merkel beschäftigten Steinarbeiter die Arbeit nieder. Da bis dato die Differenzen noch nicht beigelegt, die Firma aber allerorts tüchtige Steinmengen zu hohen Marktlöhnen sucht, so sind die Steinarbeiter hiermit aufmerksam gemacht, damit das Verhalten der betr. Firma gebührend eingeschätzt wird.

Die Westfälischen Stahlwerke in Bochum haben durch Vermittlung von Agenten am Freitag 150. Steiermärker erhalten. Den Leuten ist ein Lohn von 6 M. pro Schicht versprochen worden. Als sie hier waren und die Arbeit aufnahmen, wurde ihnen gesagt, daß sie „vorläufig“ nur 3,50 bis 4 M. erhielten. Der ganze Transport hat darauf die Arbeit verweigert. — Ebenso erging es auf demselben Werke einer Kolonne Schmelter, die aus Danzig herbeigekommen waren. Diesen waren zuerst 8 M. versprochen, jetzt sollen sie 5 bis 5,50 M. haben. — Vor Zugang sei gewarnt.

Achtung, Metallarbeiter! Ein Konflikt von größerer Bedeutung ist in der Solinger Stahlwarenindustrie ausgebrochen. Die Firma Gottlieb Hammer, Solingen-Rode, versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei ihr beschäftigten Arbeiter zu verschlechtern.

Am genannten Zweck zu erreichen, sollen von auswärts Arbeitskräfte herangezogen werden. Ganz besonders ist es Thüringen, darunter das Gebiet von Rudolstadt, wo bereits Werbeagenten tätig waren und wahrscheinlich noch sind, um für Hammerfähige Arbeiter heranzuschaffen. Ausgeschlossen ist selbstredend nicht, daß man auch in anderen Gegenden versuchen wird, Arbeitswillige zu engagieren. Die Differenzen haben sich bis zum bevorstehenden Streik zugespitzt, der vielleicht 600-700 Arbeiter umfassen kann.

Jeder Zugang von Metallarbeitern aller Art ist dabei nach dem Industriegebiet von Solingen fernzuhalten. Die arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Die Ortsverwaltung Solingen des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die englischen Streikbrecher.

Es ist traurige Tatsache geworden, daß England, das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung, den Hamburger Unternehmern Streikbrecher liefert. Allzuviel Freude dürften die Unternehmer an ihren ausländischen „Staatsdienern“ freilich nicht erleben. Diese Arbeitswilligen wurden, wie „Daily News“ mitteilt, in Witcheapel angeworben. Der Agent der Hamburger Reederei hatte sich in einer Wirtschaft niedergelassen. 300 wurden am ersten Tage angeworben, wie es heißt, werden weitere 800 gesucht. Tausende umlagerten das Haus, zumeist durch lange Arbeitslosigkeit und Entbehrungen heruntergekommene Gestalten, wie sie im Ostend von London zu Hunderten und Tausenden zu finden sind — die Ausgestoßenen der Gesellschaft. Der Werbeagent hatte sich zwei Kerle angenommen und viele wurden ohne weiteres als unbrauchbar zurückgewiesen. Organisierte Arbeiter dürften sich unter den Angeworbenen wohl kaum befinden; ein Teil wird der schweren Arbeit nicht gewachsen sein, die sie gar nicht verstehen, der andere Teil wird sich kaum sehr bemühen, die Zufriedenheit seiner Ausbeuter zu gewinnen. — Aber was macht's dem Unternehmern, es opfert lieber bereitwillig große Summen Geldes, ehe es berechtigten Forderungen der Arbeiter nachgibt. Und wie herrlich offenbart sich hier wiederum der Patriotismus der Unternehmer, die Ausländer zu Hilfe zu rufen, um den heimischen Arbeiter, den eigenen Landsmann, den „Bruder Arbeiter“, wie er in der Wahlzeit so schön genannt wird, zu unterdrücken.

Hamburg, 12. März. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) Ausgesperrt sind 3508 Schauerleute, zu den alten Bedingungen arbeiten 500. Englische Streikbrecher mit heute angekommenen 1500 Mann. Einige Schiffe kamen mit doppelter Besatzung, die Loharbeit selber verrichten.

Ausland.
Die Pariser Elektricitätsarbeiter halten die Augen auf. Der Syndikatsausschuß derselben hielt in der Arbeitsbörse eine Versammlung ab, in welcher er die Forderung aufstellte, zu den Verhandlungen zwischen der Gemeinderatskommission und den Vertretern der künftigen Elektricitätsarbeitergesellschaft zugezogen zu werden, um die Wünsche der Arbeiter darzulegen. Der Generalsekretär des Syndikats erklärte einem Berichterstatter, daß die Elektricitätsarbeiter im Falle einer Ablehnung ihrer Forderungen neuerdings in den Ausstand treten würden. Eine Versammlung am Freitag soll über weitere Schritte entscheiden.

Eine entsetzliche Pulverexplosion

hat sich gestern nachmittag im Hafen von Toulon an Bord des französischen Linien Schiffes „Jena“ ereignet. Durch die Katastrophe ist eine große Anzahl blühender Menschenleben vernichtet. Die Zahl der Toten und Verwundeten konnte bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden. Die Rettungsaktion wird erleichtert durch in kurzen Abständen erfolgende neue Explosionen, die durch die großen Pulverbörräte des Schiffschiffes hervorgerufen werden. Nur einem Teil der Mannschaft gelang es, durch Ueberbordspringen das Leben zu retten. Das Schiff wurde durch Feuer völlig zerstört. Der Telegraph übermittelt uns über die Katastrophe folgende Einzelheiten:

Toulon, 12. März. An Bord des Panzerschiffes „Jena“, das behufs Prüfung seiner Maschinen sich in einem Bassin des Arsenal befindet, ereignete sich heute nachmittag eine Pulverexplosion, der zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Torpedo war explodiert und brachte die Pulverbörräte zur Explosion. Das Hinterteil des Schiffes flog in die Luft. Die ganze Besatzung war an Bord. Ein Teil derselben konnte sich retten, man spricht aber von zweihundert bis dreihundert Toten. Die Explosionen dauern fort; weithin sind alle Fensterscheiben zertrümmert. Das Schiff führte die Flagge des Konteradmirals Ranceron und wurde von dem Kapitän Adigaz beföhligt.

Toulon, 12. März. Die Explosionen an Bord der „Jena“ folgten sich in Abständen von etwa einer Viertelstunde. In allen um die Bassins herum gelegenen Becken sind die Fensterscheiben

zertrümmert. Die elektrischen Leitungsbörräte glühen auf und schmelzen. Bei jeder Explosion werden Trümmer über 500 Meter weit geschleudert. Ein Granatenstück im Gewicht von etwa 10 Kilo flog in einer Entfernung von etwa 400 Metern von der „Jena“ nieder. Im Marinearsenal herrscht grenzenlose Verwirrung. Die Arbeiter, die sich zur Arbeit begaben, stürzten nach dem Bassin von Riffiech, wo eine Rauchsäule aufsteigt. Einzelne Gruppen wissen noch nicht, worum es sich handelt; plötzlich erfahren sie, daß die „Jena“ in die Luft geflogen ist und sofort bringt sich alles, so schnell wie möglich, auf Befehl der Offiziere in Sicherheit. Man weiß, daß die Pulverkammern des Schiffes gefüllt waren und die fortwährenden Explosionen lassen darauf schließen, daß alle vom Feuer ergriffen sind. Ueber die Zahl der Opfer ist nichts bekannt, doch vermutet man, daß sie sehr beträchtlich ist. Die Explosionen folgten sich immer häufiger. Beherzte Matrosen näherten sich mit Gefahr ihres Lebens; sie sahen, wie jeden Augenblick menschliche Körper in die Luft geschleudert wurden. Die Erregung ist fürchterlich. Man sieht Leute mit rauchgeschwärztem Antlitz und allen Zeichen des Schreckens in den Flügen ziellos landeinwärts eilen.

Toulon, 12. März. Die ganze Bevölkerung ist auf das äußerste erregt, die Straßen sind schwarz von Menschen, der Zugang zum Arsenal ist gesperrt; nur Offizieren, Unteroffizieren, Matrosen und Arbeitern ist der Eingang gestattet. Die Organisation der Hilfsaktion gestaltet sich schwierig, weil jeden Augenblick neue Explosionen erwartet werden. Man befürchtet, daß das Feuer auch die „Suffren“, das Flaggschiff des aktiven Geschwaders ergreift; mehrere Becken des Arsenal sind bereits in Brand geraten, weil brennende Trümmer auf die Dächer fallen. Der Transport der Verwundeten, deren Zahl auf 300 geschätzt wird, nach den Krankenhäusern beginnt jetzt; die Zahl der Getöteten wird ebenfalls auf 300 geschätzt. Viele Offiziere sind schrecklich verbrannt. Die von der Explosion verschonten Teile des Schiffes sind durch Feuer erheblich beschädigt. Alle diejenigen, die sich retten konnten, liefen eilfertig nach der Stadt, um ihre Familien zu benachrichtigen. Der getretete Obersternemann Sindicelli erzählt, daß eine große Anzahl Matrosen in dem für die Aspiranten bestimmten Räume verbrannt waren, wo der Aspirant Carlini einen geschäftlichen Vortrag hielt. Pflötzlich habe eine Explosion, deren Anfall von hinten gekommen sei, das Schiff erschüttert. Dank dem Umstande, daß der Vortrag gehalten wurde, hätten die meisten Leute, die dem Vortrage beizuohnten, sich retten können; sie seien nach vorn geflüchtet und hätten mit Hilfe der Leitern den Kai erreichen können.

Toulon, 12. März, 5 1/2 Uhr. Bis zur Stunde ist es noch nicht möglich, die genaue Zahl der Toten und Verwundeten anzugeben; man spricht von 50 Toten und 100 Verwundeten, doch ist es möglich, daß die Zahlen größer sind. Um 4 1/2 Uhr wurde bekannt, daß das ganze Hinterteil des Schiffes brennt, daß aber Explosionen nicht mehr zu befürchten sind. Man glaubt, daß auch der Kommandant und der erste Offizier der „Jena“ sich unter den Opfern befinden, weil von ihnen keine Nachrichten vorliegen.

Toulon, 12. März, nachmittags 6 Uhr. Es bestätigt sich, daß Admiral Ranceron bei dem Unglück auf der „Jena“ verwundet worden ist.

Das Linien Schiff „Jena“.

Die „Jena“ war das schönste Schlachtschiff der französischen Flotte; sie diente als Typ und sollte mit der „Suffren“ zusammen die Grundlage der künftigen Flotte bilden. Die anderen Schlachtschiffe, die nicht vom Typ der „Jena“ sind, sollten allmählich außer Dienst gestellt werden. — Marineminister Thomson begibt sich heute abend nach Toulon.

Die „Jena“ wurde im Jahre 1898 vollendet. Das 122 Meter lange und über 20 Meter breite Fahrzeug hat einen Tiefgang von 8,40 Meter bei einer Wasserverdrängung von mehr als 12000 Tonnen. Das Schiff ist sehr stark armiert und hat einen Gürtelpanzer von 320 Millimeter Stärke. Drei Schrauben verleihen ihm eine Geschwindigkeit von 18 Seemeilen in der Stunde, zu deren Erzeugung 15500 Pferdekraft erforderlich sind. Die Besatzung bestand aus 668 Köpfen.

Angekündigte Interpellation wegen der Katastrophe.

Paris, 12. März. Marineminister Thomson hat von dem Senator Ronis eine Depesche erhalten, in welcher Ronis mitteilt, daß er den Minister über das Unglück auf der „Jena“ zu interpellieren gedenke. Ronis erklärt in der Depesche weiter, er werde in seiner Interpellation darauf hinweisen, daß dieses Unglück um so schwerer ins Gewicht falle, als es eine lange Reihe von Unglücksfällen krone, die die Regierung dazu hätte bestimmen müssen, alle zur Verhinderung solcher Unglücksfälle notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bersammlungs-Auflösung trotz des „Frauen-Segments“.

Gegen die bekannte ministerielle Verfügung über die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen handelte offenbar der Polizeileutnant, der gestern abend die Versammlung des Wahlvereins für den vierten Wahlkreis auflöste, obwohl die anwesenden Genossinnen sich, einer Aufforderung des Vorsitzenden Genossen Schulz entsprechend, in das „Segment“ begeben hatten, das hier, in den „Kartoffelkäfen“, durch eine in Etagenhöhe liegende Galerie gebildet wird. Dieser Raum ist durchaus so gelegen, daß er allen Anforderungen, die man mit dem Begriff „Segment“ verbinden kann, genügt. Gleichwohl erklärte sich der überwachende Beamte nicht zufrieden damit und verfügte gleich nachdem die Versammlung eröffnet war und Genosse Gramwald seinen Vortrag beginnen wollte, die Auflösung. Selbstverständlich wird Beschwerde gegen die unverständliche Maßregel erhoben werden.

Helgoland als Seefestung.

Essen (Ruhr), 12. März. (B. Z.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus erster Quelle erzählt, beabsichtigt die Marineverwaltung, das Oberland der Insel Helgoland anzukaufen und in seiner ganzen Ausdehnung zu einer starken Seefestung auszubauen. Mehrere Vorkäufe sind bereits gemacht worden. Die Besatzung der Insel wird gegenwärtig um 420 Mann verstärkt.

Eingeführt.

Zinsbrud, 12. März. (B. Z. B.) Die Ortschaften Gassenkirch und Gassenkirch in Bozarberg sind vollkommen eingeführt und von der Außenwelt abgeschnitten, mit der sie nur durch den Telegraphen in Verbindung stehen. Man befürchtet Lawinenstürze.

Die Verhaftung der französischen Westbahnen. Paris, 12. März. (B. Z. B.) Einem einstimmigen Ministerratbeschlusse zufolge wird der Minister der öffentlichen Arbeiten heute nachmittag in der Senatskommission erklären, daß die Regierung jede Verzögerung des Entwurfs betreffend die Verhaftung der Westbahnen bekämpfen und hierbei die Vertrauensfrage stellen werde.

Zimmererstreik.

Bordeaux, 12. März. (B. Z. B.) Die Zimmerleute der Gironde-Westen sind in den Ausstand getreten.

Reichstag.

16. Sitzung vom Dienstag, den 12. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Hr. v. Stengel, Dernburg, Dr. Nieberding.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Nachtragssetz für die Kolonien.

Abg. Webel (Soz.):

Dieser Nachtragssetz scheint die finanzielle Würdigung, die er von Rechtswegen von der Reichstagsmehrheit erfahren sollte, nicht gefunden zu haben. Als die verbündeten Regierungen vor einem Jahre den Etat für die Kriegsführung in Südwestafrika vorlegten, forderten sie in runder Summe 92 Millionen Mark. Mit Zustimmung der verbündeten Regierungen hat der Reichstag diese Summe auf 77 Millionen herabgesetzt. Möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen sich mit dieser Herabsetzung stillschweigend einverstanden erklärten, weil sie wußten: Wenn mehr nötig, wird es die Majorität des Reichstages schon bewilligen. In der Tat kam ja auch, sobald der letzte Reichstag im November zusammentrat, ein Nachtragssetz an das Haus, der sich aber nicht darauf beschränkte, die im Mai abgesetzte Summe von 15 Millionen zu fordern, sondern volle 20 Millionen forderte, d. h. also 14 Millionen mehr, als die Forderung der Regierung im Frühjahr betragen hatte. Das ist schon ein charakteristischer Beweis dafür, daß die Kosten für den Aufstand sich auf weit größere Summen belaufen, als vorausgesehen war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir erleben hier das selbe Schauspiel, das wir schon früher erlebt haben, als der Staatssekretär uns die Mitteilung machen mußte, daß für 1906 der Reichstag mit Ueberschreitungen von mindestens 25 Millionen Mark zu rechnen habe. Ich glaube auch nicht fehl zu gehen mit der Annahme, daß auch diese 25 Millionen, die gefordert werden, obgleich die Situation eine völlig andere geworden ist, nicht reichen werden, sondern daß wir mit weiteren Ueberschreitungen zu rechnen haben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber daß überhaupt eine solche Summe gefordert werden konnte, trotz der völlig veränderten Situation auf dem Kriegsschauplatz, ist bezeichnend für den Zustand der Dinge. Und wenn die Mehrheitsparteien mit großer Bereitwilligkeit darauf eingegangen sind, so scheint es mir nicht ganz überflüssig, auf einen Artikel aufmerksam zu machen, der von einem Manne verfaßt ist, welcher mehr als ein anderer in der Lage ist, die Situation in Südwestafrika zu beurteilen, das ist der frühere Gouverneur von Südwestafrika Generalleutnant a. D. Leutwein. In einem vom 16. Dezember 1906, also drei Tage nach der Reichstagsauflösung datierten Artikel der „Deutschen Revue“ stellt er Betrachtungen über die Verhandlungen des Reichstages an, insbesondere auch über die Frage, ob die geforderte Truppenmacht wirklich gerechtfertigt sei. Er kommt zu dem Resultat, daß auch ihm die geforderte Truppenstärke außerordentlich hoch erscheint. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er stellt also auf dem Standpunkte der Opposition vom Dezember, er ist gegen diese Forderung. An einer anderen Stelle des Artikels sagt er mit Nachdruck, daß er es den Abgeordneten sehr wohl nachfühlen könnte, wenn die geforderte Summe sie stutzig mache, ob das neue Vaterland da drüben die großen Opfer zu bringenden Opfer je lohnen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Gouverneur, der 11 Jahre da drüben tätig war, der das Land kennt wie kaum ein anderer, dies ausspricht, dann meine ich, ist das für die Opposition eine ganz außerordentliche Rechtfertigung. Und weiter führt er aus, wenn der Reichstag eine Forderung vorgelegt erhält, so hat er sie zu prüfen, nicht einfach zu bewilligen, und die Wähler sind ihm dank schuldig, wenn er sie gewissenhaft prüft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ausführungen von Leutwein, die heute ja selbst auf der linken Seite der bürgerlichen Mehrheit mißachtet werden, sollten Ihnen doch einmal den Standpunkt ins Gedächtnis zurückrufen, den Sie früher eingenommen haben. Schon bei dem Hauptetat habe ich darauf aufmerksam gemacht, in welchen überaus schmerzlichen Darstellungen insbesondere der Herr Kolonialdirektor sich in bezug auf die Kolonien ergangen hat, wie er dem deutschen Volke Zukunftsgemälde vorgezeichnet hat, die in seiner Weise zu treffen können, wobei er auch ausführte, daß dort aus einer verlorenen Dattelkiste Dattelbäume emporgeblüht seien. Der Kolonialdirektor hat geglaubt, mich dadurch widerlegen zu können, daß er aus meinem Munde „Die Frau“ eine Stelle zitierte, in der es heißt, daß in Asien und in Afrika 200 Dattelbäume auf einem Morgen gedeihen können. Die Zustimmung, die er fand, beweist nur, wie außerordentlich hoch sie in Ihren Ansprüchen an eine Widerlegung sind. Sie sagte ja, wie die Faust aufs Auge. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus der Tatsache, daß in Afrika und in Asien, wo die Dattelpalme heimisch ist, sie nur wenig Boden braucht und sehr fruchtbar ist, geht doch keineswegs hervor, daß sie in Deutsch-Südwestafrika fortkommen kann, wo sich bekanntlich weder der Boden noch das Klima für die Dattelpalme eignet. Es zeugt von einer großen Verlegenheit des Kolonialdirektors, daß er zu dieser Stelle greifen zu müssen glaubte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Verlaufe seiner Agitationsreise hat der Kolonialdirektor die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der südwestafrikanischen Kolonien bedeutend herabgesetzt. Besonders in seiner Frankfurter Rede hat er einen Ton angeschlagen, nach welchem, wenn er von vornherein angeschlagen wäre, die Stimmung gewisser Kreise sicherlich eine ganz andere gewesen wäre. Unter anderem sagt er von Südwestafrika wörtlich: „Das Land ist, wenn Mineralisierungen nicht in erheblichem Umfang noch neu erschlossen werden, minder begünstigt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine Herren, was haben wir in seinen ersten Reden nicht über die wunderbare Ertragsfähigkeit des Landes gehört. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter fährt er in dieser Rede fort: „Ein Eden wird dieses Land vielleicht nie werden, aber ein Land, in dem tüchtige Deutsche in größerer Zahl, als gegenwärtig angenommen wird, ein erfreuliches Dasein führen werden. Nach seiner ersten Rede war Südwestafrika ein Land, welches viele Millionen Deutsche aufnehmen könnte. Und er schließt dann: „Ich scheide deshalb Südwestafrika aus meinen Betrachtungen zunächst aus.“ Beschweiden kann man nicht sein. Und ich bedauere nur alle diejenigen, die auf Grund der wunderbaren phantastischen Schilderungen über die Entwicklungsmöglichkeit dieser Kolonie sich haben verleiten lassen, nach ihr zu gehen; unangenehme Erfahrungen werden ihnen nicht erspart bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die diesmalige Beratung der Südwestafrikanischen Etats kommt uns in ganz besonderer Nähe die Denkschrift anstatten, welche der Verwaltungsrat der Siedelungsgesellschaft für Südwestafrika verfaßt hat. Es ist charakteristisch, daß in dem Augenblick, wo wir in Deutschland gewissermaßen in eine neue Ära der Kolonialpolitik zu kommen scheinen, wo die Hoffnungen auf die Entwicklungsmöglichkeit des Landes aufs höchste gesteigert werden, daß da eine der bedeutendsten Kolonialgesellschaften in Südwestafrika erklärt, daß sie mit ihrem Geschäft fertig sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) daß sie nichts mehr machen könne, und daß sie in Liquidation treten müsse. Das ist nämlich der Antrag, welcher der Generalversammlung am 15. März vorgelegt werden soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

meter oder zwei Millionen Hektar der Konzeption, die bereits im Jahre 1898 infolge Vereinbarung mit der Regierung sich auf 10 000 Quadratkilometer oder 1 Million Hektar reduzierten, bedeuten in Südwestafrika im besten Falle hundert Farmeinheiten zu je 10 000 Hektar.“ Hier wird also ausgesprochen, daß auf einer Farmeinheit unter 10 000 Hektar unter südwestafrikanischen Verhältnissen überhaupt Farmwirtschaft zu betreiben nicht möglich ist. Weiter wird auch eine Denkschrift der Reichsregierung hingewiesen, worin im Gegensatz zu den Ausführungen des Kolonialdirektors erklärt wird, daß von kleinen Siedlungen gar nicht die Rede sein kann, weil Kleinbesiedlung absolut ertragsunfähig wäre. (Hört! hört! links.) Das stimmt auch überein mit dem, was ein Kenner des Landes, wie Herr Nieberding ausgeführt hat; schon vor Jahren führte Nieberding aus, daß von den 823 000 Quadratkilometern allerhöchstens 450 000, also etwa die Hälfte besiedelt werden könne und daß das Land allerhöchstens für 25 000 Farmerfamilien ausreiche, daß also, wenn man die Familie zu fünf Köpfen rechnet, höchstens 125 000 Menschen in Südwestafrika unterkommen könnten. Rechnet man nun noch Händler, Krämer, Handwerker hinzu, so können keinesfalls mehr als 200 000 Menschen dort wohnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter wird im Bericht hervorgehoben, es sei der Regierung nicht gelungen, von den ihr zur Verfügung gestellten 3 1/2 Millionen Hektar in fünf Jahren, nämlich bis zum Ausbruch des Hereroaufstandes, mehr als 190 000 Hektar zu verkaufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Bericht sagt mit Recht: „Es genügt ja nicht, daß man Land kauft, man muß auch die Möglichkeit haben, die Produkte der Ansiedlung absetzen zu können und diese Möglichkeit ist eben nicht vorhanden.“ Ich verzichte darauf, eine Reihe weiterer Stellen aus dem Bericht anzuführen. Es genügt die Tatsache, daß diese Gesellschaft trotz der neuen Ära der Kolonialpolitik gerade jetzt ihren Aktionären mit diesem Antrage kommt, die Auflösung der Gesellschaft zu beschließen. Dann ist aber auch ganz und gar auch in den Schilderungen des Kolonialdirektors übersehen worden, was eigentlich die Ansiedlung in Südwestafrika erfordert. Wir haben ja eine Ausnahmestelle, für welche das Reich jährlich 25 000 M. ausgibt, und die zu wahrheitsgemäher Ausnutzung bei Aufträgen in bezug auf die Kolonisation verpflichtet ist. In einem Brief dieser Ausnahmestelle vom 29. Dezember 1906 an einen Herrn, der nach den Kolonien auswandern wollte und sich erkundigte, unter welchen Verhältnissen er die Ansiedlung betreiben könnte, heißt es: „In allererster Linie soll niemand nach unseren Kolonien gehen, der nicht über erhebliche Mittel zu verfügen imstande ist. Weiter heißt es dann: „In Deutsch-Südwestafrika, das hauptsächlich für Reichsdiener in Betracht kommt, sind bisher zur Ansiedlung mindestens 20 000 bis 25 000 M. als erforderlich erachtet worden.“ Nun, wer 20 000 bis 25 000 M. freies Geld in Deutschland zur Verfügung hat, kann sich auch hier mit weniger Mühe und Unannehmlichkeit eine Existenz gründen. Die Ansiedlungsmöglichkeiten in den anderen Kolonien will ich übergehen, ich führe nur noch an, daß zur Anlage einer Kolonisationsstation in Samoa mindestens 50 000 Mark erforderlich sind. Wenn statt der schönen Flugblätter, mit denen man die Verhältnisse der Wälder aufgeregt hat, diese wahrheitsgemähen nüchternen Tatsachen im Volke verbreitet worden wären, wäre die Stimmung wohl eine andere gewesen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe gilt auch von den Ausführungen, die der schon von mir erwähnte Geheim Legationsrat Dr. Zimmermann in einem Pamphlet über das gemacht hat, was nach seiner Meinung Kolonialpolitik bedeutet, und zwar ungefähr zu der gleichen Zeit, als der Kolonialdirektor seine Agitationsreise machte. Herr Dr. Zimmermann war bekanntlich seinerzeit von der Regierung in Aussicht genommen, als Agent für das Kolonialwesen nach England zu gehen. Die Summe ist damals vom Reichstag abgelehnt worden. Der Herr hat mittlerweile den Reichsdienst quittiert. Der Legationsrat Zimmermann, der zweifellos große Kenntnisse und auch allgemeine volkswirtschaftliche Kenntnisse hat, hat in seinem Vortrage über Kolonialpolitik klipp und klar gesagt, die Kolonialpolitik sei heute im großen und ganzen eine überwundene Sache. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und er glaubt nicht, daß heute irgend ein Staat in der Lage ist, auf Grund seiner Kolonien sich seine Rohmaterialien und Genussmittel selbst zu beschaffen. Das sei selbst bei einem Lande wie England, das die größten und besten Kolonien in der Welt hat, Kolonien mit mehr Einwohnern als ganz Europa und ein Indien mit seinen unermesslichen Reichtümern, nur in einem verhältnismäßig kleinen Maße der Fall. Dr. Zimmermann schließt seinen Vortrag mit der Erklärung, daß in den meisten Fällen die Kolonien weit mehr gekostet haben, als sie einbrachten, und daß eine gute Handelspolitik bedeutend wichtiger für die Wohlfahrt eines Landes sei, als eine noch so große und kostspielige Kolonialpolitik. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist genau das selbe, was wir immer gesagt haben.

Der Kolonialdirektor Dernburg hat in einem seiner Vorträge darauf hingewiesen, daß es immerhin möglich sein könnte, innerhalb fünf Jahren den kolonialen Handel des Deutschen Reiches von 64 Millionen auf circa 200 Millionen zu steigern. Ich will das nicht so ohne weiteres in Wrede stellen, denn das hängt ganz ab von den Mitteln, die Sie dafür hergeben. Wenn es auf das Geld nicht ankommt, kann man aus dem größten Dreieck der Welt ein Paradies machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit ungeheuren Aufwendungen kann man schöne Gegenden schon hervorzaubern. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zu der Realisierbarkeit, zum allgemeinen Nutzen stehen aber solche Aufwendungen in gar keinem Verhältnis. 200 Millionen Mark sind gewiß keine unbedeutende Summe. Aber wenn man unseren Welthandel im ganzen betrachtet, dann sind 200 Millionen Mark insofern wenig. Unser Welthandel ist im Zeitraum von 9 Jahren um 4627 Millionen Mark oder um rund 20 Proz. gestiegen und den größten Aufschwung hat das Jahr 1905 zu verzeichnen. Diese kolossale Steigerung ist also gerade unter der Ära der Caprivischen Handelspolitik zustande gekommen. Das ist also schon eine ganz kolossale Steigerung. Würde sich aber der Welthandel im gleichen Maße steigern, wie es der Kolonialdirektor vom deutschen Kolonialhandel annimmt, so hätten wir 1910 mit einem Welthandel von 16 333 Millionen zu rechnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einer solchen Summe gegenüber kommen die 200 Millionen Mark gar nicht in Betracht. Und welche gewaltige Opfer müßte das Deutsche Reich für seine Kolonien aufbringen, um diese lumpigen 200 Millionen Mark zu erreichen. Und was sind die 200 Millionen weiter, verglichen mit unserem Handel mit denjenigen Staaten, die wir als Kleinststaaten bezeichnen müssen. Während der Handel mit unseren gesamten Kolonien heute 64 Millionen Mark beträgt, beträgt unser Handel mit den Niederlanden 750 Millionen, mit Belgien 590 Millionen, mit der Schweiz 660 Millionen, mit dem kleinen Dänemark 310 Millionen, mit dem dünn besiedelten Schweden 278 Millionen und mit dem noch dünner besiedelten Norwegen 95 Millionen. Ich meine doch, diese Zahlen geben in hohem Maße zu denken!

Es ist nun bis in die letzten Tage davon die Rede gewesen, die Kolonien seien für Deutschland deshalb besonders wichtig, weil sie imstande seien, die deutsche Ueberbevölkerung aufzunehmen. Daß Deutschland an einer Ueberbevölkerung leidet, ist eine Behauptung, die wir seit Jahrzehnten zwar hören, die aber nicht bewiesen ist. Wir haben nicht zu viel Menschen, eher zu wenig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hatten im Jahre 1881 eine Gesamtbevölkerung im Deutschen Reich von 46 1/2 Millionen Menschen und 1905 eine solche von 60 1/2 Millionen. Die Bevölkerung Deutschlands hat in diesem Zeitraum also um 14 Millionen oder um 30 Prozent zugenommen. Wäre die Behauptung von einer Ueberbevölkerung Deutschlands richtig, dann müßte entsprechend der Steigerung der Bevölkerung auch die Zahl der Auswanderer gestiegen sein. Aber das gerade Gegenteil ist eingetreten. Im Jahre 1881 wanderten rund 221 000 Menschen aus Deutschland aus. 1905, nachdem wir

uns um 14 Millionen Menschen vermehrt hatten, betrug diese Zahl nur noch 28 000, genau den achten Teil der Zahl von 1881. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wiederum sind es die Jahre der Geltung der Caprivischen Handelsverträge, in denen die Zahl der Auswanderer von Jahr zu Jahr in steigender Weise abgenommen hat. So sieht die deutsche Ueberbevölkerung aus. Wo sind denn nun die 28 000 Auswanderer hingegangen? Etwa nach den Kolonien? Nach dem statistischen Jahrbuch sind davon 28 000 nach den Vereinigten Staaten gegangen und 2000 nach der ganzen übrigen Welt. Nach dem Erdteil, in dem sich unsere Kolonien befinden, gingen ganze 57 Menschen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun versuchen Sie einmal mit Ihrer Kolonialpolitik, diese Entwidlung zu ändern! Interessant ist auch, daß während wir im Jahre 1890 in Deutschland nur 415 000 Ausländer hatten, wir 1900 789 000 Ausländer hatten. Auf Grund der durch die Caprivische Handelspolitik hervorgerufenen günstigen ökonomischen Verhältnisse in Deutschland ist also die Zahl der Einwanderer in den letzten Jahren ganz bedeutend gestiegen. Wer diese Zahlen nüchtern betrachtet, wird zu dem Resultat kommen, daß von einer Ueberbevölkerung Deutschlands nicht die Rede sein kann. Gegenüber dem Durra-Vogel, mit dem jetzt unsere Kolonialpolitik betrieben wird, haben wir ja auch sonst ganz interessante Vorgehensweisen gehört. Da hat der General Trotha, der ohne Kommando einen einjährigen Spaziergang durch Afrika gemacht hat und sich berufen fühlt, fachverständig über die Kolonie zu reden, kürzlich gesagt, unsere kleinen Bauern müßten mit der Zeit rechnen, daß wir aus Südwestafrika Getreide in Deutschland einführen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das sagt Trotha von einem Lande, das heute, nachdem es mehr denn zwanzig Jahre im deutschen Besitz ist, noch sein ganzes Korngetreide einführen muß. Das sagt Herr v. Trotha, trotzdem der Missionar Schowalter in einem Artikel im „Reich“ ausgeführt hat, daß selbst der nicht-deutsche, fruchtbare Teil Südafrikas nicht genügend Getreide hervorbringen kann, um die dortige Bevölkerung zu ernähren. Weiter sagt Herr v. Trotha, Deutsch-Südwestafrika sei ein Land, das sich ganz besonders für Aufforstungen eignet. Ich berufe mich auf das große Werk des Generals v. Leutwein, der ausführte, daß gerade ein Afforstes Südwestafrikas absolut unsichtbar sei. Der Kolonialdirektor Dernburg hat weiter davon gesprochen, daß Südwestafrika in einer nicht zu entfernten Zukunft in der Lage sein werde, den deutschen Baumwollensbedarf zu decken. Es sollen dazu große Anstrengungen gemacht werden. Wir haben keine Ursache, diesen Versuchen nicht den allerbesten Erfolg zu wünschen, aber die Hoffnung, daß wir etwas erreichen, ist äußerst gering. Herr Dernburg hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, welche große Vorteile die deutsche Industrie davon hätte, wenn sie den Baumwollensbedarf aus den Kolonien decken könnte und welcher Schaden dadurch entstehen ist, daß jetzt die Vereinigten Staaten die Baumwollensproduktion in der Hand haben. Es muß hervorgehoben werden, daß Herr Dernburg als Maßstab für seine Berechnungen gerade das Jahr 1899 genommen hat, das Jahr mit den billigsten Baumwollpreisen seit 25 Jahren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und daß er weiter eine Steigerung des Baumwollensbedarfs in Deutschland angenommen hat, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Dernburg die Preis-schwankungen, die durch den amerikanischen Baumwollentrust hervorgerufen werden, nicht gefaßt, so verweise ich darauf, daß wir auch in Deutschland Rohstoffe erzeugen, die enormen Preis-schwankungen unterworfen sind. 1898 kostete das Giesereisen per Tonne 67,38 M. und 1900 101,40 M. Das heißt: es kostete 50 Proz. mehr als im Jahre 1898. Also auch nach dieser Richtung sind die Zusammenstellungen, die wir über die Zukunft unserer Kolonien gehört haben, außerordentlich übertrieben. Wir haben alle Ursache zu wünschen, daß endlich dieser Durra-Vogel ein Ende gemacht werde, und daß die Mehrheit zu einem nüchternen Urteile über unsere Kolonien zurückkehrt. Denn hier kommt die Steuerkraft der Nation in Frage und die hat der Reichstag sachlich zu prüfen, und nicht ins Blaue hinein beliebige Millionen zu bewilligen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es ist wiederholt die Frage gestellt worden, ob man deutscherseits daran denkt, nachdem der südwestafrikanische Aufstand glücklich niedergeschlagen, mit den Ovambos anzufangen. Die Regierung hat es kategorisch bestritten. Das fehlt gerade noch, nachdem eben erst der südwestafrikanische Aufstand nahezu 500 Millionen deutschen Nationalvermögens verschlungen hat, jetzt mit willig mit den Ovambos anzufangen! Ich bin aber doch gezwungen, diese Frage heute zu stellen, weil mein Parteigenosse Dr. Quard, der Redakteur der „Vollstimm“ in Frankfurt a. M., Gelegenheit hatte, einige Briefe einzusehen, die da zeigen, daß man vor einer gewissen Zeit allem Anschein nach anderer Meinung gewesen ist. Zunächst weist Dr. Quard auf einen Brief vom 29. März 1903 hin, der der deutschen Regierung den Rat gab, mit den Barozen, einem Stamm im Osten Südwestafrikas, sich zu verbünden und diese, die Todfeinde der Ovambos, gegen sie mobil zu machen. Der Briefschreiber, der in Englisch-Südwestafrika lebt, hat nun unter dem 10. August des vorigen Jahres wieder einen Brief nach Deutschland geschrieben, in welchem folgende merkwürdige Stelle vorkommt:

„Ich sprach mit Vindequiß, er versicherte mir, er würde gerne Ovamboland den Krieg erklären und es besetzen, wenn er nur genug Soldaten dafür kriegen könnte. Auch hat er den Farmern im Distrikte Grooffontein auf deren Ansuchen um militärischen Schutz für das Viehreiche Baroiland, um Vieh von dort nach dem Viehstehenden Süden zu bringen, mitgeteilt, daß er die Besetzung des Landes im Auge habe, da man aber den Wert des Landes auch besonders durch reiche Mineralisierungen überzeugt sei, weil der Viehbestand auch dort ein sehr reicher sei und ein sehr gutes Geschäft dort gemacht werden könnte. Er führte dann weiter aus: „Für ein Tauschhandelsgeschäft am Obovange sind die großartigsten Aussichten und ungeheure Profite sicher. Rotabene ich und meine Freunde in der Kolonie — der englischen — sind eventuell entschlossen, die längst verhasste Einmischung in koloniale Sachen des Reichstages abzuschütteln.“

Was der Mann mit dieser Drohung hat sagen wollen, lasse ich dahingestellt; es ist mir charakteristisch, wie von dieser Seite fortgesetzt darauf gedrängt wird, daß die Regierung in Südwestafrika weiter vorgeht. Ich kann mir offengestanden nicht erklären, wie Herr v. Vindequiß nach seinen Äußerungen in der Budgetkommission im November vorigen Jahres solche Ansichten, wie sie in diesem Briefe stehen, im August vorigen Jahres gehabt haben soll. Sie stehen miteinander in zu großem Widerspruch. Jedenfalls haben wir alle Ursache, die Augen aufzutun, damit nicht von einer Seite, wo man es am allerwenigsten erwarten sollte, plötzlich der Kolonialpolitik Knäuel zwischen die Beine geworfen werden, und wir so zu Schritten gezwungen werden, zu denen kein Mensch im Deutschen Reich sich jetzt Reueig beugt.

Zum Schluß noch einige Worte über die Haltung der bürgerlichen Linken zur Kolonialpolitik. Wenn man heute die Presse dieser Herren müstert und ihre Kampfesweise im letzten Wahlkampf im Auge hat, dann sollte man glauben, daß die Kolonialpolitik der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie grundverschieden gewesen sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Es gab keinen eifrigeren Befürworter der heutigen Kolonialpolitik, als den Abg. Eugen Richter. Und bis vor wenigen Monaten ist dieser Standpunkt des Herrn Eugen Richter auch von seiner Fraktion in ihren Verhandlungen zum Ausdruck gekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Nach einem Zeitungsbericht über die Verhandlungen des Parteitag der freisinnigen Volkspartei

In Wiesbaden im September 1905 hat der Abg. Kopisch eine Resolution beantragt, die mit den Worten begann: „Der Parteitag spricht sich angelehnt an die kolonialpolitische Haltung gegen die Fortsetzung und Erweiterung des bisherigen Systems der Kolonialpolitik aus.“ (Rufe links: Sehr richtig! des bisherigen Systems!) Abwarten! In der Begründung des Antrages sagt er unter anderem: „Mein Geschäftsmann betreibt ein Geschäft weiter oder vergrößert es noch, wenn er bisher nur Verluste erlitten und keine Aussicht auf Besserung hat.“ Dann heißt es weiter: „Der Volkstribune muß sich bewußt sein, daß er der Verwalter der Steuer des Volkes ist. Als Volkstribune darf er seine Zustimmung nie zu etwas geben, was er als Privatmann nie tun würde.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, die Herren sind auch heute noch nicht bereit, aus ihren Privatmitteln Kolonialpolitik zu treiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Oder sollte ich mich getäuscht haben? Sind die Herren jetzt etwa bereit, in Südwesafrika ihre Hunderttausende anzulegen? Ich bezweifle es sehr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe links.) Herr Kopisch fährt dann fort: „Mit Recht hat es bestrebt, gewirkt, als zum Beispiel der Abg. Siemens warm für die Kolonialpolitik eintrat, für die er als Direktor der Deutschen Bank nicht zu haben war.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also genau wie Herr Dernburg, der als Direktor der Darmstädter Bank sich wohl gehütet hat, etwas für die Kolonien zu geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und Herr v. Rappard, ein Hamburger Freisinniger sagte: „Den Grundrissen, welche die Freisinnige Volkspartei in der Kolonialpolitik bisher verfolgt habe, müsse sie auch in Zukunft treu bleiben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als darauf Herr Eichhoff, der Kolonial- und Plotten- schwärmer, die Versammlung zu überzeugen suchte, daß man sich doch nicht gänzlich ablehnend verhalten dürfe und eine andere Haltung gegenüber den Kolonien einzuhalten habe, wurde ihm aus der Versammlung zugerufen: „Niemals!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Rosenow war überrascht, daß solche Anschauungen, wie sie Herr Eichhoff vertreten, auf dem Parteitage laut würden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Abgeordnete Cassel meinte: „Er sehe Lebensinteressen für das deutsche Volk in den Kolonien nicht, er würde dafür sein, die Kolonien zu verstreuen.“ (Lebhaftes Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er die Hoffnung hätte, daß jemand uns etwas dafür biete.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weil wir daselbst gefogt haben, sind wir Rüber und Rüdber, war es der Gipfel des Hochverrats! Auf dem Parteitage der Volkspartei in München sagte Herr v. Bayer unter anderem: „Der Blick in unsere Kolonialverwaltung stimmt traurig. Die Disziplinlosigkeit und Pflichtlosigkeit sind dort seit Jahren auf der Tagesordnung gewesen.“ Und wie hat Herr Erzberger und wie haben wir dafür büßen müssen, daß wir daselbst gefogt haben. Der entscheidende Satz in der Rede Bayerns aber lautet: „Nicht nie hat ein Land soviel für Kolonien aufgewendet wie wir und so wenig daraus gezogen. Die Frage ist, ob man nicht mindestens die ganz ausföhrlosen Gebiete aufgeben solle.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier wieder ein Standpunkt, der nach der Meinung des Reichslanzlers ein antinationaler, ein vaterlandsfeindlicher ist. Aber heute gehören die Herren zum Volk und ich nehme an, sie werden im nächsten Jahre gut zu machen suchen, was sie bisher gesündigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So, meine Herren, stellt sich in Wahrheit das Bild, welches die Südwesafrikanische Kolonie bildet. Sie werden in den nächsten Jahren bewilligen, was Sie nur bewilligen können. Ein Blick nur, daß Ihnen die traurige Verfassung unserer Finanzen in diesem Bewilligungsjahr einigermaßen den Jügel anlegt. Sie werden sich bei allen Kolonialausgaben immer sagen müssen, daß Ihnen doch das Geld näher als der Kopf ist. Unser Standpunkt aber bleibt nach wie vor den Kolonien gegenüber ablehnend. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. de Witt (Zentrum): Der Abgeordnete Paasche hat in der Glaubensdebatte behauptet, im Wahlkreis Kreuznach wäre eine Versammlung der Zentrumspartei mit dem Rufe geschlossen worden: „Nieder mit dem Protestantismus!“ Diese Behauptung ist unrichtig. (Hört, hört! im Zentrum.) Wäre sie aber gefallen, so würden wir sie im Interesse des konfessionellen Friedens aufs tiefste bedauern. Eine solche Äußerung, die an den Tatbestand des § 120 des Str.-G.-B. grenzt, kann aber gar nicht gefallen sein, denn der einzige bürgerliche Gegenkandidat des Abg. Paasche war ein protestantischer General- evangelischer Konfession, den das Zentrum aufgestellt hatte. Man kann doch nicht rufen: „Nieder mit dem Protestantismus!“ und dann einen Protestanten wählen. (Sehr gut! im Zentrum.) Allerdings haben die Liberalen diesem Herrn zum Vorkauf gemacht, daß er eine katholische Frau habe. Herr Paasche muß also entweder widerrufen oder beweisen, was er gesagt hat. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Der Abg. Bebel beruft sich auf die Denkschrift der Siedelungsgesellschaft für seine Behauptung, die- jenigen seien zu bedauern, welche durch unsere phantastischen Schilderungen bezogen worden gingen. Er hätte sich lieber auf die amtliche Denkschrift des Kolonialamtes berufen sollen. Für seine Auffassung hätte er da auch manches finden können; denn sie ist mit auffälliger Ehrlichkeit abgefaßt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auffallend ehrlich! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist immer so gewesen. (Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Liquidation der Siedelungsgesellschaft beweist für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Ent- wicklung der Kolonien gar nichts. In seinen einzelnen Ausführungen hat Herr Bebel meist recht; aber seinen Schluß machen wir nicht mit. Wir haben die Kolonien, wir wollen sie auch behalten und dann auch selbstverständlich möglichst entwickeln. Wenn Herr Bebel fragt, warum so viele Kolonial- schwärmer nicht selbst Opfer für die Kolonien bringen, so erwidere ich, weil sie gerade von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) nicht als Leute hingestellt werden wollen, die nur ihren eigenen Vorteil im Auge haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Uns leiten all- gemeine Gesichtspunkte: Wir haben die Kolonien und wollen sie halten. (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Stellvertreter des Kolonialdirektors Dernburg: Ich will Ihnen einige tatsächliche Mitteilungen machen. Aus den bisher auf- gestellten 13 Rechnungen ergibt sich, daß die Forderung von 29 000 000 M. dem tatsächlich Notwendigen entspricht. Bezüglich der weiteren Bestattung des Truppenbestandes in Südwesafrika soll nunmehr ein Vorschlag gemacht werden — dem Bundesrat hat er noch nicht vorgelegen — welcher die Verminderung der Truppen bis zum 30. September 1907 auf 4000 Mann im Schutz- gebiete vorschlägt, wozu, was von mir bereits in Aussicht gestellt worden ist, die Polzeitruppe um 600 Mann erhöht werden soll. Ein entsprechender Ergänzungsetat ist in Vorbereitung.

Auf die Bemerkungen des Herrn Abg. Bebel eingegangen, ist mir leiser ganz unmöglich. Der Herr Abg. Bebel steht auf dem Standpunkte des extremen Freihändlers, der sich die ganze Welt ohne Zollschranken vorstellt und von diesem Gesichtspunkte aus seine Schlüsse zieht. Daß das nicht der tatsächliche herrschende Zustand ist, weiß der Abgeordnete Bebel auch. Das sind aber zwei derartig entgegenstehende Gesichtspunkte, daß ein Ausgleich zwischen ihnen wohl nicht gefunden werden kann. Die Deutung, die der Herr Abg. Bebel hinter meinen Ausführungen gesucht hat, kann ich übergehen, ich möchte sonst meine sämtlichen fünf Reden hier noch einmal halten. (Heiterkeit rechts.) Nur gegen eins möchte ich mich wenden, daß nämlich der Herr Abg. Bebel es für richtig hält, meine frühere Tätigkeit, was ich da getan oder nicht getan habe — was er ja übrigens gar nicht wissen kann (sehr gut! rechts) — hier in die Debatte zu ziehen. Im Dezember 1906 hat der sehr geehrte Herr Präsident Graf Balloisstrom gesagt: „Es entspricht schon den guten Gewohnheiten des Hauses nicht, auf die außerhalb dieses Hauses ausgeübte Tätigkeit eines Abgeordneten einzugehen; umso weniger ist es dieser guten Gewohnheit entsprechend, wenn man auf eine frühere Tätigkeit von Mitgliedern des Bundesrats eingeht.“ (Sehr richtig! rechts.) Was nun die Frage der Dombau angeht,

so besteht absolut nicht die Absicht, sondern es ist vom Gouverneur sogar ausdrücklich verboten worden irgend welche Reibungsflächen mit diesen Dombau zu suchen. Diese Tendenz geht sogar so weit, daß ein Einfall eines ihrer Hauptlinge in das Schutzgebiet bisher ungehindert geblieben ist. — Auf den Wert des Schutzgebietes will ich heute nicht wieder eingehen. Der Herr Abg. Bebel hat ja die Güte gehabt, uns dafür 5 Jahre Zeit zu geben, die wollen wir erst einmal in Ruhe abwarten. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Herr Bebel hat uns eine völlige Schwärzung in unserer Haltung zur Kolonialpolitik vorgeworfen. Ich will darauf bei dieser Gelegenheit nicht weiter eingehen. Was Herr Bebel vorbrachte, war weder neu noch originell. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Was uns am 18. Dezember auf die Seite der Regierung führte, war nicht unsere Stellung zur Kolonialpolitik überhaupt, sondern unsere Stellung dazu, wie der Aufstand in Südwesafrika am besten zu beenden sei. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Uebrigens haben wir uns niemals grund- sätzlich gegen Kolonialpolitik ausgesprochen, wir haben z. B. für die Erweiterung des Kolonialsystems gestimmt; wir haben uns nur immer gegen die Fehler des bisherigen Systems gewandt. In diesem Sinne hat sich auch der Abg. Richter in seiner letzten Rede ausgesprochen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wenn wir leben, daß mit diesem System gebrochen wird, daß der Gesichtspunkt der wirt- schaftlichen Erziehung der Kolonien der maßgebende wird, haben wir keinen Grund, diese Politik nicht zu unterstützen. (Bravol bei den Freisinnigen.)

Abg. Ledebour (Soz.): Herr Wiemer hat bei seinem Rechtfertigungsversuche vergessen, daß seine Parteigenossen noch im Mai vorigen Jahres eine ganz andere Stellung eingenommen haben als im Dezember! Damals hat sich die Mehrheit dieses Hauses vereinigt in dem Ver- langen, die Regierung aufzufordern, sobald wie möglich den Frieden in Afrika herbeizuführen. Dadurch, daß den Eingeborenen möglichste Entgegenkommen gezeigt würde. Gerade der Friedensschluß hat nach- her bewiesen, wie gerechtfertigt die damalige Forderung gewesen ist, denn aus der Denkschrift der Regierung selbst geht hervor, daß die Vordringenslinie nur unter der Bedingung sich ergeben haben, daß sie als freie Männer auf ihrem Lande belassen werden. Wenn also die Regierung bereits damals im Sinne des Reichstagsbeschlusses den Eingeborenen entgegengekommen wäre, so wäre der Friede schon ein halbes Jahr früher abge- schlossen worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Wiemer beruft sich darauf, daß die Regierung die ge- forderten Mittel zur Niederwerfung des Aufstandes nicht hätten verlagern können. Aus dem, was kurz nach der Auflösung des Reichstages in die Öffentlichkeit gedrungen ist, geht aber hervor, daß damals schon, als die Regierung diese Mittel forderte und behauptete, der Krieg müsse fortgeführt werden, der Frieden im Prinzip abgeschlossen war, es handelte sich nur noch um Formalien. Diese Tatsache hat die Regierung damals verschwiegen, um eine bedingungslose Bewilligung ihrer Forderungen zu er- zwingen und sie zu den Freisinnigen) sind darauf herein- gefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist uns in keiner Weise der Beweis dafür geliefert, daß die Behauptungen des Oberstleutnant Quade vom 18. Dezember 1906 den tatsächlichen Ver- hältnissen, wie sie damals lagen, entsprachen. Diesen Nachweis müssen wir verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Be- hauptungen sind niemals durch Altensätze oder Dopefchen bewiesen worden, im Gegenteil stehen sie mit allen vorhandenen Altensätzen im Widerspruch. Herr Dernburg hat einfach erklärt, er weise diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit als durchgans un- berechtigt zurück. (Sehr richtig! rechts.) Das ist aber keine Auf- klärung, da hält er sich nur in seiner Verlegenheit in die moralische Entlastung der weichen Bester. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Was die Agitationmethode des Herrn Dernburg betrifft, so habe ich darauf hingewiesen, daß der Herr Kolonialdirektor in seinen Agitationreden im Lande die jeder wissenschaftlichen Er- kenntnis widersprechende Behauptung aufgestellt habe, im Export seien 80 Proz. Arbeitslöhne enthalten. Ich bin überzeugt, daß jeder Abgeordnete eine solche Behauptung als absolut unmahr und un- möglich erklären muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und wenn ein Minister mit der geschäftlichen Erfahrung des Herrn Dernburg eine solche Behauptung aufstellt, so bleibt gar kein anderer Schluß übrig, als daß dies eine Methode ist, um im Volke andere Anschauungen zu verbreiten, als sie den Tatsachen entsprechen. Diese Methode des Herrn Dernburg karzustellen, darauf kam es mir an. In derselben Weise habe ich seine Berufung auf den Farmer Schlette ein kritisiert. Diese Methode, gewisse Tatsachen geistlich zu verschweigen, hier zu brandmarken, ist unsere Pflicht und Schuldigkeit.

Vizepräsident Raempp: Ich kann es nicht mit den Gewohnheiten und mit der Würde dieses Hauses als vereinbar erachten, daß Sie einem Vertreter der verhandelten Regierung vorwerfen, daß er wissenschaftlich eine Methode anwende, um das deutsche Volk irrezuführen, und rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung! (Lebhaftes Bravol bei den Blochparteien.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Also ich habe nachgewiesen, daß Herr Dernburg das Wichtigste verschwiegen hat, dessen Mitteilung notwendig war, um Klarheit über die Frage zu verbreiten. Darauf kommt es an! Nun überlasse ich es dem Herrn Präsidenten, das zu werten, wenn er einmal im öffentlichen Leben die Erfahrung macht, daß ein Mann nur den- jenigen Teil der Tatsachen mitteilt, mit dem er glaubt, einen Ein- druck zu seinen Gunsten beim Volke machen zu können, aber wissen- lich das verschweigt, von dem er ganz genau unterrichtet ist. —

Vizepräsident Raempp: Ich sehe mich veranlaßt, Sie wegen dieser Äußerung zum zweiten Male zur Ordnung zu rufen, und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Lebhaftes Bravol bei den Bloch- parteien.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich kann nur annehmen, daß der Herr Präsident meine Aus- führungen nicht verstanden hat.

Vizepräsident Raempp: Ich kann mich auf eine Diskussion über den Ordnungsruf mit Ihnen nicht einlassen und muß Ihnen anheim- geben, den geschäftsordnungsmäßigen Weg der Beschwerde einzuschlagen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Tatsache ist jedenfalls, daß sich infolge der Propaganda des Herrn Dernburg und der Mehrheits- parteien bei den Wahlen eine ganz falsche Vorstellung von dem Werte unserer Kolonien im Volke gebildet hat. Schließlich werden auch diese irreführenden Leute einmal dahinter kommen; die Tatsachen werden sie schon davon überzeugen. Auch heute, als mein Parteigenosse Bebel wieder eine Fülle von Tatsachen anführte, hat der Herr Kolonialdirektor keinen Versuch zu einer sachlichen Widerlegung gemacht, sondern einfach er- klärt, er halte es für überflüssig, darauf einzugehen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist allerdings eine äußerst bequeme Manier, die er an- wenden kann, weil er die Stimmung der Mehrheit dieses Hauses kennt. Herr Schrader hat es ja auch beiläufig, daß in die Stimmung des Hauses durch mich ein Miston hineingekommen sei. Er scheint sich das Haus vorzustellen als das Sammelgewässer eines Karpatenbees, aus dem hin und wieder die bemoosten Häupter emporstehen, um lärmende Karpatenfälle zu tauschen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie konnten sich aber darauf verlassen, daß wir stets die Hechte im Karpatenbees bleiben werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) stellt gegenüber dem Abg. de Witt fest, daß zwei angehende Bürger von Kreuznach ihm bekräftigt hätten, daß eine katholische Versammlung dort mit dem Rufe: „Nieder mit dem Protestantismus“ geschlossen wurde. (Rufe im Zentrum: Namen nennen!) Die Namen kann ich nicht nennen, es sind Geschäftsleute (Lachen im Zentrum) und es wäre ein Unrecht gegen sie, wenn ich sie hier öffentlich nennen würde. (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Abg. de Witt (Z.): Ich kann demgegenüber nur feststellen, daß ich in diesen Ausführungen des Herrn Abg. Paasche einen Beweis für seine Behauptungen nicht erblicken kann.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezial- diskussion werden die Nachtragsetats debattellos gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen angenommen; desgleichen das Gesetz betreffend die Gewährung eines Darlehens an das südwesafrikanische Schutz- gebiet.

Der Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Etats für 1906 wird in dritter Lesung debattellos angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung sind die Inter- pellationen Graf v. Sompesch (Z) und Wasserfmann (natl.) betr. Revision der Strafprozessordnung und des Gerichts- verfassungsgesetzes.

Die Interpellation des Zentrums lautet: Ist der Reichslanzler in der Lage Auskunft darüber zu erteilen, ob und wann Ge- setz-entwürfe zu erwarten sind, welche eine Revision der Strafprozess- ordnung und der Strafgerichte betreffenden Teile des Gerichts- verfassungsgesetzes betreffen, insbesondere darüber Auskunft zu geben, ob die Zuziehung von Schöffen zu den Strafkammern und die Zulassung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern beabsichtigt ist?

Die Interpellation der Nationalliberalen lautet: Ist der Herr Reichslanzler bereit, über den Stand der gesetzgeberischen Vor- arbeiten für eine Reform der Strafprozessordnung Auskunft zu geben?

Staatssekretär Dr. Rieberding erklärt sich zur sofortigen Be- antwortung der Interpellationen bereit.

Abg. Gröber (Z):

Nach dem gegenwärtigen Zustand hängt die Möglichkeit der Berufung geradezu von dem Bestehen der Staatsanwaltschaft ab. Redner schildert die Versuche, die zur Einführung der Berufung gemacht sind. Wollten dem eigentlich die Hindernisse? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: In Preußen.) (Heiterkeit.) Es fehlt an Geld, sagt man. Nun, wenn man Hunderte von Millionen für Südwesafrika ausgegeben hat (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten), wenn man für den Aufbau eines alten Raubritterklasses Geld in Hülle und Fülle hat, so sollte man auch Geld haben, wenn es sich um die Befriedigung eines wichtigen kulturellen Bedürfnisses handelt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, man wolle das englische Strafrecht erst genau studieren. Nun, in erster Linie handelt es sich hier doch um deutsche Rechtsanschauungen. Der Mangel der Berufung ist ein sehr fühlbarer; oft erfahren Angeklagte, und zwar auch recht gebildete Leute, erst aus den entscheidenden Gründen des Urteils, worauf es eigentlich ankommt. Die Revision genügt nicht, denn bei ihr können die tatsächlichen Feststellungen nicht angefochten werden. Es sind uns ganz ungeheuer- liche Fälle mitgeteilt worden, die nur dadurch erklärlich werden, daß die betreffenden Gerichte eine so große Tagesordnung, eine so große Menge von Sachen zu erledigen haben, daß die einzelnen Prozesse nicht sorgfältig durchgeführt werden können. Beim Hecc und der Marine haben wir den Fortschritt der Berufung eingeführt, warum nicht auch bei den Zivilgerichten? Das Zusammenwirken von Schöffen mit gelehrten Richtern hat den großen Vorzug, daß die Schöffen den einzelnen Fällen freier gegenüberstehen, daß sie noch nicht so abgestumpft sind, wie die Richter. Das Ver- trauen in die Rechtsprechung ist dadurch jedenfalls gewachsen. Als der Reichslanzler sein Programm entwickelte, sagte er auch, es würden beim Hecc und der Marine Ersparnisse gemacht werden können. Die Postfach hört' ich wohl, allein es fehlt der Glaube. In der Budgetkommission erwiderte uns der Kriegs- minister auf eine diesbezügliche Frage, die Aenderung des Reichs- finanziers sei dahin zu verstehen, daß wenn die Festungsbauten und die Reuanisierungen an Waffenmaterial zu Ende geführt, und wenn durch die Reuaniformierung eine Verbilligung herbeigeführt sei, daß dann eine Entlastung des Etats herbeigeführt werde. (Schallende Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Auf solche Ersparnisse wollen wir doch nicht mit der Revision der Strafprozessordnung warten. Wir fragen daher, wann wir auf diese Revision rechnen können und nach welchen Grundsätzen sie erfolgen soll. (Bravol im Zentrum.)

Abg. Dr. Feinze (natl.). Die Strafprozessordnung ist ganz be- sonders reformbedürftig. Wenn gerade sie den modernen Anfor- derungen nicht entspricht, so ist das ein ganz besonderer Schade. (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Rieberding: Die Vor- arbeiten für die Revision der Strafprozessordnung haben länger gedauert, als wir erwartet haben. Aber die Verzögerungen waren in der Sache begründet, das Reichsjustizamt und der Reichslanzler haben den Wunsch, die Angelegenheit zu fördern. Die Vorarbeiten der Kommission haben 2 Jahre gedauert. Inzwischen konnten die Regierung natürlich nicht Stellung nehmen. Als dann die Vor- schläge der Kommission bekannt wurden, fanden sie in der Öffentlich- keit eine Kritik, welche die Regierung doch ruhig machen mußte. Allerdings werden wir eine Reform nur auf dem Wege vorröhrstigen Maßhaltens, nicht fürmischen Vorwärtsdrängens er- halten. Die Kommission hatte die Zuziehung von Schöffen auch für die Strafkammern vorgeschlagen; doch tauchte der Zweifel auf, ob es möglich sein würde, genügendes Material zur Besetzung aller Gerichte mit Schöffen zu finden. Darüber angestellte Erhebungen er- gaben, daß es in der Tat nicht bei allen Gerichten möglich sein würde. Inzwischen wurden die Vorschläge des Herrn Oberbürger- meister Widde bekannt, und wenn sie auch nicht vereinbar sind mit einer Gerichtsverfassung, wie wir sie uns denken, so enthalten sie doch viele Anregungen, die in Erwägung gezogen werden müßten; vor allem gilt das von seinen Vorschlägen über die Verei- nigung in der Besetzung der Gerichte. Beabsichtigt ist, den Schöffengerichten die kleinen Sachen zu nehmen, die den Amtsgerichten überwiesen werden; dadurch sollen die Schöffengerichte entlastet werden, so daß sie für einen Teil der heute den Strafkammern über- wiesenen Sachen zuständig werden sollen. Die Strafkammern sollen mit Richtern und Schöffen be- setzt werden, über deren Zahl noch keine Einigung besteht. Was die zweite Instanz betrifft, so sollen die Schwurgerichte ihre bisherige Befassung behalten. Dagegen soll für die Ur- teile von den sämtlichen übrigen Gerichten die Berufung eingeführt werden.

Die Angelegenheit wird im Reichsjustizamt energisch bearbeitet; doch soll man nicht vergessen, daß sich immerhin um einen Coder von 400 bis 500 Paragraphen handelt. Aber die Reformarbeit wird in allen Kreisen der Regierung ernstlich gefördert.

Auf Antrag des Abgeordneten Wasserfmann (natl.) wird be- schlossen, in die Besprechung der Interpellation einzutreten.

Abg. Dr. Wiele (L.) (auf der Tribüne schwer verständlich) er- klärt, seine Freunde würden die Reform an der Frage der Schwur- gerichte nicht scheitern lassen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Bei der Reform der Strafprozessordnung handelt es sich darum, das völlig erschundene Vertrauen in die Rechtsprechung zu heben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie auf die praktischen Vorschläge eingegangen wären, welche hier seit 14 Jahren seitens meiner Parteifreunde gestellt sind, wenn unsere Anträge angenommen wären, so würden Sie heute nicht mit einer so weitgehenden Reform sich beschäftigen müssen. Vor allem muß man sich die Frage vorlegen, woran liegt es, daß das Vertrauen in die Rechtsprechung geradezu gleich Null ist, und wie kann dem abgeholfen werden. Der Staats- sekretär sprach von den furchtbaren vielen Seiten, die bereits über die Reform zusammengeflochten sind. In Wahrheit handelte es sich aber auch wesentlich mit um eine finanzielle Frage. Zu meiner Ueberzeugung hat der Staatssekretär erklärt, es ständen für eine vernünftige Rechtsprechung nicht die genügenden Mittel zur Ver- fügung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn dazu

läuft doch die Erklärung des Staatssekretärs hinaus, daß hant den Schulverhältnissen, wie wir sie haben, nicht die geeigneten Kräfte als Schöffen gefunden werden können, die zu einer vernünftigen Rechtsprechung notwendig sind!

Was die Arbeiten der zur Reform der Strafprozessordnung eingesetzten Kommission betrifft, so ist man sich allgemein darüber einig, daß diese Arbeiten von Anfang bis zu Ende nicht tauglich sind. In der Frage der Berufung bedeuten ihre Beschlüsse nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes. Weshalb wird denn die Berufung gefordert? Sie wird doch gefordert von den Laien, von den Angeklagten, von denjenigen, die behaupten, daß eine Unmenge Urteile ergehen, die zu dem Rechtsbewusstsein des Volkes im starken Widerspruch stehen. Für diese wird eine zweite Instanz gefordert, damit der Angeklagte, der erst durch das schriftliche Urteil erfährt, wessen er angeklagt war und wie verkehrt seine Behauptungen und die der Zeugen aufgefaßt sind, zu seinem Rechte kommen kann. Nenne man es Erleichterung des Wiederaufnahmeverfahrens oder Berufungsinstanz, jedenfalls handelt es sich bei dem Verlangen einer Berufung nur darum, daß der Angeklagte das Recht der Berufung haben soll und nicht darum, daß dem Staatsanwalt das Recht der Berufung gegen Urteile gegeben werden soll. Auch im Antrag M u n d e l wurde früher lediglich die Berufung zugunsten des Angeklagten gefordert. Aber die Subkommission will nicht nur die Verschlechterung einführen, daß die außerhalb jeder Verantwortung stehende Behörde, die Staatsanwaltschaft Berufung einlegen kann, sondern es ist auch der unerhörte, ungebürliche Antrag durchgebracht worden, es solle die Staatsanwaltschaft auch noch Anklageberufung einlegen können. Zur Strafe dafür, daß der Angeklagte vom preussischen Staat Gerechtigkeit erwartet, soll auch der Staatsanwalt noch einmal Berufung einlegen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Wir ist eine gute Instanz zehnmal lieber, als zwei oder drei schlechte! (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Bei der ganzen Arbeit der Reichsjustizkommission sind ausgeschlossen worden die Sozialdemokraten, es ist ausgeschlossen die Arbeiterklasse, die Handwerkerklasse, die Bauern, es ist ausgeschlossen die gesamte erwerbstätige Bevölkerung, alle diejenigen, die als Amboss dienen müssen, dem Hammer der Justiz gegenüber, deren Klagen angeblich besänftigt werden sollten. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Arbeiten der Kommission kein Vertrauen verdienen. Die Beweisnahme, die schon heute gar zu sehr in das Verlieben der Richter geteilt ist, soll nach ihren Vorschlägen völlig ins Verlieben der Richter gestellt werden. Die einzig wesentliche Garantie, daß der Richter gezwungen ist, die vorgelagerten Zeugen zu hören, soll beseitigt werden! Schon heute steht der Angeklagte absolut schulplos auch dem gewissenhaftesten Richter gegenüber da. Ich erinnere an den Prozeß L a n d e r, in welchem die Geschworenen den Angeklagten als Protest gegen die Art und Weise, wie er in der Voruntersuchung von dem Untersuchungsrichter F i r k e gemartert worden war, freisprachen! Ein nicht rechtfertigender Angeklagter steht in der Voruntersuchung dem Richter vollkommen schulplos gegenüber. Es erfolgt nicht einmal eine phonographische Aufnahme dessen, was zwischen den beiden verhandelt wird. Deshalb muß die Reform bei dem Vorverfahren eintreten. In unendlich vielen Fällen steht es heute so, daß, wenn auch nur einigermassen minder fahrlässig bei der Voruntersuchung vorgegangen wäre, das Verfahren von vornherein abgelehnt worden wäre, weil sich schon von vornherein die völlige Unschuld des Angeklagten herausgestellt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute ist der Angeklagte nicht einmal in der Lage, frei mit seinem Verteidiger zu verfahren; er ist da ganz durch das Verlieben des Richters beschränkt.

Weiter hat die Kommission die Befugnisse der als eine ganz fremdartige Behörde in unser Verfahren hineingeschobenen Staatsanwaltschaft, die aus abhängigen Verwaltungsbeamten besteht, noch vermehrt. Solange die Erhebung von Anklagen von den Staatsanwälten, die durch die Anweisungen ihrer Vorgesetzten gebunden sind, abhängig ist, kann man kein Vertrauen in die Rechtsprechung haben. Die Staatsanwaltschaft gehört zu den schlechtesten Institutionen, die man vom Auslande übernommen hat, sie entspricht durchaus einem absolutistischen Regiment (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute müssen wir die Tatsache verzeichnen, daß bei ganz gleich gelegenen Straffällen, je nachdem ob es sich um Unternehmer oder Arbeiter handelt, die Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage vornimmt oder unterläßt! Ich erinnere daran, daß noch dieser Tage der Beschluß ergangen ist, während man auf der einen Seite eine Erpressung konstruiert hat in der bekannten Art gegen Arbeiter, während nach einem vernünftigen Rechtsgefühl nie und nimmer Erpressungen vorliegen konnten — daß, da nun der Spieß umgedreht wurde und nun gegen Unternehmer vorgegangen werden sollte, wo ebenfalls der Tatbestand der Erpressung durch Ausperrungen gegeben war, zwar ein Oberlandesgericht sich fand, das die Einleitung des Verfahrens verlangte, aber keine Staatsanwaltschaft dafür sorgte, daß in der Tat Anklage erhoben wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur objektiv unabhängige Behörden, wie die Richter, können über die Erhebung der Anklage entscheiden. Freilich müssen wir dann auch weiter verlangen, daß die Richter auch in der Tat unabhängig sind; unabhängig vor allem rücksichtlich ihrer politischen und religiösen Überzeugung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesen Tagen habe ich eine Broschüre eines Landgerichtsrats gelesen, die mir ganz interessant war. Im Jahre 1895 haben wir hier im Reichstage hervorgehoben, daß in Frankfurt a. M. die Polizei rechtswidrig die Untersuchungshaft weit über 24 Stunden ausdehnte. Es wurde uns damals Untersuchung versprochen, und dann mitgeteilt, die Tatsache selbst sei richtig, es liege aber nur ein Versehen vor, und kein Dolus (böse Absicht). Nun teilt dieser Landgerichtsrat in seiner Broschüre mit, daß er seit der Zeit, als er gegen dieses geschwundene Verfahren der Frankfurter Polizeibeamten remonstrizierte, gemahngelt worden sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen, weil er Fehler der Justiz aufdeckte, wurde gegen ihn vorgegangen, er wurde verächtet und rüde nicht so auf, wie er glaubte, auftrüden zu können. Wir müssen daher nicht nur die Unabsehbarkeit und Unversiehbarkeit der Richter gegen ihren Willen verlangen, sondern auch eine Sicherung ihrer ökonomischen Lage. Heute gilt noch das Wort Friedrich Wilhelm I.: Die Leute mit Kopf gehören in die Verwaltung und die dummen Teufel in die Justiz. (Weiterkeit.) Ueber die Ueberlastung der Richter ist ja schon viel gesprochen worden. Wie soll ein Richter unabhängig sein, der, wie es vorkommt, vielleicht 55 Sachen an einem Tage zu erledigen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zur Sicherung der Unabhängigkeit der Richter gehört auch ihr Schutz gegen Wahregelung durch Disziplinargesetz. In Preußen ist dieser Schutz nach Einführung der Konstitution geringer, als er vorher war. Vorher gab es nur ein Einschreiten gegen Verfehlungen im Amte, jetzt kann auch wegen der politischen Gesinnung eingeschritten werden. Und wenn nicht mit dem Disziplinarverfahren, so geht man mit dem Verfehlungsverfahren von der Strafkammer in die Zivilkammer vor. Ich erinnere an die Fälle A l e x a n d e r S c h m i d t und S a b e n s t e i n. Wie man früher gegen freisinnige Richter vorging, so heute, wie in den Zeiten des Kulturkampfes, gegen Richter, die Anhänger des Zentrums sind. Ich habe dem Zentrum seinerzeit, als es einmal einen unserer Anträge auf Sicherung der Unabhängigkeit der Richter im Vertrauen auf die Regierung ablehnte, zugerufen: Sie können auch noch einmal an die Stelle kommen, wo Sie als Amboss dienen! Ich erinnere auch an den Einfluß, den Herr Ring sich anmaßte, der die Wahregelung von Kammergerichtsräten verlangte, die es gewagt hatten, im Prozeß der Mühlentale im Interesse der Kleinbauern zu entscheiden.

Vor allem müssen wir verlangen, daß der Grundsatze der Mündlichkeit des Verfahrens auch wirklich durchgeführt wird. Heute ist das ganze Verfahren vor der Strafkammer wie beim Schöffengericht ein Wahn auf den Grundsatze der Unmittelbarkeit und der Mündlichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorsitzende hat die Akten studiert, er kennt sie genau, und wenn ein Reuge nur in etwas abweicht von dem, was nach den Akten eigentlich richtig sein sollte, so wird er in dem

Liebenswürdigen Tone, den manche Leute als Unteroffiziers-ton betrachten, darauf aufmerksam gemacht, er habe früher anders ausgelegt. Er selbst weiß davon nichts, er kann ja nichts dafür, wenn vielleicht die Registrator falsch ist. Wie registriert wird, haben wir in dem Beispiel gesehen, wie ein früherer Polizeibeamter, jetzt ein höherer Beamter, eine Registrator machte über die Unterredung mit einem Abgeordneten. Auch zum Registrator gehört eine gewisse Bildung (Weiterkeit) und sehr gut bei den Sozialdemokraten), eine psychologische Bildung, wie auch vor allem die Richter über nationale ökonomische, soziale und psychologische Vorkenntnisse verfügen sollten. Es sollten Phonographen aufgestellt werden bei Unterredungen mit Abgeordneten in geheimen Kabinetten (Weiterkeit), vor allem auch in Polizeibureaus. Man würde dann hin und wieder sogar das Klatschen von Mißhandlungen hören, die nachher von Polizeibeamten bestritten werden. Also heute ist auch der beste Richter abhängig von den Akten; wir haben lediglich ein schriftliches Inquisitionium. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Rolle desjenigen, der die Verhandlung leitet, muß getrennt werden von der Rolle desjenigen, der urteilen soll, wie es zum Teil bei unserem Schwurgerichtsverfahren der Fall ist. Das schriftliche Verfahren, das wir heute haben, muß endlich einmal beseitigt werden; auch der beste Richter muß durch Einsicht in die Akten voreingenommen werden. Wenn der Staatssekretär in dieser Richtung einige Vorschläge aus dem englischen Rechte herübernehmen wollte, wollen wir uns an dem Worte englisch nicht stoßen, das davor steht. Uebrigens ist dieses mündliche Verfahren eine gut deutsche Einrichtung. Ein noli me tangere schien dem Staatssekretär die Berufung gegen Schwurgerichte zu sein. Wir wollen auch sie haben, aber nur für den Angeklagten. Der Staatssekretär sollte doch an den Fall der Stiffoberin H ä u s l e r denken, die unschuldig zu hundert Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die infamsten Anfeindungen haben sie und ihre Verteidiger über sich ergehen lassen, den größten Teil der Strafe hat sie abbüßen müssen, ehe es gelang, das Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Solche Fälle sollten doch die Herren Theoretiker fähig machen. Würde ähnliches einem Geheimrat passiert sein, würde zweifellos die Stellung des Staatssekretärs eine andere werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte Sie dringend bitten, ganze Arbeit zu machen und das Gerichtsverfassungsgesetz nach Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ändern und sich nicht mit dem kleinen Geschenk der Berufung zu begnügen. Auf weitere Einzelheiten will ich nicht eingehen, doch mit einem Wort noch die vielen Fälle ungerichteter Untersuchungshaft streifen. Vor 17 Jahren habe ich den damaligen Staatssekretär dringend gebeten, uns eine Statistik über die Untersuchungshaft zu geben, über ihre Dauer und die Anerkennung derjenigen Verhaftungen, die ungerecht erfolgt sind; ungerecht, weil Freispruch oder Einstellung des Verfahrens erfolgen mußte. Mit eingubehalten sind aber die juristisch nicht Verhaftung, sondern Sittlichkeit genannten Fälle der Polizeiverhaftungen. Bis heute ist eine solche Statistik nicht vorgelegt und auf anderem Wege war es nicht möglich, sie zu erhalten. Aber Tausende und Abertausende werden in Deutschland jährlich unschuldig in Untersuchungshaft genommen, die wochen-, monats- und selbst jahrelang dauern. Die Prozeßkommission hat vorgeschlagen, zu bestimmen, für die Untersuchungshaft sollen „Tatsachen“ vorliegen. Wohl Rome ist Schall und Rauch; heute sollen zur Annahme einer Kollisionsgefahr „Tatsachen“ vorliegen; da konstruiert man als „Tatsache“ die Wahrscheinlichkeit der künftigen Verurteilung. Diese Worte ins Gesetz hineinzuschreiben nützt gar nichts. Der Schutz des einzelnen gegen die Untersuchungshaft ist notwendig, und auch Schutz davor, daß daraus nicht unnötige Anklagen entstehen. Man'schneider Staatsanwalt denkt, ist einer erst einmal verhaftet, so muß er alle Kunst aufwenden, um ihn auch zur Anklage hinreichend verdächtig erscheinen zu lassen. Es gäbe nicht so viele unschuldig Verurteilte, ohne die vielen Anklagen gegen Unschuldige. Die Herren, die hier so viel von sozialem Empfinden gesprochen haben, sollten einmal ins Polizeipräsidium nach dem Alexanderplatz gehen, nach der Abteilung, wo die wegen Bettel, Arbeitstun u. s. w. Verhafteten dem Richter vorgeführt werden. Dort werden diese armen Opfer der heutigen Gesellschaft dem Einzelrichter vorgeführt, dessen Kompetenz nach der Anfeindung des Staatssekretärs noch erweitert werden soll! Duzenweise werden sie vorgeführt, und dann wird jedem die Frage vorgelegt, ob er sich schuldig bekennt. Zugleich wird ihm bedeutet, daß, wenn er sich nicht schuldig bekennt, er noch länger in Gewahrsam bleibe. Dann bekennen sich die meisten schuldig, auch wenn sie unschuldig sind, und der unbefangene Zuschauer kann den inneren Kampf des Betroffenen oft an seinem Auge, an seinem Gesicht, an der ganzen Körperhaltung ablesen. Ich will gar nicht von der Klassenjustiz sprechen, das wird bei anderer Gelegenheit geschehen, und da wird sich zeigen, daß diese Justiz gar kein Vertrauen verdient. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber eine Strafprozessordnung sollte darauf ausgehen, das soziale Moment zu betonen, man muß auf die Ursachen eingehen, wodurch der einzelne zum Verbrecher geworden ist. Wir haben den Fall des Hauptmanns von R e p p e n i d erlebt, bei welchem der Vorsitzende des Gerichts selbst sagte: „Der Mann ist offenbar gut veranlagt, er ist ein Opfer der Verhältnisse geworden.“ Da sollte sich das Justizministerium doch überlegen, ob der Satz von Quetelet nicht richtig ist: Die Gesellschaft ist es, welche den Verbrecher vorbereitet und der Verbrecher ist in der Regel nur das Werkzeug, welches das Verbrechen vollzieht, das die Gesellschaft vorbereitet hat.“ (Zurufe rechts.) Herr P a u l i, daß Sie davon nichts verstehen, begreife ich. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Folgerung müßte sein, daß man fragt, was kann der Staat tun, um die Gesellschaft zu reformieren. Dringend erforderlich ist eine andere Führung des Strafprozesses. Die Ausdrücke von dem stumpfen und blöden Angeklagten, die wir heute oft in den Erkenntnissen finden, kann jeder Klippstücker hineinschreiben. Wir müssen vielmehr verlangen, daß nach dem inneren Zusammenhange zwischen den gesellschaftlichen Zuständen und den einzelnen Verbrechen geforscht wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1891 sagte der damalige Staatssekretär des Reichsjustizamtes, das Vertrauen zur Justiz sei erheblich gesunken und ein Reichsgerichtsrat habe ihn dringend gebeten, durch Beseitigung der Garantien für den Angeklagten nicht auch noch den Rest des Vertrauens vernichten zu wollen. Wenn trotz aller Rufe nach Verbesserung der Strafprozessordnung nicht mehr herausgekommen ist, als was uns der Herr Staatssekretär angekündigt hat, so ist die bürgerliche Gesellschaft nicht in der Lage, auch nur ein Verfahren zu konstruieren, welches die einzelnen gegen Ungerechtigkeit schützt. Wohl aber wird die Justiz mißbraucht als Kampfmittel gegen die politische Ueberzeugung der aufwärts strebenden, der minder gut gestellten Klassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Tatsache konstatiere ich, ich bebauere sie. Ich habe aber keinen Zweifel, daß zu dieser Art Rechtsprechung das Vertrauen nie und nimmer im Volke einkehren wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr. Präsident Graf Stolberg: Am gestrigen Tage sind im preussischen Abgeordnetenhause bei der Beratung des Eisenbahnetats von einem Abgeordneten Aeußerungen getan worden, welche geeignet sind, die Mitglieder des Reichstages zu verletzen. (Sehr richtig!) Ich gebe meinem Bauern hierüber Ausdruck und weise diese Aeußerungen von dieser Stelle aus gebührend zurück. (Lebhafte Bravo! und Weiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Interpellation Gehl und Genossen (natl.) betreffend die Verhältnisse der Privatbeamten, Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend Eingriffe von Behörden bei den Reichstagswahlen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Die Märzgeburtstagfeier der Wiener Genossen.

Eine erhebende und imposante Demonstration war die Geburtstagsfeier, die die Wiener Genossen am Sonntag an den Gräbern ihrer Märzgefallenen abhielten. Kalt und unfreundlich war der Tag, aber die Feier war „so sagt die Wiener „Arbeiterzeitung“, „eine jubelnde Frühjahrsfeier“. Was vermochte die Unbill des Wetters, so fährt unser Wiener Parteiorgan fort, gegen die Hochgefühle, die jeder der ungezählten Tausende desmal im Dusen trug; gegen den stürmischen Drang, den Helben des ersten Befreiungskampfes die jubelnde Kunde zu bringen von der Erfüllung heißer Sehnsüchte und leidenschaftlichen Wollens. Hunderte Kränze wurden wieder auf den Sockel gelegt, aber auch ein unsichtbares Webegewebe; die in allen Herzen glühende Siegesfreude, die Genugtuung über die Eroberung des gleichen Wahlrechtes. . . .

Gewaltig war die Beteiligung. Mehrfach waren auch Abordnungen aus Nieder-Oesterreich delegiert. Um 1/4 Uhr erschienen die ersten Kranzträger am Grabdenkmal. Die Zahl der Kränze war so groß, daß sie nicht nur den Sockel des Denkmal und die Blumenbeete deckten, sondern daß viele noch außerhalb des Raumes auf den Rasen niedergelegt werden mußten. Mit dem von den Arbeitersängern vorgetragenen mächtigen Chor „Märztagshundertwieg und acht“ begann die Feier. Dann ergriff Genosse Dr. Ellenbogen das Wort. Er sagte:

Als wir im vorigen Jahre an dieser Stelle standen, da erklärten wir, daß wir nicht wiederkommen würden ohne das allgemeine, gleiche Wahlrecht. (Bravo!) Wir haben dieses Versprechen gehalten. Den Siegespreis eines vierzigjährigen Kampfes in der Hand, versammelt sich das Proletariat Oesterreichs heute wieder um das Grab derjenigen, die als erste in Oesterreich die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht erhoben haben. (Beifall.) Wie kann das furchtbare Verbrechen der Gesinnungsverfolgung so klar beargwünigt werden wie in der Vorstellung, daß hier in diesem Grabe Leute ruhen, die für eine Forderung erschossen wurden, welche heute — allerdings sechzig Jahre später — nicht nur Gesetz geworden ist, sondern die sogar von Ministern, ja von Trägern der Krone als unaußweichliche Staatsnotwendigkeit erklärt worden ist. (Beifall.) Wir haben im vorigen Jahre das Versprechen und die Prophezeiung ruhig abgegeben können; nicht etwa, weil wir auf die Gesinnungstreue, Geschildlichkeit oder Staatskunst unserer Herren Minister vertraut hatten — damals war schon der erste Wahlreformminister Gausch in seiner Stellung schwer bedroht —; wir haben auch nicht auf die Wahlreformfreundschaft der bürgerlichen Parteien gebaut; wir haben uns lediglich auf die revolutionäre Kraft unserer Bewegung verlassen. (Beifall.) Treibt die Revolution des Proletariats mit Polizisten, mit Staatsanwälten, mit Ausnahmezuständen und Justizverbrechen, treibt sie mit Intrigen und Rabalen, mit frommen Traktätslein und Bibelsprüchen aus, sie lehrt doch wieder. (Lebhafte Beifall.) Wir sind zum Kriegsführen auf die Welt gekommen, wir haben nicht die Zeit, und der Früchte des Sieges behaglich zu freuen. Aus dem Kampfe als Sieger sind wir heute hierher gekommen und in den Kampf zu neuen Taten ziehen wir von hier wieder hinweg. (Neuerlicher Beifall.) Es gilt, die neu geschmiedete Waffe des gleichen Wahlrechtes in den nächsten Monaten zu gebrauchen gegen politische Ansdacht, geistige Verdumpfung und wirtschaftliche Sklaverei. Und möge jeder, der am 14. Mai zur Urne schreitet, von einem Hauche jenes Freiheitsgeistes umweht sein, von dem sich die Leiten lieben, die jetzt hier im Grabe ruhen. Möge jeder, der den Namen eines Sozialdemokraten auf den Stimmzettel setzt, sich dabei sagen, daß er damit die Worte hinschreibt: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wir aber werden uns mit aller Begeisterung, mit aller gewohnten Macht in diesen Kampf für den dem siegreichenden Rufe: Hoch die internationale Sozialdemokratie! (Stürmische Oduffe.)

Nach ihm sprachen die Genossen D w o r a t (tschechisch) und T e r a t o w s k i (polnisch).

Die Defileierung vor dem Monument dauerte, nachdem die Redner gesprochen hatten, noch eine Stunde, dann lösten sich die Massen auf.

Gegen Bernhard und Braun

haben am Sonntag die Dortmunder Genossen in schärfster Weise Stellung genommen. Die Filiale Dortmund des sozialdemokratischen Wahlkreises hielt eine Generalversammlung ab, die sich vornehmlich mit der verflochtenen Reichstagswahl beschäftigte. Ganz erklärlicherweise hat das meuliche Auftreten Bernhards und Brauns die Genossen aufs äußerste empört. Folgende Resolution fand denn auch einstimmige Annahme:

„Die Generalversammlung der Filiale Dortmund des sozialdemokratischen Vereines begrüßt mit Freuden das Vorgehen der Berliner Genossen gegen den Parteischädiger Georg Bernhard, der sich sogar die Freiheit herausnahm, in gegnerischen Blättern über unsere Partei herzufallen.“

Ferner hofft die Generalversammlung, daß die Berliner Organisationen auch gegen Braun das Verfahren auf Anschluß einleiten.

Die große Masse der Parteigenossen hat es gründlich satt, daß fortwährend von einzelnen Personen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die ganze Partei schädigenden Stänkereien angerührt werden; dadurch werden den Segnern Waffen in die Hand geliefert, womit diese bei allen Wahlen uns entgegengetreten und die Werbetätigkeit für unsere Ideen ungemein erschweren.

Ueberhaupt ist die Veramtlung der Ansicht, daß dem Genosse endlich einmal ein Ende bereitet wird und hofft, daß der Parteivorstand dazu energische Schritte unternimmt.“

Den Genossen Bernstein, Galdner und Schuppel wurde in der Versammlung scharfer Tadel ausgesprochen, daß sie, wo wir noch in der Stichwahl standen, in den „Monatsheften“ in der ungehörigsten Weise dabei waren, an der Partei herumzukritisieren. Die wissenschaftliche Forschung solle in der Partei nicht unterbunden werden, man könne aber von den Genossen verlangen, daß sie der Partei keine Schwierigkeiten bereiten und den Segnern Waffen liefern.

Die Generalversammlung beschloß, zum 1. Juli eine Zweiteilung der Filiale Dortmund vorzunehmen, die jetzt über 1000 Mitglieder besitzt. Man hofft dadurch, den agitatorisch tätigen Genossen die Arbeit zu erleichtern und sie intensiver zu gestalten.

Aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg wird berichtet: Am Sonntag, den 10. März, fand nach den Wahlen die erste Kreisversammlung in Drielen statt. Sie war von Delegierten aus zehn Ortschaften des Kreises besucht, außerdem waren der Zentral-Wahlvereinsvorstand und von der Agitationskommission die Genossen L. Zucht und Panisch sowie der Genosse Eugen Bräuner von Berlin anwesend.

Der Bericht des Zentralvorstandes zeugte von einer regen Tätigkeit, die sich insbesondere auf den Ausbau der Organisation erstreckte. Während Anfang August 1906 nur 72 Mitglieder des Wahlvereines zu verzeichnen waren, sind es jetzt deren 357.

Nach einem Referat des Genossen Eugen Bräuner von Berlin über die Wahl und unsere fernere Agitation, wurde er wieder einstimmig als Kandidat für den Kreis aufgestellt.

Nach einem Hinweis des Genossen L. Zucht auf den reaktionären Standpunkt des Herrn Bruhn (des Abgeordneten des Kreises) in seiner Rede im Reichstage betreffend die Aufhebung der Gesindeordnung, wurde die vom besten Geiste besetzte Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie geschlossen. Es geht auch hier vorwärts trotz alledem und alledem!

Wahlerfolg in der Schweiz. In Chiasso (Kanton Tessin) wurden bei den Gemeindevahlen, die nach freiwilligem Proporz vorgenommen wurden, drei sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinderat (Stadterordnetenversammlung) gewählt.

A. WERTHEIM

BESONDERS PREISWERTES PORZELLAN

Weiss

Speise-Teller tief	16 Pf., flach 12 Pf.
Dessertteller	10 Pf.
Kompotteller	8 Pf.
Suppen-Terrinen	1.30 Mk.
Kartoffelnäpfe m. Deckel	70 Pf.
Saucieren	45 Pf.
Kompottschalen	25 Pf., 38 Pf.
Bratenschüsseln oval	25 bis 80 Pf.
Bratenschüsseln rund	35 Pf.
Kaffeekannen	22, 45 Pf.
Milchtöpfe	8, 12, 15 Pf.
Zuckerdosens	15 Pf.
Tassen	8, 12 Pf.
Kuchenteller	10 Pf.

Dekoriert

Butterdosens	55 Pf.
Leuchter	28 Pf.
Fruchtschalen	95 Pf.
Kuchenteller	75 Pf.
Kuchenkörbchen	28, 70 Pf.
Tassen	22, 28 Pf.
Satztöpfe 6 Stück	1.35, 2.20 Mk.

Tafelgeschirre weiss mit Goldrand

Teller tief und flach	28 Pf.
Dessertteller 25,	
Terrinen	2.70, 3.80 Mk.
Saucieren	75, 85 Pf., 1 Mk.
Kartoffelschüsseln	1.60, 2 Mk.
Kompottschalen oval	28 Pf. bis 1.15 Mk.
Bratenplatten	36 Pf. bis 2.60 Mk.
Bratenplatten rund	1.10, 1.35 Mk.
Kaffeekannen	35 Pf. bis 1.30 Mk.
Milchtöpfe	13 bis 60 Pf.
Zuckerdosens 55, 70 Pf.	Tassen 23 Pf.

Kaffeesevice

9 teilig	2.90, 4 Mk., 4.50 Mk.
16 teilig	6.50, 7 Mk.

EMAILLE-

GESCHIRRE

II. Wahl.

Schmortöpfe ohne Ring 4 Grössen	45 Pf. b. 90 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 5 Grössen	65 Pf. b. 1.50 Mk.
Kasserollen ohne Ring 6 Grössen	25 Pf. b. 95 Pf.
Kasserollen mit Ring 4 Grössen	75 Pf. b. 1.25 Mk.
Gasschmortöpfe mit Deckel	90 Pf. u. 1.25 Mk.
Kasserollen flach 8 Grössen	20 Pf. b. 60 Pf.
Pfannen runde 5 Grössen	25 Pf. b. 75 Pf.
Wasserkessel mit Absatz 1.10 Mk. u. 1.40 Mk.	
Wasserkessel ohne Absatz 5 Grössen	75 Pf. b. 1.60 Mk.
Maschinentöpfe 3 Grössen	15 Pf. b. 25 Pf.
Schaffnerkannen 4 Grössen	45 Pf. b. 90 Pf.
Konsole mit Mass 1/3 Liter	35 Pf.
Löffelbleche	50 Pf.
Teigschüsseln 6 Grössen	1.25 Mk. b. 3 Mk.
Vorratsstonsen 40 Pf., dekoriert 60 Pf.	
Teller 3 Grössen	20 Pf. b. 35 Pf.
Salzmesten	85 Pf.
Tassen mit Untertassen	25 Pf. u. 30 Pf.
Eierbecher weiss 5 Pf., dekoriert 8 Pf.	
Teesiebe	10 Pf. b. 15 Pf.
Senftöpfe weiss 15 Pf., dekoriert 20 Pf.	
Salzgefässe weiss 12 Pf., dekoriert 15 Pf.	
Leuchter niedrig 20 Pf., hoch 25 Pf.	
Trinkbecher	12 Pf. b. 20 Pf.
Ascheimer 4 Grössen	1 Mk. b. 1.40 Mk.
Eimer circa 28 cm, neublau	85 Pf.
Eimer mit Deckel dekoriert	2 Mk. b. 2.75 Mk.
Wannen oval 5 Grössen	1.45 Mk. b. 4.50 Mk.
Wannen rund 4 Grössen	1.30 Mk. b. 2.50 Mk.
Wasch-Garnituren 5 teilig dekor.	8.50 Mk.
Toilette-Eimer dekoriert	4 Mk., 4.50 Mk.
Krüge zu Garnituren dekoriert	2.50, 3 Mk.
Gebauchte Wasserkannen dek.	1.25 Mk.
Garnitur-Schüsseln dekoriert	2.50, 2.75 Mk.
Fussbadewannen dekoriert	4.50 Mk.

STEINGUT

Neu eingeführt: Deutsches Hartsteingut

Speiseteller tief und flach	15 Pf.	Bratenschüsseln oval	27 Pf. bis 1.05 Mk.
Dessertteller	13 Pf.	Bratenplatten rund	60 Pf.
Kompotteller	11 Pf.	Salatieren viereckig	30 Pf. bis 1.05 Mk.
Terrinen	1.75, 2.25 Mk.	Waschschüsseln	1.60 Mk.
Kartoffelschüsseln mit Deckel	1.50, 1.90 Mk.	Wasserkannen	1.60 Mk.
Saucieren	68, 85, 95 Pf.	Majolika-Blumentöpfe	12 Pf. bis 3.90 Mk.

Waschgarnituren

2 teilig	2.25, 3 teilig 3 Mk.
dekoriert	3 Mk. bis 7.75 Mk.
5 teilig	

GLASWAREN

Rotweingläser geschliffen	24 Pf.	Bier- u. Teebecher mit Bordüre	10 Pf.
Butterdosens	70, 85 Pf.	Zitronenpressen	9 Pf.
Käseglocken	68 Pf. 1.25 Mk.	Käseglocken gepresst	45 Pf.
Rumflaschen	45, 63 Pf.	Salatschalen gepresst 5 Grössen	6 Pf. bis 38 Pf.
Wasserflaschen 27, 30, schliff.	45, 68, 90 Pf.	Kompotteller 6 Pf. Kuchenteller	38 Pf.
Sturzflaschen glatt 23, 30, schliff.	40, 50 Pf.	Weingarnitur mit hohem Stiel und Gravierung	
Wassergläser geschliffen	20, gepresst 6 Pf.	Rotweingläser	36 Pf. Bowlingläser 42 Pf.
Butterdosens gepresst	25 Pf.	Rheinweingläser	40 Pf. Sektgläser 42 Pf.
Bierbecher mit Goldrand	7, 10, 18, 28 Pf.	Madelragläser	32 Pf. Bierbecher 27 Pf.
		Likörgläser	27 Pf. Seiterbecher 27 Pf.

Marktkörbe 1.90 Mk.
mit Emaille-Einsatz

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Kaffee-Service 8 teilig, vernickelt	8.50, 11.50 Mk.	Tischtuchklammern 5 und 10 Pf.		Volksbadewannen	15 Mk.
Kaffee- u. Tee-Service 5 teilig, vern.	14 Mk., 15 Mk.	Tischbestecke mit blanken Griffen Paar	48 Pf.	Zink-Waschfässer Drahtweil. 3 Grössen	9 Mk. bis 13.50
Brotkörbe vernickelt	45, 75, 95 Pf.	Tischbestecke mit schwarzen Griffen Paar	45, 65, 80 Pf.	Zink-Waschfässer m. Wulst 3 Grössen	11.50 bis 16 Mk.
Butterdosens Beschläge vernickelt	50, 95 Pf.	Esslöffel Britanniametall	15 Pf.	Zink-Zober	10.50, 12.50 Mk.
Kakesdosens Beschläge vernickelt	1.90, 2.50 Mk.	Teelöffel Britanniametall	8 Pf.	Teppichkehrmaschinen	9, 12 Mk., 13.50
Saftkannen Beschläge vernickelt	1.50, 1.75 Mk.	Gemüsemesser	15 Pf.	Messerputzbretter (1 Seite Schmirgel)	35 Pf.
Blumenvasen mit Rand vernickelt	1.50 Mk.	Blitzschneider	1 Mk.	Gaskocher	9.50, 11 Mk.
Krömmelschaufel mit Bürste vernickelt	2.50, 3.25 Mk.	Büchsenöffner	25 Pf.	Gaskocher mit Bratofen	30 Mk.
Tortenplatten	2.85, 3.50, 3.75 Mk.	Sparschäler	5, 50 Pf.	Wringmaschinen	11 Mk., 12 Mk.
Weinkannen	4.75 Mk.	Wirtschaftswagen	1.40 Mk.	Schirmständer	2.25 Mk.
Kabarets	3.25, 3.60 Mk.	Fleischhackmaschinen	2.25, 2.75 Mk.		

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zum heutigen Zahlabend!

In der letzten Nummer des „Mittelungsblattes“ ist ein Irrtum unterlaufen, der hiermit berichtigt wird. Die Vorstände des ersten und zweiten Kreises haben sich gegen Erhöhung des Mitgliedsbeitrages, die des dritten, vierten, fünften Kreises sowie der Zentralvorstand von Teltow-Weesow und die Kreis-Generalversammlung von Niederbarnim für eine Erhöhung um fünf Pfennig pro Monat ausgesprochen, der Vorstand des sechsten Kreises dagegen empfiehlt eine Erhöhung von zehn Pfennig pro Monat.

Wir bitten, dies bei den Diskussionen des heutigen Abends in Betracht zu ziehen. Das Verbands-Bureau.

Nieder-Schöneweide. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der heutige Zahlabend noch gemeinsam von allen drei Bezirken abgehalten wird, und zwar im Lokale des Genossen Julius Fischer, Berlinerstr. 92. Um regen Besuch ersucht Der Vorstand.

Steglitz. Heute Abend in allen Bezirken Zahlabend. Der 8. Bezirk muß besonders vollzählig erscheinen, da hier Neuwahl des 1. Bezirksführers notwendig ist.

Zur Gewerbegerichtswahl am Freitagabend von 6-8 Uhr fordern wir alle Parteigenossen auf, die wahlberechtigt sind, ihre Pflicht zu tun.

Berliner Nachrichten.

Schulfeiern.

In den letzten Jahren haben es sich eine Anzahl Schulleiter angelegen sein lassen, alljährlich Schulfeiern zu veranstalten und zu denselben die Angehörigen der die betreffende Schule besuchenden Kinder einzuladen. Diese Jahresfeiern oder Elternabende, wie sie noch bezeichnet werden, sollen bezwecken die Herstellung innigerer Beziehungen zwischen Schule und Haus und in zweiter Linie sollen den Angehörigen durch die Kinder einige frohe Stunden bereitet werden. Der Zweck dieser Veranstaltungen ist sicher ein sehr löblicher und man kann nur wünschen, daß sich Schule und Haus näher kommen, allein angesichts der heutigen Organisation dieser Elternabende oder Jahresfeiern glauben wir, daß dieser Zweck nicht erreicht wird. Dazu gehört mehr denn das Anhören einer Anzahl durch die Kinder vorgetragener Gedichte und Märchen und hier und da eine vom Rektor gehaltene Ansprache, und sei sie noch so warm. Unserer Ansicht gehört dazu ein innigerer Kontakt zwischen Lehrer bzw. Lehrerin und Eltern. Die Lehrer oder Lehrerinnen mühten durch die Eltern sich über die Individualität des Kindes näher unterrichten lassen können, mühten sich mit ihnen aussprechen können. Das ist es, was fehlt, aber nötig wäre, sollen die Beziehungen zwischen Schule und Haus ersüßliche Förderung erfahren.

Gaben wir somit mit einigen Worten auf die Mängel dieser Jahresfeiern oder Elternabende hingewiesen, so wollen wir gern anerkennen, daß die Stunden einer Jahresfeier nicht zu den verlorenen zu zählen sind. Die Schulleiter mit ihren Lehrkräften geben sich alle Mühe, um den Angehörigen einen angenehmen Abend zu bereiten und es ist eine wahre Freude, die hübschen Vorträge der Kinder anzuhören. In erster Reihe steht wohl der Gesang, und man muß es unseren Gesangslehrern lassen; auf diesem Gebiete sind sie anderen voran. Und wenn könnten die Vorträge der Kinder nicht alle Aufmerksamkeit abnötigen? Ist ihre Wahl doch eine sehr sorgfältige und vor allem dem kindlichen Verständnis gut angepaßt. Greifen wir nur wahllos in das Programm einer solchen Jahresfeier hinein, wie wir es dieser Tage hörten. Da treten einige Kinder auf das Podium, um den Frühling zu grüßen. In gekaufter Stellung hockt am Boden ein weißgekleidetes Mädchen, sich schlafend stellend und Schneeglöckchen darstellend. Da kommt der Wind und säfält es munter: „Schneeglöckchen erwache! Schneeglöckchen erwache!“ ruft er. Es kommt Leben in das Schneeglöckchen und aufstehend dehnt und reckt es sich, hörend, daß der Frühling da ist. Und der Frühling — ein größeres Mädchen — erscheint und kündigt Allen — Menschen und Tieren — neues Leben und neue Freude an. Schließlich erscheint auch das Osterhäschen, auch es will Frühling begrüßen. Das hat aber Furcht vor Menschen, weil diese mit Schrot und Korn gefährlich seien. Frühling beruhigt es mit dem Hinweis, daß nicht alle Menschen seine Feinde seien; die Kinder liebten es. Es solle nur in die Gärten kommen und dort in den Eden und Geden die Ostereier verstecken. Dann könnte es von unsichtbarer Stelle aus sich an den Freuden der Kinder weiden.

Die Angehörigen konnten es gar nicht über sich gewinnen, bis zu Ende des Vortrages ihre Nachmuskeln zu zucken, so große Freude hatten sie an demselben. Und welcher Humor wurde nicht geweckt, als ein kleines Mädchen in dem Tone des Bedauerns: „Nach Weihnachten!“ vortrug. Als es des Schicksals gedachte, das den zu Weihnachten geschenkt erhaltenen Püppchen, Bierdchen, Wägelchen und anderen Säckelchen nach einigen Wochen bereitet wurde: wie da ein Kermchen, dort ein Weinchen fehlte, kurz, wie die meisten Spielsachen nur noch zum Teil zu erkennen waren, da mühten nicht nur die erwachsenen Zuhörer und Zuhörerinnen lachen, da lachten und sicherten auch die vielen Kinder, die zum Zwecke des Gesanges anwesend waren.

Und wie waren die Eltern stolz, deren Kinder ausgewählt waren, auf das Podium zu treten. Wie ihre Augen leuchteten, wenn ihre Kleinen ihre Sache gut gemacht hatten! Nicht mindere Befriedigung fanden die Lehrer und Lehrerinnen, weil sie nun durch die Kinder zeigen konnten, welchen Erfolg ihre Mühe und Arbeit getragen, und wir sahen manche Lehrerin ihre kleine Schülerin nach Beendigung ihrer Aufgabe streicheln und hörten sie dem Kinde ein anerkennendes Wort sagen.

Wer so die Gesangs- und deklamatorischen Vorträge aus Kindermund hörte, wenn stiegen da nicht Erinnerungen aus seiner eigenen Kinderzeit auf, der Zeit, in welcher dem Kleinen Menschlein so wenig von den großen Sorgen und noch weniger von dem großen Kampf ums Dasein bekannt ist. Aber noch etwas anderes war es, was uns an dem Abend wieder einmal

stark zum Bewußtsein gebracht wurde: der Unterschied zwischen Gemeindeschule und höherer Schule. Wir hörten vom Rektor, daß er die Absicht habe, den nach Abzug der kleinen Unkosten überschüssigen Betrag aus dem 10 Pf. betragenden Entree als Grundstock zu einem Klavier für die Aula anzulegen, und optimistisch meinte er: „Vielleicht erleben wir's noch, daß, wenn günstige Umstände mitwirken, wir dieses Ziel erreichen.“ Da zeigt sich wieder einmal, wie die Gemeindeschule vernachlässigt wird. In den Aulen unserer höheren Schulen gehört ein Klavier zu den notwendigen Requisiten, die Gemeindeschulen entbehren dieses Instrumentes. Und dabei wäre ein solches hier genau so notwendig wie dort. Die gewiß gut gemeinte Absicht des Rektors ist nur eine Blamage für unsere Schulverwaltung. Um dieses Bedürfnis zu erfüllen, dazu gehörte nur die einmalige Einziehung eines Betrages von 100.000 M. in den 19 Millionen betragenden Schuletat. Dann könnte auch für unsere Gemeindeschulkinder bei einer verständigen Organisation ein neues Gebiet eröffnet werden und die Schulfeiern hätten nicht nur Angehörigen der Kinder einige frohe Stunden bereitet, sondern dazu beigetragen, ein Bedürfnis aufzuzeigen, dessen Befriedigung für die Gemeindeschulkinder auch einen pädagogischen Wert hat. Auch die Gemeindeschulkinder würden sich sicher sehr gern alle Woche oder von Zeit zu Zeit in der Aula einen hübschen Musikvortrag mit Aufmerksamkeit anhören. Ob die Stadtverordnetenversammlung einmal in den Beutel greifen wird?

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr: Bericht-erstattung über die Vorlage, betreffend den Erlaß einer Grundsteuerordnung nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes und einer revidierten Umsatzsteuerordnung unter Einführung einer Wertzuwachssteuer. — Bericht-erstattung des Staatsausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1907 und zwar: Grundstücke in der Stadt, — Ländliche Grundstücke in- und außerhalb, sowie Realsgrundstücke außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Nüdersdorf, — Berechtigungen, — Krankenhaus im Friedrichshain, — Krankenhaus Noabit, — Krankenhaus am Urban, — Krankenhaus Sülzener Straße, — Kaiserin und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus, — Rudolf Virchow-Krankenhaus, — Jren- und Jbiotenanstalt Dall-dorf, — Jrenanstalt Herzberge in Lichtenberg, — Jrenanstalt Buch, — Anstalt für Epileptische „Bühlgarten“ bei Weisdorf, — Jbadanstalt, — Desinfektionsanstalt in der Reichenberger Straße, — Heimstätten für Genußende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, — Zentrale Buch, — Gym-nasien, Realschulen und Oberrealschulen, — Realschulen, — höhere Mädchen-schulen, — Turnhallen der städtischen höheren Lehr-anstalten, Spielplätze und Turnwiesen im allgemeinen, — Ver-schiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten und die höheren Mädchen-schulen, — Gemeindeschulen (Volksschulen), — Taubstummen-schule, — Blindenanstalt nebst Betrieb der Be-schäftigungsanstalt, — Volkshochschulungs-unterrichtswesen, — Pflichtfortbildungs-unterrichtswesen — und Genußliches Unter-richtswesen. — Vorlagen betreffend: den festlichen Empfang des XIV. Internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie und die Herausgabe einer Festschrift zu seinen Ehren, — die Fest-sehung einer neuen Blutlinie für das Grundstück Vinsitr. 26, Königin Augustastr. 6 im Zusammenhange mit einer Verschiebung der Augustastr. — die Enteignung einer zur Freilegung der Greifswalder Straße erforderlichen Fläche des Grundstücks Greifswalder Straße 154, — den Verkauf einer Teilfläche des Gas-behältergrundstücks an der Augsburger Straße, die provisorische Pflasterung der Senefelderstraße, — den Abschluß von Verträgen mit der Dorfgemeinde Rosenthal über die Unterhaltung der Dorf-strasse in Rosenthal und den Anschluß von Rosenthal an die Berliner Kanalisation, — den Erwerb fortifistalischer zur Frei-legung der Afrikanischen Straße erforderlichen Flächen — und die Enteignung von Gelände zum Comeniusplatz.

Aus dem Staatsauschuß. Am Montag wurde zunächst der Etat der Waisenverwaltung beraten. Moniert wurde, daß in Privat-anstalten mehr Kinder versorgt werden, als in der eigenen Anstalt untergebracht sind. Die Verwaltung erklärte daraufhin, Rummels-burg sei eine evangelische Anstalt, da nun für die katholischen Waisen nicht genügend Pflegeeltern vorhanden seien, so mühten dieselben in Privat-anstalten untergebracht werden, oder man müsse ein eigenes katholisches Waisenhaus bauen.

Als außerordentlich bedenklich wurde die hohe Todesziffer der im ersten Lebensjahre stehenden Waisen bezeichnet. Die Ver-waltung begründete diese Erscheinung damit, daß ihr die Kinder meist in sehr herabgekommenen Zuständen übergeben werden.

Im weiteren wurde unter Hinweis auf den Verwaltungsbericht dargelegt, daß eine ganze Anzahl Kinder in Orten untergebracht sind, die keine eigentlichen Gemeinden, sondern Gutsbezirke bilden und es sei anzunehmen, daß in solchen Orten keine Gewähr für eine entsprechende Schulbildung gegeben sei. Um einen Lebensbild zu gewinnen, wurde die Verwaltung ersucht, in der Nachweisung eine Rubrik anzufügen, aus welcher das Schulsystem des einzelnen Ortes ersichtlich ist.

Der Armen-Etat schließt, wie schon berichtet, mit erheblich niederen Ausgaben ab als im vorletzten Jahre. Seitens der Armen-direktion wurde bemerkt, daß damit keine Verschlechterung in der Unterstützung der Armen eintrete, denn diese sei pro Kopf immer gestiegen. Dem wurde von unseren Genossen entgegen gehalten, daß trotz der Befugnis der Armenkommissionen, für Kinder ein Pflegegeld von 6 bis zu 9 Mark und mehr zu bewilligen, nach dem Verwaltungsbericht noch ein solches von 3 Mark an gezahlt werde und in nicht weniger als 4500 Fällen nur ein Satz von 6-8,50 Mark gezahlt werde. Hier läme ein unangebrachter Sparmaßstab der Armenkommissionen zum Ausdruck, der sich durch die schlechte Er-nährung der Kinder nach der anderen Seite einmal bitter rächen werde. Die Verwaltung wies darauf hin, daß sie erst kürzlich im Gemeindeblatt die Armenkommissionen angewiesen habe, möglichst weitherzig zu verfahren.

Beim Etat 46: Statistisches Amt wurde von unseren Genossen eine Resolution eingebracht und vom Auschuß angenommen, wo-nach festgestellt werden soll, wieviel Berliner Hausbesitzer das passive Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung besitzen. Es wird sich dabei zeigen, wie klein die Zahl dieser Privilegierten eigentlich ist. Beim Etat: Märktisches Provinzialmuseum wurde bestimmt fertiger, daß dasselbe im Laufe des Etatsjahres fertig wird. Beim Etat 49 B: Geschäftsbüchlein und Projekt-kosten wurde von unseren Genossen der Antrag gestellt, den Etatentwurf auch an die Presse abzugeben. Der Kämmerer konnte sich zu einer glatten Zusage nicht aufschwingen, versprach aber die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen, vielleicht könne man es so machen, daß derselbe auf Anfragen verabsolgt werde. Eine Reihe kleinerer Etats wurden ohne Debatte verabschiedet.

Der Schiffsahrtverkehr von der unteren Ober nach Berlin ist nunmehr ebenfalls freigegeben worden, nachdem die die Schiffsahrt

fördernden Eisverschmelzungen in der Gegend des Oberbruchs beseitigt worden sind. Gestern konnten bereits die ersten Dampfer den Oder-Spree-Kanal passieren. Da auch die Wasserstraße zwischen Hamburg und Berlin wieder eisfrei ist, konnte die Frühjahrs-schiffahrt im gesamten Elb-Spree-Gabel- und Odergebiet auf-genommen werden. Allerdings wird der Verkehr durch das Hoch-wasser sehr beeinträchtigt, da die starke Strömung dem Staken der Fahrzeuge bedeutenden Widerstand entgegensetzt, auch größere Schleppzüge nicht verkehren können. An der Mühlendamm-Schleuse ist der Wasserdruck infolge des Hochwassers so stark, daß ein be-sonderer Schlepper erforderlich ist, um die aus der Schleuse berg-wärts fahrenden Zillen herauszuschleppen.

Vertrauensärzte bei den Schiedsgerichten. Für das Jahr 1907 sind zu Vertrauensärzten bei den Schiedsgerichten für Arbeiter-versicherung des Stadtkreises Berlin und des Regierungsbezirks Potsdam: 1. der Beheime-Medizinalrat Dr. Becker in Berlin SW. 29, Snelienaustr. 99; 2. der Sanitätsrat Dr. Köhler in Berlin W. 50, Augsburgerstr. 57/58; 3. der Sanitätsrat Dr. Wagner in Berlin W. 50, Mühlengrabenstr. 48; 4. der praktische Arzt Dr. Engel in Wilmersdorf bei Berlin, Ullandsstr. 58/59; 5. der praktische Arzt Dr. Hehl in Berlin W. 50, Geisbergstr. 27, außerdem bei demjenigen des Regierungsbezirks Potsdam der praktische Arzt Dr. Vincke in Berlin W. 57, Palowstr. 44, gewählt worden.

Dienstmädchen-Schicksal.

Das Wohl oder Wehe eines Dienstmädchens wird wesentlich durch sein Dien tbuch mitbestimmt. Ein schlechtes Zeugnis im Buch — und das Schicksal des Mädchens kann für immer festgelegt sein! Es gibt zwar Herrschaften, die weniger auf die Zeugnisse als auf die Person sehen. Sie mieten ein Dienstmädchen auch mit schlechtem Zeugnis, wenn das Mädchen selber auf sie einen gün-stigen Eindruck macht. Andere Herrschaften aber — und das dürfte die Mehrzahl sein — schrecken doch davor zurück, eine durch ein schlechtes Zeugnis gebrandmarkte Person in ihr Haus zu nehmen.

Wir sind öfter in die Lage gekommen, in die Dienstbücher von Mädchen hineinzuschauen, die sich hilflos an den „Vorwärts“ gewandt hatten. Mit Verwunderung haben wir da manches schlechte Zeugnis gesehen, das schon in sich selber den Widerspruch trug. Was soll man sagen, wenn z. B. einem Mädchen bescheinigt wird, daß es Monate oder gar Jahre hindurch an derselben Stelle gedient hat, aber — „gänzlich unbrauchbar ist“, „nichts von der Wirtschaft versteht“ usw.? Ein Zeugnis ähnlicher Art ist uns dieser Tage vorgelegt worden. Einem Mädchen Frieda J. hat ein Herr Philipp Schmulewicz, der in Berlin in seinem Hause Ludenardersstraße 84 wohnt, im Dien tbuch bescheinigt, daß sie als Amme angenommen worden war und vom 19. April 1907 bis zum 16. Februar 1907 bei ihm gedient hat. Das Dienstzeugnis aber lautet: „Plötzlich ent-lassen, frech bis zum Erzeh, faul, gemein, roh, lügenhaft, hat sich meiner Frau tödlich wider-setzt.“ („Tödlisch“ soll wohl heißen: „tätlich“.) Nicht wahr, man staunt, wie das alles erst nach fast zehn Monaten so hervorortreten konnte, daß eine plötzliche Entlassung nötig wurde. Und man erschrickt über die Kaltblütigkeit, mit der hier ein Urteil gefällt worden ist, das geradezu vernichtend wirken mußte.

Als uns dieses Zeugnis vorgelegt wurde, machte man uns zugleich allerlei Angaben über die Behandlung, die dem Fräulein Frieda J. in der Familie Schmulewicz zuteil geworden sei, sowie über das weitere Schicksal, das dem bedauernswerten Mädchen beschieden gewesen ist. Daraufhin haben wir es für unsere Pflicht gehalten, der Angelegenheit näher zu treten. Von der Behand-lung wollen wir nicht sprechen, weil unsere Ermittlungen hierüber bisher nichts Sicheres ergeben haben. Das weitere Schicksal der Entlassenen gestaltete sich sehr traurig. Als Fräulein J. am Abend des 16. Februar hinausgeworfen wurde, sah sie sich plötzlich unterkinstlos. Wie sie ging und stand, flüchtete sie sich zu einer in demselben Hause wohnenden Familie. Hier brachte sie die ersten drei Nächte zu. In zwei darauffolgenden Nächten schloß sie auf dem Treppentritt vor der Vordertür, und dann wurde sie wieder mal von einer anderen Familie desselben Hauses be-herbergt. Ihre Sachen waren in der Wohnung der Familie Schm. zurückgelassen. Es ist nicht ganz klar, warum Frieda nicht sofort die Sachen gefordert und nicht eine andere Stelle gesucht hat. Viel-leicht war sie überzeugt, daß sie mit dem von Schm. ausgestellten Zeugnis doch nie wieder einen Dienst kriegen würde. Sie soll in all diesen Tagen sich sehr verwirrt gezeigt und über festiges Kopfwch geklagt haben. Schließlich nahm die durch einen Hausbesitzer benachrichtigte Polizei sich des Mädchens an. Nach-dem unter dem Beistand eines Schuhmannes die Sachen aus der Wohnung der Familie Schm. abgeholt worden waren, zog Frieda zu einem in der Ratzstraße wohnenden Wäschhändler N., der gerade ein Dienstmädchen brauchte. Doch schon nach drei Tagen mußte sie aus dieser Stellung wieder entlassen werden, weil sie beständig über Kopfwch klagte, unfähig zur Arbeit schien und stundenlang unbefähigt im Winkel saß. Frieda wurde dann von der Polizei nach dem Mädchenheim am Bahnhof „Börse“ gebracht. Dort war man zunächst entsetzt über das ganz ungewöhnlich schlechte Zeugnis. Bestimmungsgemäß hätte Frieda hiernach abgewiesen werden müssen, aber sie machte einen so er-barungswürdigen Eindruck, daß die Leiterin dieses Asyls sich entschloß, dem als „frech“, „roh“, „gemein“ usw. gebrand-markten Mädchen die Aufnahme zu gewähren. Das war am 25. Februar. Frieda schien bedrückt, verwirrt, scheu, abgehebt und klagte auch hier immer wieder über Kopfwch. Aber von Frech-heit, Roheit, Gemeinheit usw. konnte niemand etwas an ihr bemerken. Sie blieb still und in sich gelehrt, war aber stets willig und nahm mit dankbarem Blick alle Liebe hin, die von dem leitenden Personal wie von den anderen im Hause weilenden Mädchen ihr erwiesen wurde. Da vermutet wurde, daß sie nervenkrank sei, so wurde sie nach zwei Tagen in die Charité gebracht. Dort ist sie dann am 5. März gestorben. Ueber die Todesursache ist uns nichts bekannt. Frieda ist am 10. März im Beisein ihrer schmerzlich überraschten Mutter, die aus ihrem Wohnort Königsberg i. Pr. hierher gekommen war, zu Grabe ge-tragen worden.

Wir haben von der ganzen Angelegenheit erst nach dem Tode des Mädchens Kenntnis erhalten. Als wir dann daran gingen, die Einzelheiten zu ermitteln, stürzten mancherlei Gedanken auf uns ein. Wir wollten sie zurückdrängen. Nur einem von ihnen wollen wir hier Ausdruck geben — der verwunderlichen Frage, wie Herr Schm. dazu gelangt ist, dem Fräulein Frieda J. zu be-scheinigen, daß sie frech bis zum Erzeh, faul, gemein, roh, lügenhaft usw. gewesen sei. Im Mädchenheim, wie gesagt, hat man nichts davon bemerkt, und auch das Ehepaar N. in der Ratzstraße hat und

Diese Klage nicht bekräftigt. Wenn Freida tatsächlich nebenbei gearbeitet sein sollte, dann ließe sich manches verstehen. Man könnte dann begreifen, daß die vermeintliche „Freiheit“, „Nothet“ usw. erst nach zehn Monaten unerträglich wurde und zur Entlassung nötigte. Es müßte aber auch die Frage aufgeworfen werden, ob nicht das Ehepaar Schm. durch eine zum mindesten ungewöhnliche Behandlung des frech, roh usw. schneidenden Mädchens die Entlassung des Leidens beschleunigt hat. Vor allem aber würde dann durch das Zeugnis mit erschreckender Deutlichkeit dargetan, wie oberflächlich und gedankenlos man einmal diejenigen urteilen, denen leider das Recht zusteht, solche Zeugnisse hinzuschreiben.

Manche Herrschaften sprechen so gern von ihrer „Pflicht“, jedem Dienstmädchen ein wahrheitsgemäßes Zeugnis auszustellen. Wie sollten denn sonst, so fragen sie, die Herrschaften gegen solche Dienstmädchen geschützt werden? Und sie tadeln die Herrschaften als leichtfertig, die einem untätig besundenen Dienstmädchen nicht kaltherzig ins Dienstbuch schreiben wollen, daß es untätig sei. Wie schwer es einer gewissenhaft präzisierenden Herrschaft werden muß, einem Dienstmädchen ein zutreffendes Zeugnis auszustellen, davon haben wohl die meisten der „wahrheitsgemäß“ beurteilenden Herrschaften keine Ahnung. Gedankenlos entscheiden sie mit einem Federstrich über ein Menschenschicksal. Wir sprechen hier nicht von den Fällen, in denen gemeine Rachsucht einer Herrschaft über ein wehrloses Mädchen das vernichtende Urteil fällt. Wir denken nur an diejenigen Herrschaften, die in durchaus gutem Glauben zu einer völlig unzutreffenden Meinung über ein Dienstmädchen gelangen, weil sie unfähig sind, richtig zu urteilen.

Oberflächlichkeit, Leichtfertigkeit, Gewissenlosigkeit haben im Dienstbuch ungezählte Male — bewußt oder unbewußt — schweren Frevel an wehrlosen Mädchen begangen. Aber wie wenige Herrschaften möchten das Dienstbuch abgeschafft sehen! Das Dienstbuch mit seinen Zeugnissen gehört zu den entwürdigenden und entrechtenden Sonderstellungen der Dienstmädchen, die durch das „Gefährdungsrecht“ zum Schutz der Herrschaften und zum Schaden der Dienstmädchen geschaffen worden ist und noch immer aufrecht erhalten wird.

Kein Interesse an einem Arbeiter! Auf einem Kollwagen der Firma Vary u. Co. arbeitete als Helfer ein junger Mensch von 19 Jahren, der Sohn einer Witwe Leu. Als er am Montag in der Ritterstraße eine Riste über den Straßendamms trug, wurde er von einem vorbeifahrenden Omnibus umgerissen. Die Räder gingen über ihn hinweg, und er erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an den Armen. Auf der Unfallstation in der Alexandrinenstraße wurde er verbunden, und von hieraus schaffte man ihn dann in ein Krankenhaus. Ein Jenge des Unfalles, der den Verunglückten in die Unfallstation hineinragen geholfen hatte, hörte hier ein Gespräch mit an, daß der diensthabende Arzt per Telephon mit der Firma Vary u. Co. sprach. Der Arzt teilte den Unfall mit und fragte an, welche Kasse denn für den jungen Mann einzutreten habe. Zunächst kam dem Anschein nach eine bedauernde Antwort, hinterher aber wurde dem Arzt erklärt, daß gehe die Firma gar nichts an, der junge Mann sei ja gar nicht bei ihr angestellt. Als der Arzt noch einmal fragte: „Wo Sie haben kein Interesse an der Sache?“ kam die ungewöhnliche Antwort: „Kein!“ — Das ist ja sehr merkwürdig, daß ein Mensch von 19 Jahren ständig und seit langem auf einem Kollwagen der Firma Vary u. Co. als Helfer tätig ist und daß die Firma trotzdem „kein Interesse“ an ihm hat.

Unter erschlagene Menschen kann eine Beleidigung bekanntlich nur durch Sühne und mit Blut gesühnt werden, auf das Gesetz pfeift man. Das geht jetzt wieder einmal aus folgender Notiz hervor: Ein Duell mit tödlichem Ausgang hat am Montag in Tegel stattgefunden. Der Hauptmann Walter v. Berken vom Infanterieregiment Nr. 93 in Zerbst, geboren am 9. Oktober 1867 zu Schönfließ in Ostpreußen, der sich in Berlin in einem Hotel in der Dorotheenstraße aufhielt, ist Montag früh bei einem Duell auf den Schießplätzen der Gardefüßliere in Tegel durch einen Schuß in die Leber schwer verletzt worden und gestern früh im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus gestorben.

Hauptmann v. Berken war erst vorgestern Abend in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befand sich Hauptmann v. L., der auch als Sekundant dem blutigen Zweikampf beiwohnte. Nach einer weiteren Meldung war der Gegner, der den Hauptmann v. Berken niederkickte, ein Berliner Apotheker. Beide waren, während eines Aufenthalts Berlins in Berlin, in Differenzen geraten, über deren Ursachen tiefstes Stillschweigen bewahrt wurde. Eine Frau soll angeblich nicht im Spiele sein. v. Berken hielt die ihm zugesagte Beleidigung für so erheblich, daß er seinem Gegner nach Anrufung des Ehrenrates eine Forderung auf Pistolen übermitteln ließ, die dieser annahm. Die Bedingungen lauteten: Dreimaliger Kugelwechsel auf eine Entfernung von 15 Schritten. Schon beim ersten Gange erhielt v. Berken einen Schuß in die Leber und brach schwer verletzt zusammen. Der anwesende Arzt legte dem Offizier, der benutzlos geworden war, einen Verband an und sorgte dann für seine Ueberführung in das nächstgelegene Wirchow-Krankenhaus. Hier verstarb v. Berken gestern Vormittag, ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben.

Ein Erfinder hat aus Wien dem Berliner Magistrat das Modell eines lenkbaren Luftschiffes überandt mit der Bitte, sich für seine Erfindung zu interessieren. Vom Magistrat ist aber eine „Abteilung für Luftschiffahrt“ noch nicht gebildet worden und mit dem Interesse allein wird dem Wiener wohl wenig gebiert sein.

Vor den Augen der Mutter. Aus der vierten Etage ist gestern das zweijährige Söhnchen des Hoflegers Gieseler, Verstr. 52/53 abgestürzt. Ohne daß die Mutter etwas davon bemerkt hatte, war das Kind auf die Brüstung des offenen Fensters gestolpert. Als sich Frau G. nach dem Knaben umsah, mußte sie zu ihrem Entsetzen mitzuschauen, wie der Kleine kopfüber in die Tiefe stürzte. Auf dem Hofe schlug er mit dem Kopf auf dem Asphalt auf. Die Verletzungen, die sich das bedauernswerte Kind bei dem Unglücksfall zugezogen hat, sind so schwere, daß es mit dem Leben wohl kaum davonkommen dürfte.

Vier Personen bei einem Brande zu Schaden gekommen. Verhängnisvolle Folgen hat ein Dachstuhlbrand gehabt, der gestern in der Mittagsstunde in der Grünhaldenstraße 48 wüthete. Drei Feuerwehrleute und ein Arbeiter zogen sich so schwere Brandwunden zu, daß sie in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Die Verunglückten sind der Oberfeuerwehmann Adolf Nibel, Triftstraße 31, der Feuerwehrmann Viktor Ernst, Panzstraße 1, der Feuerwehrmann Karl Renning, Verichstraße 24 und der Arbeiter Max Wöll, Pringens Allee 16 wohnhaft. Alle vier Personen sind bei Ausübung ihrer Pflicht zu Schaden gekommen. Während des Brandes stürzte plötzlich eine Mauer ein und eine mächtige Stichflamme schlug nun aus dem Brandherd hervor. Die vier erwähnten Männer hatten unglücklicherweise an der verhängnisvollen Stelle gestanden und sie wurden sämtlich von der Flamme getroffen. Mit schweren Wunden mußten sie nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht werden, wo sie die ersten Notverbände erhielten. Am Schlusssatz war der Oberfeuerwehmann zugerichtet. Am Gesicht war dem Verletzten werden die Haut vollständig heruntergebrannt. Den Verletzten waren die Kleider fast gänzlich vom Beibe heruntergebrannt. A Körper hatten die Unglücklichen Brandwunden zweiten Grades davongetragen.

Der Sturm der Zigeuner auf die fahrende Wohnung. Im Norden der Stadt hat sich gestern in der zweiten Morgenstunde ein Aufsehen erregender Vorfall abgespielt. Auf dem Grundstück Soldinerstr. 87 steht gegenwärtig ein Meise-Wohnungswagen des Artisten Hugo Franz aus der Eibingerstraße. Er gedachte in den nächsten Tagen eine Tournee zu unternehmen. Bei ihm war ein gewisser Rosenbach beschäftigt, der vor einiger Zeit ein junges Zigeunermädchen, das seinem Vater 500 M. entwendete, entführt hatte. In der vergangenen Nacht erschienen plötzlich etwa 15 Zigeuner auf dem erwähnten Grundstück und forderten Rosenbach auf, den Rosenbach herauszugeben, um vernünftig an R. Lohnsjustiz auszuüben. Die Männer fürmten gegen die fahrende Wohnung los und drohten Rosenbach, sie würden nicht vor dem schlimmsten zurückschrecken, wenn er nicht ihrem Wunsche nachkomme. Rosenbach erklärte, er sei bereits vorausgefahren. Hiermit waren die Zigeuner aber nicht zufriedengestellt. Sie unternahmen noch einen zweiten Ansturm auf den Wagen des Artisten und bedienten sich nun auch der Schusswaffen. Vier Schüsse wurden abgegeben, ohne daß jedoch einer traf. Erst als die Polizei auf der Bildfläche erschien, zogen sich die Angreifer zurück. Zwei der Zigeuner konnten verhaftet werden und zwar der Musiker Karl Weiß, Gerichtstr. 31 und der Artist Bernhard Richter, Grünhaldenstr. 39.

Allgemeine Entrüstung rief Montagabend ein Automobilunfall unter den Passanten des Bittenberglades hervor. Der Kutscher Karl Jahrgag, Poststraße 63 wohnhaft, hatte für ein Warenhaus Materialien abgeladen. Während er nun mit schwerer Last über den Fahrdamm schritt, wurde er von einem vorbeifahrenden Automobil angefahren und auf die Straße geschleudert. Unbemerkt setzte das Automobil seine Fahrt fort. Es wurde zwar verfolgt, entkam aber leider. Rosenbach hatte am Kopf, im Gesicht, am Oberarm und an der linken Seite schwere Verletzungen erlitten und fand, nachdem er auf der Unfallstation am Zoologischen Garten die ersten Notverbände erhalten, im Krankenhaus Aufnahme.

Bei der Ankunft des Hamburger Schnellzuges auf dem hiesigen Bahnhof entdeckten gestern Eisenbahnbeamte in einem Abteil dritter Klasse den Leichnam eines Selbstmörders. Der Leichnam hatte sich erschossen. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Berliner. Der Tote war etwa 25 Jahre alt, ist 1,70 Meter groß, dunkelblond, hat hochstehendes Haar und kleinen Schnurrbart. Am Kinn befinden sich als Erkennungszeichen drei Narben. Der Leichnam des Selbstmörders trägt die Firma Blum u. Co., Berlin.

Ein Sittlichkeitsverbrechen ist, wie uns erst jetzt mitgeteilt wird, am Sonnabend gegen Abend in der Lorestr. 2 an einem 18jährigen Mädchen begangen worden. In diesem Hause wohnen die Eheleute A. Fischer, die ihre Tochter in der Zeit von 7—8 Uhr nach dem zwei Stunden weiter gelegenen Mißgeschicktschicken, um Milch zu holen. Da das Mädchen zu lange ausblieb, wollte die Mutter das Mädchen suchen gehen. Da vernahm sie beim Passieren des Flures des Vorderhauses aus dem Kasset die Stimme ihrer Tochter und entdeckte beim näheren Nachsehen einen Mann, der sich aus dem Staube zu machen suchte. Er wurde aber mit Hilfe von hinzukommenden Hausbewohnern festgehalten und der Polizei übergeben. Wie sich herausstellte, hatte der Inhold das Mädchen beim Vortreten des Hausflures gewürgt, in das Kasset hineingezogen, das er mit einem Dietrich öffnete und ihm hier in der schrecklichsten Weise Gewalt angetan. Der Attentäter ist der Schlosser Max, Grünbergerstraße wohnhaft und verheiratet. Er wurde sofort in Untersuchungshaft genommen.

Unter einem Stadtbahnzug geraten und gerettet. Die Insulte, während der Fahrt vom Zuge zu springen, hat in der vergangenen Nacht ein unbekannter etwa 40 Jahre alter Mann mit dem Tode büßen müssen. Kurz vor der Einfahrt in die Station Stralau verließ er das Coupé, kam dabei zu Fall und geriet unter den Zug. Mehrere Wagen gingen über den Unvorsichtigen hinweg und als der Zug zum Halten gebracht worden war, konnte man nur noch den verstümmelten Leichnam des Verunglückten von den Gleisen wegtragen.

Steidl-Theater und Konzerthaus ist ein neues Unternehmen, welches in der Brüdenstraße 2, in unmittelbarer Nähe der Jannowitzbrücke und der Köpenickerstraße, vollständig neu erbaut ist und noch im Laufe dieses Monats eröffnet wird. Als Leiter dieses Unternehmens fungiert Direktor Fritz Steidl.

Im Sportpark Treptow wird am nächsten Sonntag die deutsche Radrennfaison eröffnet.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Tischereibrandes wurde der 5. Zug nach der Müllerstr. 49 gerufen, wo in einer Tischlerei Feuer ausgekommen war. Die Flammen hatten dort reiche Nahrung gefunden, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte, um den Brand an weiterer Ausbreitung zu verhindern. — Der 10. Zug hatte in der Köpplerstr. 20 zu tun, wo Stroh u. a. in einem Keller in Brand geraten war. — In der Stromstr. 45 wurden gestern früh Ratzen, Wetten usw. ein Raub der Flammen. — Ferner hatte die Wehr noch in der Greifswalderstraße u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Aus dem Kreise Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg wird uns mitgeteilt: Nachdem der Teltowkanal, welcher die Havel mit der Spree südlich Berlins verbindet und somit fast sämtliche südliche Vororte durchschneidet, fertiggestellt ist, beschäftigt der Kreis ein neues großes Unternehmen und Werk zu setzen und auch in eigener Regie zu betreiben. Wie den in Frage kommenden Ortschaften vom Landrat des Kreises mitgeteilt ist, geht die Verwaltung desselben mit dem Plane um, elektrische Bahnen zu bauen, die speziell die südlichen Vororte Berlins durchqueren sollen. Die betreffenden Gemeinden werden nun zu der angeregten Sache Stellung zu nehmen haben, hauptsächlich handelt es sich um die Finanzierung sowie Garantiezeichnung. Sollte der aufgestellte Plan perfekt werden, so würden die Anwohner der Vororte auf ihrer Ueberbahn den Wasserkraft sowie die Mügelberge bequem erreichen können.

Rixdorf.

Mit den Beratungen des Etats und des Steuerplanes für 1907 beginnt am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, nachmittags 4 Uhr, in der Aula des Gymnasiums in der Kaiser Friedrichstraße, die Stadtverordnetenversammlung. In geheimer Sitzung soll über einen Vertrag mit dem Kreise Teltow, die städtische Schwemkanalisation betreffend, Beschluß gefaßt werden.

Der Etat der Stadt Rixdorf pro 1907.

Die Stadtverordnetenversammlung wird am Mittwochabend mit der Feststellung des städtischen Haushalts-Voranschlags für das Jahr 1907 beginnen. Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf belanzt im Hauptordinarium mit 6.914.000 M. im Haupt-Extraordinarium mit 4.897.928,07 M. Gegen das Vorjahr stellen diese Ziffern eine Steigerung um 1.633.800 bzw. 225.248,87 M. dar. Die besonderen Voranschläge, welche die Kanalisationsverwaltung, die Riefelgräber, die Gasanstalt, die Fortbildungsschule, den Grundbesitzerverein und den Befonds der Köllnischen und Rixdorfer Wiesen umfassen, hinzugezogen, beträgt der Gesamtetat in Einnahme und Ausgabe mit 22.653.723,94 M. ab, welche Summe gegen 1906 um 6.478.440,74 M. höher ist.

Aus den Vorjahren 1906 und 1906 überhört das Ordinarium einen Hebertrag von 961.400 M. Davon sollen dem Extraordinarium 100.000 M. und dem Ausgleichsfonds für spätere Rechnungsjahre 81.400 M. zugeführt werden, so daß als Vortrag für das nächstfolgende Rechnungsjahr 400.000 M. verbleiben. Das Kapitel IV: „Gewerbliche Unternehmungen“, schließt mit einem Uebertrag von 575.000 M. Unter den Einnahmen steht an erster Stelle der Betriebs-Uebertrag der Gasanstalt in Höhe von

104.500 M. Im Jahre 1905 betrug derselbe 108.000 M. weniger. Die vertragsmäßig von den Berliner Elektrizitätswerken für die Benutzung der Straßen zur Kabelverlegung zu zahlenden Abgaben sind um 17.000 M. gestiegen und belaufen sich auf 40.000 M. für 1907. Anders die Abgabe der Großen Berliner Straßenbahn. Eine Steigerung ist hier deshalb unmöglich, weil diese Gesellschaft mit den bekannten Mitteln verfahren hat, die Kommunen insofern über den Köffel zu beschaffen, als sie die Beträge nicht auf Grund der Betriebs-Erträge abschloß. Die Große Berliner zahlt nur Abgaben an die Stadt auf jedes laufende Meter Schienenlänge. Da nun den städtischen Verwaltungen über die Brakitten der „Großen“ die Augen ausgegangen sind und man endlich den Ausbau der Verkehrsverhältnisse selbst in die Hand nimmt, erfährt die Schienen-Meterzahl und damit naturgemäß auch die städtische Abgabe keine Vermehrung. Andererseits streicht die Straßenbahn die insofern wachsender Rentabilität der Linien steigenden Rebr-einnahmen schmungelnd ein, während die Stadt das Nachsehen hat. Die Abgabe, welche Rixdorf erhält, ist in den letzten Jahren gleich geblieben und beläuft sich auf ganze 45.000 M. Bezeichnend für die Misere des Groß-Berliner Straßenbahnwerks ist die Tatsache, daß Rixdorf einen besonderen Verkehrs-kontrollier mit 2900 M. in den Etat einstellen muß, um nur einigermaßen im Interesse des Publikums den Uebergriffen der „Großen“ Einhalt zu tun. — Unter den Ausgaben dieses Kapitels findet sich auch ein Betrag von 15.000 M., der einem zur Errichtung bzw. Uebernahme eines Elektrizitätswerks bestimmten Sammelfonds zugeführt werden soll.

Die im Kapitel V aufgeführten „Betriebskosten und Einrichtungen“ rechnen mit einem Uebertrag von 45.000 M. Eine gute Einnahmequelle stellen hier die Märkte dar; 18.000 M. sind mehr eingestellt, so daß ein Betrag von 94.100 M. zu erwarten steht. Der Protest der Mittelstandler gegen die Einrichtung des Abendmarktes ist zwar immer noch nicht erledigt, doch wird hoffentlich Magistrat und Stadtverordneten-Mehrheit bei der erneuten Beratung der Sache feilschen. — Die Einnahmen des Schiffahrtskanals (28.500 M.) weisen gegen die Ausgaben (19.400 M.) ein Mehr von 9.100 M. auf. Die Verlängerung des Kanals hinter der Ringbahn bis zur Brieger Grenze dürfte baldigt in Angriff genommen werden. Auch steht zu hoffen, daß die Verhandlungen mit der Gemeinde Brh zwecks Ausbau der Trasse bis zum Teiltonkanal zu einem günstigen Resultat in nicht zu ferner Zeit führen. — Die Uebernahme des Beerdigungswehens auf den städtischen Friedhöfen in eigener Regie, die im vorigen Jahre in einer Resolution gefordert wurde, ist leider vom Magistrat nicht durchgeführt worden. Es wird also in diesem Jahre von neuem ein Vorstoß nach dieser Richtung zu machen sein. — Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene städtische Omnibuslinie Rixdorf-Treptow fordert an Einrichtungs- und Betriebskosten 50.000 M. Die Einnahmen sind auf 30.000 M. veranschlagt, so daß 20.000 M. Zuschlag notwendig sind. — Für die städtische Volksschule sind 700 M. mehr, insgesamt 2700 M. an Ausgaben eingestellt. Dieser lächerlich geringe Betrag beweist, wie außerordentlich viel auf diesem eminent wichtigen Gebiete noch zu tun ist. — Einen erfreulichen Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Feuerwesens bedeutet die Einrichtung einer zweiten Feuerwehne in der Emserstraße vom 1. Oktober d. J. ab. Im Extraordinarium sind hierfür 7100 M. ausgeworfen. Die Wehne wird ausgestattet mit einer Gohdraud-spritze und den nötigen Rettungsgeräten. Die Zahl der besoldeten Feuerwehne wird von 9 auf 12 erhöht; außerdem soll der Oberführer ebenfalls gegen Privatdienstvertrag von der Stadt angestellt werden. Die Entlohnung von der für die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr zureichenden freiwilligen zur Berufsfeuerwehne vollzieht sich demnach allmählich. Die Pflicht, die im Dienste der Stadt Leben und Gesundheit aufs Spiel setzenden Feuermänner in die Reihen- und Hinterstufenversorgung einzubeziehen, hat der Magistrat immer noch nicht erkannt. Unsere Genossen werden also im Rathaus ihren diesbezüglichen Antrag vom vorigen Jahre wiederholen müssen. —

Zu diesen im vorstehenden genannten Uebergriffen treten als Haupt-Einnahmequelle die Gemeindesteuern. Sie sind im neuen Etat mit einem Ueberschuss von 3.333.900 M. eingestellt. Davon entfallen auf die Gemeinde-Einkommensteuer 1.919.300 M. oder 166.000 M. mehr als im Vorjahre. Von den Einkommen unter 900 M. sind 31.000 M., von denen über 900 M. 751.000 M. Betrag veranschlagt. Die Einkommensteuer der Wittengesehassen und juristischen Personen soll 84.000 M., die Korporationen 52.000 M. bringen. — Die Grundsteuer ist mit 194 Proz. der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer veranschlagt und ergibt mit 1.266.800 M. ein Plus gegen 1906 von 134.800 M. Die Erhebung erfolgt nach dem gemeinen Werte, der sich insgesamt auf rund 448.000.000 M. beläuft. Auf das Tausend des Wertes entfällt, wie im vorigen Jahre, ein Satz von 2,90 M. — Als Ergebnis der Gewerbesteuer sind 224.000 M. vorgesehen, welchem Betrage aus der neuen Pflanzsteuer 14.000 M. noch hinzuzurechnen sind; das sind zusammen 238.000 M. — gegen 1906 eine Zunahme von 38.000 M. Der Zuschlag zu der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer stellt sich auf 185 Proz. — Die Betriebssteuer ist mit 14.500 M., die Warenhaussteuer mit 4.000 M., die Luftverkehrssteuer mit 14.000 M., die Hundesteuer mit 52.000 M. veranschlagt. Der für die letztere bisher erhobene Satz soll von 20 auf 25 M. erhöht werden. — Die mit 1 Proz. bei bebauten und 2 Proz. bei unbauten Grundstücken zur Veranlagung kommende Umsatzsteuer figuriert im Voranschlage mit 700.000 M., das sind 50.000 M. mehr gegen das Vorjahr. Diese Steuer könnte noch viel erziegeliger gestaltet werden durch Umwandlung in eine Wertzuwachssteuer, wenn nicht der Interessenskonflikt der Hausogranier im Rathaus mit seinem Einfluß diese vernünftige Reform im Verbinde. Seltig es den Anhängern der Wertzuwachssteuer im Berliner Rathaus in die Pfahung der rücksichtigen Gegner Wresche zu legen, so wird auch in den anderen Gemeinden Groß-Berlins hierin Wandel geschaffen. — Die die Konsumtionen belastende und zu verurteilende Biersteuer erscheint auch in diesem Etat wieder und zwar mit 100.000 M., um 10.000 M. höher als im Vorjahre. Von dem im Stadtbetriebe gebrauten Biere werden 60 Proz. Zuschlag zur staatlichen Brausteuer erhoben, für jedes eingeführte Hektoliter Bier sind 65 Pf. an die Steuerkasse abzuführen. Es ist in hohem Grade bedauerlich und zuzugewandelt von sehr geringer Einsicht, wenn der Magistrat der Arbeiterfind Rixdorf sich noch nicht dazu hat aufschließen können, die Besteuerung des Bieres zu befestigen. Die Stadtverordnetenversammlung wäre ja nun berufen, hier nachzu-helfen, doch ist dies bei der derzeitigen Zusammensetzung des Stadt-parlamentes nicht zu erwarten. —

Schöneberg.

Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte in der üblichen Weise die Ein-führung der neu gewählten Stadträte Claus und Kaufmann. Die weiteren Beratungen des städtischen Haushaltungsplanes fanden so-dann ihre Fortsetzung bei der Kanalverwaltung.

Eine längere Debatte brachte der Etat der Gemeinde-schulen. Eine von liberaler Seite gestellte Anfrage, wie es mit den augen- und zahnärztlichen Untersuchungen der Schul-kinder stehe, beantwortete der Magistrat dahin, daß die Gesundheitsdeputation auf Anregung des Stadtverordneten Hoffmann (Soz.) dieser Frage bereits näher getreten sei. — Ein Antrag der sozial-demokratischen Fraktion auf Gewährung freier Lehr- und Lernmittel ist vom Ausschuss abgelehnt, derselbe wird von neuem gestellt. Stadtr. Maguan (Soz.) begründete in ausführ-licher Weise den Antrag, dabei auf eine Reihe von Städten ein-gehend, in denen die Vermittlung bereits eingeführt oder in Erwägung gezogen sei. Bei Beratung desselben Antrages im vorigen Jahre habe man dagegen hauptsächlich eingewendet, daß der Ordnungssinn der Kinder durch die Unentgeltlichkeit der Vermittel beeinträchtigt werde. Die Städte, in denen die Unent-geltlichkeit eingeführt sei, haben aber den gegenteiligen Beweis er-bracht, der Ordnungssinn hat sich bedeutend gehoben. Wie schwer wird es heute einer ganzen Anzahl von Familienältern, die nötigen Mittel zum Kauf der Bücher herbeizuschaffen. Wenn gesagt würde, daß doch heute schon eine Summe für Lernmittel an ärmere Familien in den Etat eingestellt sei, so müsse man bedenken, daß sich viele abfinden lassen, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, denn es werde dadurch einem jeden das Stempel aufgedrückt, daß er der städtischen Hilfe bedürftig ist. Die Summe von 80.000 M., die für

Die Milchzentrale schaut nach neuen Dysern aus!

Die Milchzentrale hat bekanntlich durch das geschwundene Treiben ihrer Leute Klein- und Mittelbauern enorm geschädigt und ist bankrott. Die Bankrotteure sind leider, wie wohl die Geschäftsleiter unüberwindlich sind und die Verluste der Leier gegen das Gesetz den Bankrott herbeigeführt haben, nicht unter Anklage gestellt. Rumrührer werden, wie wir der „Volks-Zeitung“ entnehmen, eigenartige Versuche zur Reibildung der verfallenen konservativen Gründung gemacht. Am Montag tagten zwei Versammlungen, die diesem Zwecke dienen sollten.

Eine am 12. Uhr nach den Räumen des Klubs der Landwirte einberufene Versammlung des in der Gründung begriffenen Vereins märkischer Milchproduzenten war nur von 24 Interessenten besucht. Der konservativ-abgeordnete Justizrat Kewold berichtete, daß der Verein, der wie die Milchzentrale seine Mitglieder zur Einholung eines einheitlichen Eingekaufes verpflichten und die nicht abgesetzten Milchvorräte der Mitglieder unterbringen will, beim Amtsgericht Berlin Mitte zwar angemeldet, aber noch nicht eingetragen sei. Es sei vorher noch eine Abänderung der entworfenen Vereinsstatuten notwendig. Die Statutenänderung wurde genehmigt und die Versammlung wurde um 1 Uhr geschlossen, um den Anwesenden Gelegenheit zu geben, der zweiten, nach der Victoria-Brauerei einberufenen Versammlung beizuwohnen.

In dieser Versammlung waren gegen 300 Personen erschienen, um über den Vorschlag des Enderufers, Herrn v. Arnim-Plankensee, zu beraten. Dieser will die dringenden Schulden der Milchzentrale durch eine freiwillige Auflage von 10 Pfennig auf jeden Morgen bebauten Ackerlandes tilgen. Eine Vorversammlung in April war im Prinzip für die Berechnung der Hilfsleistung nach dem Grundsteuerertrag eingetreten. Herr v. Arnim berichtete, daß ihm auf 7000 Aufforderungschriften bisher 400 Erklärungen zugegangen seien, davon 150 ablehnende und 250 zustimmende. Die 250 Zustimmungserklärungen repräsentieren eine Beihilfssumme von 50 000 M., also nur 1/10 bis 1/20 der in Aussicht genommenen Hilfssumme von mindestens 800 000 M.

Der konservativ-abgeordnete Stubendorf beantragte, aus der Versammlung fünf Mitglieder zu wählen, die Fühlung mit den Vorständen der Milchhändler nehmen sollten, um Hand in Hand mit den Vertretern des Handels den Milchpreis für Berlin festzusetzen. Dieser Antrag wurde jedoch gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Es wurde beschlossen, statt dessen die Groschen-sammlungen zugunsten der Milchzentrale fortzusetzen. Gutsbesitzer Siebig-Horst beantragte, Subskribenten für diese Unterstützung bis zum 25. März zu sammeln. Bis zu diesem Termin müsse wenigstens eine Beihilfssumme von 500 000 M. gesichert sein, widrigenfalls die Zeichnungen keine Gültigkeit hätten. Weitere Bedingung sei, daß alle Genossenschaftler, die 1906 aus der Milchzentrale ausgetreten sind, in diese zurückkehren, während alle, die zum 1. Oktober 1907 gelündigt haben, ihre Kündigung zurückziehen, so daß der Ausfall von 17 000 Geschäftsanteilen ausgeglichen wird. Ferner müßte die Milchzentrale erklären, daß sie nicht in Liquidation trete, sondern mindestens noch ein Jahr in der jetzigen oder einer anderen Form bestehen wolle. In demselben Sinne äußerten sich noch 22 Redner. Gutsbesitzer Gentschow-Schwante erklärte, daß an den traurigen Verhältnissen lediglich der Rechtsanwalt Platan Schuld trage, der unbedingt zur Strecke gebracht werden müsse. (Beifall.) Der Vorsitzende rügte diesen persönlichen Ausfall, der nur unnütze Angriffsunkte für die Opposition schaffe.

Nach dreifündiger Dauer ging die Versammlung auseinander, nachdem man dem Antrage Siebig-Horst auf Fortsetzung der Groschen-sammlungen bis zum 25. März und der dreifach bedingten Unterstützung der Milchzentrale zugestimmt hatte.

Das Verbrechen des Rechtsanwalts Platan besteht, wie unsere Leser sich entsinnen, darin, daß dieser Anwalt das geschwundene Treiben von Leitern und Generalversammlungen der Milchzentrale als gesetzwidrig durch die Gerichte hatte kennezeichnen lassen. Der Milchzentrale-schwindel ist eine der stärksten agrarischer Leistungen.

Gerichts-Zeitung.

Schriftsteller gegen Schriftsteller.

Die Verhältnisse des Allgemeinen Schriftstellervereins bildeten am Montag wiederum den Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen vor dem hiesigen Schöffengericht. Es handelte sich um eine Privatklage des Schriftstellers und Vorstehenden Dr. Max Hirschfeld gegen den Professor Dr. Bruno Meyer, den Redakteur Dr. Heinrich Wiewenthal-Schönberg und die Schriftstellerin Martha Meyer zu Wilmersdorf wegen einfacher und verleumderischer öffentlicher Beleidigung. Die drei Angeklagten waren Mithunterzeichnet eines im Januar 1906 veröffentlichten Flugblattes, betitelt: „Die Wahrheit über Dr. Max Hirschfeld und den Allgemeinen Schriftstellerverein.“ Das Flugblatt wurde, unter den Mitgliedern des Allgemeinen Schriftstellervereins verbreitet und forderte zum Austritt aus dem Verein auf. Außer einer Reihe formell beleidigender Ausdrücke wurden folgende Brüche des Flugblattes unter Anklage gestellt: Es wurde behauptet, daß Dr. Hirschfeld im Schriftstellerverein eine Pöschawirtschaft führe und in dem Verein durch seine Schuld skandalöse, die Schriftstellerehre auf das schwerste kompromittierende Verhältnisse herrschen. Der Verein sei für den Privatkläger nichts anderes als ein lukratives Geschäftsunternehmen. Dr. Hirschfeld verquide seinen Vorstandsposten mit seinen geschäftlichen Interessen und lasse sich alle möglichen Leistungen für die Vereinsmitglieder besonders honorieren. Die Nachdruckkontrolle sei nur ein Mittel zum Zwecke des Abmonentensanges und werde ganz ungenügend ausgeführt. Sobald Leute, denen zunächst Auskünfte aus Blättern, die Beiträge von ihnen enthielten, vorgelegt worden, Mitglieder geworden seien, gebe Dr. H. sich ihrer wegen gar keine Mühe mehr. In Journalistenkreisen werde der Verein „das Raffestückchen der Frau Hirschfeld“ genannt. Nach langer Beweisaufnahme wurde das Urteil dahin verkündet:

Das Gericht hielt es für das gute Recht der Angeklagten, auf dem Wege der Flugblätter zu versuchen, die Remedur anzustreben, die sie auf anderem Wege nicht erreichen konnten. Die Statuten des Vereins seien nicht zeitgemäß und wenn zwei Herren, die Beiträge auf Statutenänderung stellen, einfach ohne Grund hinausgeworfen werden, so sei dies eine Pöschawirtschaft und man könne von skandalösen Zuständen sprechen. Erwiefen sei auch, daß Frau Hirschfeld Gelder in Empfang genommen, ohne eine Quittung dafür anzustellen. Nicht erwiesen sei, daß Dr. H. den Verein nur als sein geschäftliches Unternehmen betrachtet habe und daß es bei der Nachdruckkontrolle nur auf Abmonentensang abgesehen sei. Der Gerichtshof habe aber den Angeklagten den Schutz des § 193 in vollem Umfang zugebilligt, in keiner Weise für nachgewiesen erachtet, daß sie wider besseres Wissen gehandelt haben und sie deshalb auf Kosten des Privatklägers freigesprochen.

Unbefugtes Tragen der Uniform?

Der Hauptmann von Köpenick spukt noch immer und bekümmert sogar noch hier und da die Gerichte. Die internationale Kinematographen-Gesellschaft hatte Vorlesungen getroffen, um Wilhelm Voigt's Verdienste kinematographisch dem großen Publikum vorzuführen zu können. In der betreffenden Aufnahme, die vor einem Restaurant bei Rixdorf vor sich ging, hatten die mitwirkenden Schauspieler natürlich Uniform anlegen müssen; die künstlerische Prozedur fand aber schließlich durch die Intervention eines pflichterfüllten Sendarmen einen unkinematographischen Abschluß. Gegen die bei der Aufnahme mitwirkenden Schauspieler erging ein Strafmandat wegen — unbefugten Tragens von Uniformen. Die internationale Kinematographen-Gesellschaft veranlaßte aus prinzipiellen Gründen zwei ihrer Leute, auf richter-

Die Ausführung des sozialdemokratischen Antrages in diesem Jahre erforderlich wäre, verlockte sich wirklich eine kulturelle Aufgabe von solcher Bedeutung zu lösen.

Stadtvorsteher Planckenstein erklärt es für sehr bedenklich, wenn Schöneberg, als einzige Gemeinde von Groß-Berlin, einem derartigen Antrage die Zustimmung gibt. Es wäre dadurch ein großer Anreiz geschaffen für den Anzug der ärmeren Bevölkerung nach Schöneberg. Nur wenn die anderen Gemeinden von Groß-Berlin in derselben Weise vorgehen, sei es möglich, dem sozialdemokratischen Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Käster (Soz.) ist der Meinung, daß doch eine Gemeinde einmal den Anfang machen muß. Bei den höheren Schulen scheute man doch keine Ausgaben, da werde alles bewilligt. Lehnt die Versammlung den Antrag ab, so werde er immer wieder gestellt werden, bis er endlich Zustimmung bei der Mehrheit finden werde.

Stadtv. Dr. Vohberg (lib.) weist darauf hin, daß in pädagogischen Kreisen immer mehr die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des sozialdemokratischen Antrages Platz gegriffen hat. Durch die Annahme des Antrages tue man einen weiteren Schritt zur Beseitigung der sozialen Gegensätze. Im Falle der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages empfehle er, den Magistrat zu ersuchen, mit anderen Gemeinden in Verbindung zu treten, um die Unentgeltlichkeit der Vermittel endlich in Erwägung zu ziehen.

Stadtv. Kunze (Hausbesitzerfraktion) erklärt, daß er früher auch auf dem Boden des sozialdemokratischen Antrages gestanden habe, heute aber anderer Meinung sei. Auf die unentgeltlich gegebenen Plätze wird lange nicht die Sorgfalt gelegt, als wenn man den Betrag dafür aus dem eigenen Geldbeutel nehmen muß. Die Eltern der Kinder haben ja für ganz andere Dinge die nötigen Mittel, man brauche nur einen Blick in die Restaurants zu werfen.

Stadtv. Schäfer (Hausbesitzerfraktion) ist derselben Ansicht wie sein Vorredner. Man darf den Eltern der Kinder die Sache auch nicht zu leicht machen. Die Erziehung der Kinder wird durch die Unentgeltlichkeit der Vermittel nicht gefördert, sondern geschädigt.

Stadtv. Luleh (Freie Fraktion) ist für den Antrag, wenn die Mehrheit der Eltern, die ihre Kinder nach der Volksschule schicken, wirklich arm sind. Es gibt aber nur einen kleinen Prozentsatz, der wirtschaftlich schwach zu nennen ist. An den nun einmal von Natur eingelegten Rechten lasse sich nichts ändern. Es ist doch keine Schande arm zu sein. Man überlasse nicht den Staat, wo keine Notwendigkeit vorliegt. Die meisten Eltern wollen die Vermittel gar nicht unentgeltlich haben, sie würden ihnen also nur aufgedrängt werden.

Stadtv. Dr. Marwitz hält die Angelegenheit für zu wichtig und hat den Wunsch, daß dieselbe außerhalb der Staatsberatungen erledigt werde. Er beantragt deshalb, einen Ausschuss von 11 Mitgliedern mit der Prüfung des Antrages zu beauftragen.

Nach einer nochmaligen Veräußerung des Antrages durch unsere Genossen Hoffmann und Wagnan sowohl wie durch den Stadtv. Dr. Vohberg, wobei die dagegen angeführten Bedenken zerstreut wurden, kam es zur Abstimmung. Der Antrag Marwitz auf Einsetzung eines Ausschusses wurde mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Mit Stimmengleichheit, wobei dann die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab, wurde ebenfalls abgelehnt der Antrag Dr. Vohberg, worin der Magistrat ersucht wird, mit anderen Gemeinden in Verbindung zu treten. Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten außer unseren Genossen nur noch sechs bürgerliche Stadtverordnete, er war somit auch abgelehnt.

Dem Etat der Fortbildungsschule wurde ohne Debatte zugestimmt. Beim Verkehrssetz stand folgende Resolution mit zur Beratung:

Der Magistrat wird ersucht, die Vorarbeiten zur Uebernahme der Straßenreinigung in eigene Regie unverzüglich in Angriff zu nehmen und der Versammlung über den Fortgang dieser Vorbereitungen Mitteilung zu machen.

Dieselbe kam einstimmig zur Annahme. Der Etat der Allgemeinen Verwaltung brachte noch längere Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien über den Antrag des Ausschusses, auch die neugegründete „Bürger-Zeitung“ neben dem „Schöneberger Tageblatt“ zu amtlichen Publikationen zu benutzen und dafür einen Betrag auszuweisen. Der Antrag wurde mit einer Stimme Majorität angenommen. Einverstanden erklärte sich die Versammlung ferner mit dem Vorschlage des Ausschusses, jeder Fraktion ein Exemplar des stenographischen Berichts der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung zu liefern.

Treptow-Baumshulentweg.

In dem gefrigen Bericht über die Gemeindevertretung ist das gesamte Einnahmefeld an direkten und indirekten Steuern der kommunalen Steuerverwaltung auf 450 000 M. angegeben; es beträgt nicht 450-, sondern 540 000 M.

Lichtenberg.

Bei der am Dienstag stattgehabten Wahl der Gemeindevertreter in der zweiten Abteilung wurden für die bürgerlichen Kandidaten 22 Stimmen abgegeben, auf die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie entfielen 37 Stimmen.

Pankow.

Festgenommen sind die drei Diebe, welche seit geraumer Zeit den nördlichen Stadtteil und die Vororte unsicher machten und zuletzt verhaftet, den Geldschrank der Pankower Ortskrankenkasse zu sprengen. Es sind die Gelegenheitsarbeiter Borthand, Lange und Lubowski. B. hat bereits drei Einbrüche eingestanden, während die beiden anderen noch leugnen. Ihre Beteiligung an verschiedenen Diebstählen gilt aber als erwiesen.

Reinickendorf.

Zu erhängen verurteilte sich der Straßenbahnschaffner Karl Stodisch, der seit 27 Jahren im Dienste der Großen Berliner Straßenbahn stand und auf dem Bahnhof I in Reinickendorf angestellt war. Als Stodisch gestern mittag nach Hause kam, begab er sich sofort nach seinem Schlafzimmer und erhängte sich dort an einem Spiegelhaken. Wenige Augenblicke später betrat die Wirtin des St., der unentdeckt war, das Zimmer, erblickte den Schaffner in seiner entsetzlichen Lage und befreite ihn noch rechtzeitig, ehe er ersten Schaden erlitten hätte. Sie veranlaßte den Selbstmordkandidaten, mit in das Wohnzimmer zu kommen; kaum hatte St. die Stube betreten, als er leblos zusammenbrach. Wie der sofort hinzugerufene Arzt, Dr. Berliner, feststellte, war St. infolge eines Herzschlages gestorben.

Nieder-Schönhagen.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung standen nicht weniger wie 18 Punkte zur Beratung. Bei der Festsetzung des Etats für 1907 wurde beschlossen, den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer von 125 Proz. auf 120 herabzusetzen. An die Herabsetzung des Wasserzinses ist vorläufig nicht zu denken, da in nicht allzu langer Zeit eine Vergrößerung des Wasserwertes wird stattfinden müssen. Als Mitglieder in die Armenkommission wurden vorgeschlagen die Herren Lehrer Franzen, Thormann und Hamann. Auf Antrag wurde die Wahl in geheimer Sitzung vorgenommen. Dem Verein „Frauenhilfe“ für Nieder-Schönhagen wird ein jährlicher Zuschlag von 500 M. auf drei Jahre bewilligt. Das Verbot des hiesigen Gastwirtsvereins um Aufhebung der Biersteuer wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß die schwierigen Finanzverhältnisse der Gemeinde es zurzeit nicht erlauben. Als amtliches Publikationsorgan der Gemeinde wurde die Zeitung „Nördlicher Vorortbote“ ernannt. Der Punkt Beschlußfassung wegen Vertiefung des Bürgermeistertisches an den Gemeindevorsteher wurde in geheimer Sitzung beraten.

Tegel.

Von einem Automobil überfahren wurde gestern der 67jährige Sohn des Redakteurs Hellwig in Tegel. Der Kleine wollte vor zu elterlichen Hause, Berlinstraße 17, den Postkammer über-

schreiben, geriet dabei unter ein Geschäftsaufmobil der Firma Jandorf, dessen rechtes Vorderrad ihm über den Leib hinwegging. Der Knabe wurde auf ärztliche Anordnung nach dem Augustahospital in der Scharnhorststraße übergeführt.

Vorsigwalde-Wittenau.

Aus der Gemeindevertretung. Die Aufnahme einer Anleihe von der Landesversicherungsanstalt in Höhe von 1 000 000 M. zu 3 1/2 Proz. in deutschen Reichs-Anleihe-scheinen zu 3 Proz. wurde einstimmig beschlossen, da für die Gemeinde im kommenden Etatsjahre größere Unternehmungen in Aussicht stehen. Die Wahl eines Gemeindebauamteisters fiel auf Herrn Georg Klimmer-Rosen. Derselbe soll mit einem Anfangsgehalt von 6000 M. nebst 500 M. Wohnungszuschuß und einer Alterszulage von 500 M. von 3 Jahren zu 3 Jahren bis zum Höchstgehalt von 8000 M. zum 1. April d. J. mit einer sechsmonatlichen Probezeit angestellt werden. Die Bezahlung von 155,50 M. für Kombinationsstunden an die Lehrer in Vorsigwalde war in der Sitzung am 12. Dezember d. J. gegen die Stimme unseres Genossen Adam abgelehnt. Die Ablehnung begründete Herr Erziehungsinспекtor Pieper damit, daß eine Mehrarbeit der Lehrer nicht geleistet worden sei und es ganz gleich wäre, ob ein Lehrer 50 oder 90 Kindern kombinierten Unterricht erteilt. Nach einer interessanten Debatte zwischen unserem Genossen Adam und dem Herrn Pieper wurde die Bezahlung der Kombinationsstunden in der letzten Sitzung einstimmig bewilligt. Drei Monate hatten die Herren Gemeindevertreter dazu gebraucht, um sich zu diesem Erkenntnis durchzurufen. Die Festlegung der Wohlgeit für die dritte Klasse zur Erziehungswahl ist wieder hinausgeschoben worden, da die Wahl des Herrn Pieper zum Schöffen auf drei Jahre von der Regierung nicht genehmigt worden ist. Derselbe muß auf sechs Jahre gewählt werden. Die Wahl findet nochmals am 14. März statt.

Alt-Glienide.

Wahlung, Gemeindevahl! Morgen, Donnerstag nachmittag, von 4—7 Uhr, findet im Bohnischen Lokal, Grünauerstraße 55, die Wahl von zwei Gemeindevertretern für die dritte Klasse statt. Die freiverwendbaren Mandate waren bisher in bürgerlichem Besitz; Die Sozialdemokratie ist zurzeit durch zwei Genossen in der dritten Klasse vertreten. Es muß also das Bestreben der Arbeiterschaft sein, die neu zu besetzenden Mandate der Sozialdemokratie zu erobern. Wie in allen Gemeindeparlamenten, so ist es auch in unserer Orde nur die Sozialdemokratie, die die Interessen der Allgemeinheit vertritt. Daß die Bürgerlichen auch diesmal die Mandate mit allen Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen bestrebt sind, beweist der feste Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente. Die Arbeiterschaft kann diese beiden Mandate erobern — sie muß sie erobern! Allerdings fällt die Wahl in eine für die Arbeiterschaft ungünstige Zeit. Indes das Opfer für den Wahlkampf muß gebracht werden, jeder übe sein Wahlrecht aus.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Maurer Eduard Kaiser und Arbeiter Adolf Gerlach. Arbeiter, Parteigenossen, treten für diese beiden Kandidaten mit allen Kräfte ein!

Aus Industrie und Handel.

Mehrwert.

Wie groß schon bei kleinen Gesellschaften der in Gestalt von Reingewinnen erzielte Mehrwert sein kann, zeigt der Geschäftsbericht der Juche „Karoline“. Bei nur 566 Arbeitern wurde im vorigen Jahre ein Betriebsergebnis von 388 613 M. erzielt oder pro Kopf der Beschäftigten 685 M. Der Reingewinn stellt sich pro Kopf auf 368 M. oder insgesamt auf 304 613 M.

Eine Gründung Dernburgs. Aus Hildesheim wird berichtet: Ein Konsortium, an dessen Spitze die Darmstädter Bank steht, hat die hier seit vielen Jahren bestehende Tapetenfabrik Gebr. Velme angekauft. Das Konsortium, welches über ein Kapital von 40 Mill. Mark verfügt, geht darauf aus, sämtliche Tapetenfabriken Deutschlands in seinen Händen zu vereinigen. Der Gedanke zur Bildung dieses Tapetentrusts soll noch den jetzigen Kolonialdirektor Dernburg zum Urheber haben.

Der Aufsichtsrat der Grundstücks-Aktiengesellschaft in Berlin, die der Kommerz- und Diskontobank nahesteht, beschloß, der auf den 8. Mai d. J. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent für das verflossene Geschäftsjahr vorzuschlagen.

Preissteigerung im Februar. Nach den Zusammenstellungen der „Stat. Korr.“ sind im Februar die Preise für Weizen und Hartweizen erheblich gestiegen.

Der Weizen kostet im Durchschnitt aller Markttorte 177 M. für 1000 Kilogramm gegen 172 im Januar d. J. Der Roggen hat seinen Durchschnittspreis von 159 auf 166 M. erhöht. Der Preis der Gerste ist von 159 auf 160 M. gestiegen. Der Hafer kostet im Durchschnitt aller Markttorte 171 M. gegen 164 im Januar d. J. Der Durchschnittspreis der Hartweizen ist von 53,0 auf 56,3 M. gegangen. Der Durchschnittspreis des Stroh's betrug 49,0 M. gegen 49,1 M. im Vormonat. Der Durchschnittspreis für Heu ist von 53,4 Mark auf 55,0 Mark hinaufgegangen. Das Rindfleisch ist im Großhandel von 1292 auf 1287 M. zurückgegangen. Im Kleinhandel hat das Rindfleisch, ebenso auch das Kalbfleisch, seinen Durchschnittspreis nicht verändert, wogegen das Hammelfleisch um 1 Pf. für das kilo teurer geworden ist. Das Schweinefleisch ist um 4 Pf., das Schmalz um 1 Pf., der Speck um 8 Pf. billiger geworden. Die Schutter hatte ihren Preis um 2 Pf. ermäßigt, die Eier sind nur um 13 Pf. für das Schock billiger geworden. Weizen- und Roggenmehl sind um 12 Pf. gestiegen. Ein Vergleich der Preise mit denen des Februar 1906 ergibt, daß im Laufe des letzten Jahres teurer geworden sind: Hartweizen um 1,7, Erbsen um 2,0, Hammelfleisch um 3,2, Weizenmehl um 3,3, Roggenmehl um 3,7, Weizen um 4,1, Kalbfleisch um 4,3, Rindfleisch im Kleinhandel vom Bauche um 4,5 und von der Keule um 5,1, Gerste um 4,6, Weizen um 5,1, Rindfleisch im Großhandel um 6,8, Hafer um 8,8, Finken um 16,0, Hartweizen um 16,6 und Eier um 16,6 Prozent.

Gewinnsteigerungen. Die Aktiengesellschaft Glasflüsterwerke „Adlerhütten“ in Penzig erzielte im letzten Jahre einen Reingewinn von 216 411 M. gegen 124 970 M. im Vorjahre. — Von 804 721 M. auf 1 124 693 M. stieg der Reingewinn der Sauerbrunn'schen Eisenwerke in Beyer. — Die Waggonfabrik Aktiengesellschaft in Leidingen bringt eine Dividende von 12 Proz. heraus gegen 6 Proz. im Vorjahre. — Um fast 1/2 Million Mark, von 1 200 014 M. auf 1 700 679 M. hob sich der Reingewinn der Bergbau-Aktiengesellschaft Reuelen. Die Aktionäre erhalten 40 Proz. Dividende. — 30 Proz. verteilt die Bergwerks-Aktiengesellschaft Confolation. Der Reingewinn stellt sich auf 6 428 975 M., im Vorjahre 4 775 507 M. Als Reingewinn blieben 5 157 273 M. oder gegen das Vorjahr 1 331 537 M. gleich 28 Proz. mehr. — Die Brenbergsche Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Effen, die für das Vorjahr aus 2 857 858 M. Reingewinn 35 Proz. Dividende verteilte, schloß für das letzte Jahr mit 8 520 177 M. ab und schüttet 40 Proz. Dividende aus.

Folgen der hohen Fleischpreise. Auf der Postkammer an der Rodzower-Brücke in Rixdow wurden, wie die „Deutsche Fleisch-Zeitung“ berichtet, sieben Frauen abgefaßt, die Kalb- und Rindfleisch aus Ausland herbeischmuggeln wollten. Die Frauen gehören fast durchweg den besseren Ständen an und werden sich wegen Schmuggels vor Gericht zu verantworten haben. Bekanntlich wird der Schmuggel von Fleisch aus Ausland gemäß § 328 des Strafgesetzbuchs als gemeingefährliches Vergehen nur mit Gefängnis bestraft. Diese sich in einem fort wiederholenden Vergehen in den Grenzorten sind die Folgen der hohen Fleischpreise.

liche Entscheidung anzutragen. Rechtsanwalt Tasse wies vor dem Richter Schöffengericht mit launigen Worten darauf hin, daß von einem strafbaren Vergehen hier nicht die Rede sein könne, da aus Wasfengardrobengeschäften entliehenen Militäruniformen unbeanstandet bei zahllosen Theateraufführungen benutzt werden und benützt werden dürfen. Das energische Auftreten des Gendarmes, der den Lenten sogar mit dem Revolver in der Hand entgegengetreten sei, sei wohl nur durch eine falsche Alarmnachricht zu erklären. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Zahlstelle ein selbständiger Verein?

Der Bevollmächtigte Mensching und der Kassierer Brinkmann von der Zahlstelle Gerresheim (Rheinland) des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin) waren in zweiter Instanz vom Landgericht Düsseldorf wegen Uebertretung der §§ 2 und 13 des preussischen Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie trotz mehrmaliger Aufforderung der Polizeidirektion von Gerresheim Statuten und Mitgliederverzeichnis der Zahlstelle nicht eingereicht hatten. Voraussetzung der Anwendbarkeit der §§ 2 und 13 wäre, daß die Zahlstelle ein Verein für sich sei, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Das nahm das Landgericht mit der Polizei und Staatsanwaltschaft an und führte unter anderem aus: Die Angeklagten hätten sich darauf berufen, daß sie allein Bevollmächtigte des Zentralverbandes bezw. dessen Vorstands, und von diesem als solche ernannt wären, nicht aber von den Verbandsmitgliedern in Gerresheim und Umgegend gewählt seien; und hieraus hätten sie zu folgern gesucht, daß die Zahlstelle kein Verein für sich, sondern lediglich eine örtliche Abzweigung des Berliner Zentralverbandes sei. Diese Beweisführung erscheine aber verfehlt. Ob ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes bestehe, sei eine Frage rein tatsächlicher Natur. Wesentlich sei nur, daß sich eine Mehrheit von Personen für eine gewisse Dauer vereint habe, um unter einer Leitung an einem Orte oder in einem gewissen Umkreis einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen, der bei einem Verein im Sinne des § 2 dahin gehen müsse, in bestimmter Richtung auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Wenn diese Voraussetzungen vorlägen, komme es darauf an, wie die Organisation des als „Verein“ anzusehenden Gebildes entstanden sei. Ihre Vorhandensein an sich genüge. Völlig bedeutungslos sei daher die Behauptung der Angeklagten, daß sie nicht gewählt, sondern vom Zentralvorstand bestellte Vorsteher seien. Hier handele es sich nun nach Annahme des Gerichts um einen Verein im Sinne der obigen Ausführungen. Nach ihrer Organisation und Betätigung trage die Zahlstelle alle Merkmale des Vereins an sich: sie umfasse einen größeren örtlich verbundenen Mitgliederkreis, welcher unter bestimmter Organisation und Leitung gemeinsame Interessen betätige und verfolge, und zwar, wenn auch in gewissem Zusammenhang mit dem Zentralverband, so doch selbstständig und unabhängig von diesem. Denn die Zahlstelle befaße sich nicht etwa nur mit der Vermittlung der Beziehungen zwischen den Verbandsangehörigen von Gerresheim und Umgegend und dem Berliner Zentralverband, sondern entwickele eine eigene unabhängige Tätigkeit. Sie habe eine besondere, den örtlichen Verhältnissen angepaßte Organisation, beschaffe und verwalte die zur Verwirklichung ihrer Interessen erforderlichen Geldmittel wenigstens teilweise selbständig, betätige ihre Bestrebungen in mehr oder weniger regelmäßigen, unter ständiger Leitung der Angeklagten stehenden Mitgliederversammlungen und lasse durch dieses tatsächliche Verhalten das Vorhandensein eines Vereinswillens bei ihren Mitgliedern nach außen in die Erscheinung treten. Demgegenüber erscheinen die Bestimmungen des Statuts des Zentralverbandes, welche den Zahlstellen die Eigenschaft eines besonderen Vereins entziehen wollten, lediglich zur Verschleierung und Umgehung des Gesetzes bestimmt. (?) Zweifellos verfolge die Zahlstelle, wie der ganze Verband, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten.

Auf die Revision der Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Dr. Goldberg vertreten wurden, hob das Kammergericht am 7. d. Mts. das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück, in dem es zwar die allgemeinen Ausführungen des Landgerichts über den Begriff des Vereins für guttunend erachtete, dann aber bemängelnd ausführte: Es fehle hier an der notwendigen Darlegung, weshalb die Zahlstelle ein eigenes Vereinsleben geführt habe, in welchen historischen Vorgängen das Landgericht dieses erblicke. Daß die Zahlstelle in Versammlungen „Verbandsangelegenheiten“ behandelt habe, genüge nicht zur Annahme eines selbstständigen Vereinslebens. Solche Angelegenheiten seien ja auch das Annehmen von Beiträgen, Auszahlung von Unterstützungen usw. Dagegen könnte man von einem besondern Vereinsleben sprechen, wenn die Zahlstelle agitiert und in den Versammlungen die Interessen des ganzen Standes irgendwie vertreten hätte. Das sei bisher nicht festgestellt.

Liberaler Saubereitont vor Gericht.

Um für die liberale Sache Propaganda zu machen, bezeichneten im Dezember der Schuhmachermeister Gottfried Fleischmann und der Wäckermeister Friedrich Fleischmann in Pappenheim, zwei liberale Stadtgrößen, sämtliche Sozialdemokraten als „Lumpen“ und den öffentlich tätigen Genossen Hoffmann als „Oberlumpen“. Als der anwesende Genosse Leirich sich dies verbat, wurde er in der rohesten Weise mißhandelt, so daß sein Gesicht völlig unkenntlich war und er längere Zeit ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte. Das Schöffengericht Pappenheim hielt diese liberalen Rohheiten mit 3 Tagen Gefängnis für Friedrich Fleischmann und 5 M. Geldstrafe für Gottfried Fleischmann für ausreichend geahndet.

Ein netter Hüter der Ordnung

ist der Nachtwächter und Gelegenheitsarbeiter Georg Seidel in Wunsiedel. Am Sonnabend, den 2. März, abends 1/2 11 Uhr, wurde der Posthalter Fritz Bauer unweit seiner Wohnung von einem Unbekannten hinterrücks niedergeschlagen. Der Täter kniete auf ihm und bearbeitete ihn mit Fäusten und zuletzt noch mit den Stiefelabsätzen. Recherchen der Gendarmerie ergaben, daß der Täter — der Nachtwächter war. Wunsiedeler Zeitungen schwiegen den Fall tot, weil Seidel ein „nationaler“ Arbeiter ist und bei der letzten Wahl Zutreiberdienste für die Liberalen leistete. Seidel war, wie uns aus Wunsiedel geschrieben wird, bei der dortigen Polizei sehr beliebt.

Wie würde die „nationale“ Presse über die Roheit der Arbeiter und die Lüge, daß die Sozialdemokratie die Verrohung fördere, breittreten, wenn der Nachtwächter und Gelegenheitsarbeiter, der einen so hinterlistigen und rohen Ueberfall ausführte, — nicht national gewählt hätte.

Vermischtes.

Tot aufgefunden wurden gestern früh an der Breslauer Umgehungsbahn in der Nähe der Kurassierkaserne drei Leichen, eine weibliche und zwei männliche, mit Säugwunden. Es handelt sich um ein Dienstmädchen, einen Schlossergesellen und einen Wäckergehilfen, die, nach den vorgefundenen Papieren, gemeinschaftlich Selbstmord verübten. Das Motiv zu der Tat ist unbekannt.

Die drei Personen sind aus Strehlen gebürtig und in Breslau in Stellung. Nach den hinterlassenen Aufzeichnungen und dem örtlichen Befund hat der Wäckergehilfe in gegenseitigem Einverständnis den Schlosser und das Dienstmädchen, die ein Brautpaar waren, erschossen und dann sich selbst.

Ueberfallen und schwer mißhandelt wurden in der Nähe von Oberwald drei Radfahrer. Der Wäcker Otto Voh aus Freisenhagen

hatte gemeinsam mit dem Chauffeurarbeiter Schubertacher per Rad eine Geschäftstour unternommen. Auf der Rückfahrt stellten sich ihnen abends auf der Liebenwalder Chaussee eine ganze Anzahl von Ueberläufern entgegen, versperren ihnen die Passage, sie fielen alsdann über die Radfahrer her und richteten sie fürchterlich zu. Es gelang es schließlich, zu entfliehen. Er holte einen dritten Radfahrer zur Hilfe herbei. Kaum hatten die beiden den Tator erreicht, so stürzten die rohen Gesellen wieder über sie her. Es wurde mit einem tiefen Messerstich zwischen den Schultern empfangen. Der dritte Begleiter wurde durch Messerstiche derartig zugerichtet, daß er in bedenklichem Zustande in das nächste Krankenhaus transportiert werden mußte. Voh wurde später in einem Graben aufgefunden, der mit Wasser und Eiswürden hoch angefüllt war. Der Verwundete hatte eine Anzahl Wunden am Kopf erhalten. Auch sein Zustand ist besorgniserregend. Wahrscheinlich hatten es die Anechte auf eine Vererbung ihrer Opfer abgesehen. Bei einem der verhafteten Haupttäter wurden 100 Mark aufgefunden, die allem Anscheine nach von Voh, der nicht betrunken war, herkommen.

Godwasser auf dem Rhein und Neckar. Die aus Mannheim gemeldet wird, steigt der Rhein und der Neckar rapid. In der vergangenen Nacht stieg der Rhein von 296 auf 430 Zentimeter, der Neckar von 223 auf 327 Zentimeter. Vom Oberlauf des Rheins wird weiteres Steigen gemeldet.

Christentum in der Praxis. Der katholische Pfarrer in Oberdorf b. Zimmernstadt (Altgäu) brachte in einer Stadrede zum Ausdruck, daß alle Menschen arbeiten müßten. Diejenigen Arbeiter aber, die längere Arbeitszeit und höheren Lohn verlangen, seien faule Arbeiter.

Wieder Flottgemacht. Der Dampfer „Lucie Boermann“, welcher am 13. Januar in dichtem Nebel an der Küste von Lome gestrandet war und für dessen Rettung nur geringe Hoffnung bestand, ist jetzt durch den dem nordischen Bergungsverein gehörenden Dampfer „Berthilde“ wieder flottgemacht worden und liegt gegenwärtig auf der Reede von Lome. Das Schiff wird voraussichtlich zunächst nach der französischen Kolonie Dakar geschleppt, um dort die notwendigen Reparaturen am Ruder vornehmen zu lassen und dann die Reise von dort nach Hamburg möglichst ohne weitere Hilfe fortsetzen zu können.

Neun Arbeiter verschüttet. In Marseille wurde durch einen Sturmwind ein im Bau begriffenes Fabrikgebäude niedergedrückt. Neun Arbeiter wurden verschüttet, davon sind drei als Leichen sechs mit schweren Verletzungen aus den Trümmern befreit worden. Nach einer anderen Meldung sollen vier Leichen geborgen sein.

Drei Erbsitze wurden in der vergangenen Nacht zwischen 11 und 11 1/2 Uhr in Konstanz verspart.

Briefkasten der Redaktion.

Den Einsendern des „Fabrikboten“ der Meierei C. Bolle zu Reminis, daß die in denselben abgedruckten Artikel, die sich mit der Sozialdemokratie beschäftigen, nicht eigenes Produkt des verantwortlichen Schriftleiters, des Pastor Arnold, sind, sondern aus der Lügenfabrik des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bezogen wurden und in unserem Blatte längst als elender Schwindel festgenagelt worden sind.

Rummelsburg. Den Einsendern des Schreibens über „Auszahlung der Unfall- u. Unterstützung“ bitten wir um Angabe seiner Adresse.

Wasserstand am 12. März. Elbe bei Kuffka — Meter, bei Dresden — 50 Sp. — Elbe bei Roggberg 2,20 Meter, — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Ratibor 1,84 Meter. Oder bei Breslau Oberpegel — 0,08 Meter. — Rheingebirgung 2,24 Meter. Oder bei Brielg 2,84 Meter.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat

4 Tage für Lebensmittel Extra-Verkauf für Conserven

	1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	1/2 Dose
Gemüseschoten	—	23 Pf.	Pflaumen süß 1/2 Frucht	50	30 Pf.
Geschnittene Carotten	32	21 Pf.	Kirschen sauer mit Stein	64	37 Pf.
Spinat	45	28 Pf.	Kaiserkirschen schwarz mit Stein	—	35 Pf.
Pfefferlinge	48	29 Pf.	Aprikosen 1/2 Frucht	1 ¹⁵	63 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	24	— Pf.	Pfirsiche geschält	1 ³⁵	73 Pf.
Schoten Siebung II	55	33 Pf.	Erdbeeren extra	1 ³⁵	73 Pf.
Schoten und Carotten	58	34 Pf.	Erdbeeren prima	1 ²⁰	— Pf.
Teltower Rübchen	72	41 Pf.	Ananas in Würfeln für Compot	1 ⁵⁰	80 Pf.
Leipziger Allerlei extra	95	53 Pf.	Zuckergurken in Gläsern	per Glas 1 ⁰⁵	— Pf.
Leipziger Allerlei I	75	43 Pf.	Senfgurken	„ 85	— Pf.
Leipziger Allerlei II	55	33 Pf.	Kürbis in Kugelform	„ 95	— Pf.

Fleischwaren

Cervelat- u. Salami Ia.	Pfund	1 25	Westphälische Bauernwurst	Pfund	95 Pf.
Braunschweiger Fettdarmwurst	Pfund	1 50	Hauschlachte Rotwurst in Fettdarm	Pfund	70 Pf.
Mettwurst prima	Pfund	90 Pf.	Prima Rotwurst angeruchert	Pfund	52 Pf.
Delicatess-Leberwurst	Pfund	70 Pf.	Delicatess-Speck	Pfund	85 Pf.
Zwiebelleberwurst	Pfund	52 Pf.	Cassler Rippespeer	Pfund	85 Pf.

Grosser Transport

Blut-Apfelsinen Dtz. 50, 60, 70 Pf. Orig.-Kiste 80 Stck. Inh. 6⁰⁰ Apfelsinen Dtz. 30, 40, 50 Pf. Orig.-Kiste 100 Stck. Inh. 7⁵⁰

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 13. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Agl. Cyrenhaud. Das war ich. Dajagi.
Agl. Schauspielhaus. Mein Dorrit. Deutsches. Romeo und Julia. Kammerpfeife. Frühlings Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil. Anf. 7 Uhr.
Vorführung. Fra Diavolo. Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Räuber.
Schiller-Theater Charlottenburg. Minna von Barnhelm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühliches Theater.) Die Erziehung zum Don Juan.
Besetzung: Wiege und Maria. Central. Der blaue Klub. Westen. Die lustige Witwe. Berliner. Der Hund von Baskerville.
Römische Oper. Lucia.
Kleines. Ullersleben.
Neues. Wehner Porzellan.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Infanzfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Der Troubadour.
Thalia. Olympische Spiele.
Luisen. Der Hund von Baskerville.
Zeitanon. Hel. Josefite - meine Frau.
Bernhard Kose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Sehr. Gernfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Charlotte Wiehé.
Spezialitäten.
Abends. Die 3 goldenen Jungfrauen.
Bernhard Korbis. Spezialitäten.
Kasino. Die Carter. Spezialitäten.
Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.
Folies Caprice. 100 000 Gulden. Wagnis. Im Inspektionszimmer.
Prater-Theater. Die Eise vom Eriendhof.
Palast. Danke, Herr Franke. Spezialitäten.
Vignos. Seifenretter. Gesserauto. Paris.
Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Rari Daberland. Spezialitäten.
Intimes. Eine vom Ballett. Japanreich. Sinter Teil.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Kraun. Landensprüche 18-19. Frühlingslage an der Riviera.
Sternwarte. Kavaliersklub. 57/62.
Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Wittmoß und Donnerstag:
Der Hund von Baskerville.
Freitag: Sherlock Holmes.
Neues Schauspielhaus
Wittmoß, den 13. März, 7 Uhr:
Gastspiel Josef Kainz:
Faust. I. Teil.
Donnerstag: Das Fest des Sankt Maters. Der arme Narr. Der goldene Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Donnerstag: Wehner Porzellan.
Freitag: Wehner Porzellan.
Sonnabend: Wehner Porzellan.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Allerseelen.
Donnerstag: Die Krulle.
Freitag: Ullersleben.
Sonnabend: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Allerseelen.

Lorzing-Theater.
Bellealliancestr. 7/8.
Wittmoß, den 13. März, 7 1/2 Uhr:
Fra Diavolo.
Abonnement gültig!
Morgen:
Die Fledermaus.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Infanzfieber.
Zentral-Theater.
(Operette) Täglich 8 Uhr:
Durchschlagender Erfolg!
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Der Hund von Baskerville.
Ein Sherlock Holmes-Friedrich in vier Akten von Fred Gibson.
Morgen: Der Hund von Baskerville.
Freitag: Benefiz für den Rappellmeister Klub. Zum 1. Male: Der Trompeter von Säckingen. - Sonnabend 8 Uhr: Max und Moritz 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Burgstr. 8. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die härmlich bejubelte Novität
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Kassapreisen:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre
mit H. und D. Herrnfeld.

WINTER GARTEN
Charlotte Wiehé
und das
neue glänzende
März-Programm.
Palast-Theater.
Burgstr. 34, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
Unter andern:
Kioday Godayou,
japanische Equilibristen.
Seliman and Punch,
musikalische Exzentriks.
Danke, Herr Franke
Schwanz.
Familienarten, wochentags zum halben Kassapreis gültig. in Garderie, Festzelt u. Zigarrengeschäften gratis.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwanz in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Beder.
Robert de Trielva: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtspektakel Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Der Troubadour.
Donnerst.: Fokillon von Longjumeau.
Freitag: Cousin Bobby.
Sonntag nachm.: Die Fledermaus.
Sonntag abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Kranfurterstr. 132.
Heute und morgen:
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten nach der Romanverle des Conan Doyle von Schwarz-Reisingen.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hassary. Wolf. Bender. Giampietro. Joseph.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 17. März, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Apollo Theater
9 1/2 Uhr: Die 3 goldenen Jungfrauen
10 Uhr: Bernhard Mörbitz
mit neuen Typen.
Vorher 8 Uhr: All den Moco, Burleske. Musik von D. Kollo.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (N. Preise): All den Moco und Spezialitäten.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Erziehung zum Don Juan.

Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der International. Ringkampf-Sonder-Konkurrenz um die Prämien v. 10 000 M. und den großen Gold-Bokal der Zeitung „Das Deutsche Blatt“.
Ferner: Neu! Bevestruppe, Leiterakrobaten, Herr Bootstift, Schulkreier, Herrn G. Schumann neueste Vesturen und das große Galaprogramm.
Um 9 1/2 Uhr: **ROM.**
Origin. Ausstattungspanontime in 7 Bildern.

Intimes Theater
Dresdenerstraße 97.
Gastspiel des
Budapester Burlesken-Ensembles
Linde-Wolf.
„Eine vom Ballett.“
„Japanreich.“
Sinter Teil.

Passage-Theater.
2. Monat.
Täglich ausverkauft!
Der größte Lacherfolg der Saison:
„Mal was Anderes“.
Die Theims-Troupe
und die 10 glänzenden März-Spezialitäten.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Bismarckstr. 16.
Zum letzten Male:
Hexen-Hans.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Dersch.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Carmen mit Frau Gordon-Berle u. Hm. F. Blutz u. G.

Folies Caprice.
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10 000 Gulden Mitgift.
Glänzend neuer Solotitel:
Im Inspektionszimmer.
Bovervorlauf an der Theaterkassette und bei Bertheim.

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Edmald. Aid Carter. Deletto: Hans Berg.
Vorher: neue März-Programm.
Sonntag 4 Uhr: Ledige Leute.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Bernauerstr. Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch: 38200*

Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Vorige Nacht
hat man's nicht gedacht.
Ich empfehle Serie IV:
Getragene Herren-Paletots. . . . 5, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge. . . . 6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosen. . . . 1.50 bis 3.50 Mark
Von fetten Herrenschaften, liegenden auf kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.
J. Wand, Hauptgeschäft: Charloetterstr. 50a.
Bitte perkauf die Nr. 50a zu sehen!
S. Geschäft: Prinzen-Strasse 17.
S. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

Zirkus Schumann
Heute, Wittmoß, den 13. März:
Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz um Goldenen Kranz von Berlin u. den 10 000 Mark in bar.
Heute vingen:
Albert Hein, Berlin, gegen Pietro le Basque, Spanien.
Clement le Boucher, Frankreich, gegen Bernhard Borrath, Berlin.
Chemjatin, Rußland, gegen Clement le Terrassier, Frankreich.
Paul Pons, Paris, gegen Ed. Nishler, Württemberg.
Vorher: Gala-Programm und um 9 1/2 Uhr:
St. Hubertus
Größtes und lebendigstes Pracht-Fanarenprogramm.

Prater-Theater
Kassanien-allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Roser.
Morgen:
Jägerlieben.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenh. Tor.
Heute abends 8 Uhr:
15 hervorrag. Spezialitäten
Die goldene Eva.
5 Geschwister Pérez
Gymnastiker auf 3 freisteh. Leitern.
Frosso, der Geheimnisvolle.
3 Soubretten. - 2 Komiker usw.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Joseette - meine Frau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Liebeschankel.

Buggenhagen (Moritzplatz).
In den unteren Sälen:
Sockrummel.
Humor-Gottschalk-Konzert
Zirkus-Barnum
direktor Barnum
mit seinen Zwergpferden.
Entree: Wochentags 20 Pf.
Sonnabend und Sonntags 30 Pf.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Bernauerstr. Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch: 38200*

Willy Walde-Sänger.
Gebr. Arnhold.

Vorige Nacht
hat man's nicht gedacht.
Ich empfehle Serie IV:
Getragene Herren-Paletots. . . . 5, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge. . . . 6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosen. . . . 1.50 bis 3.50 Mark
Von fetten Herrenschaften, liegenden auf kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.
J. Wand, Hauptgeschäft: Charloetterstr. 50a.
Bitte perkauf die Nr. 50a zu sehen!
S. Geschäft: Prinzen-Strasse 17.
S. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

Einige Tausend Mark
genügen, um fleißigem Arbeiter eine gute Existenz zu beschaffen. Nähere Auskunft kostenlos unter Adresse A. 3 Expedition dieser Zeitung.

Fröbels Allerlei-Theater
Fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
neue kritisch. Nummern
15 Ganz Berlin / Ganz Berlin
stammt über die lust über das
Spezialitäten. / Programm.
Nach der Vorstellung
- Punkt 10 Uhr: - Gr. Extralanz.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger.
Langkräuzchen.
Sonn. U. 5, Bochent. 8 U.
Dienstag:
Theaterabend.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Balkentische Klappermäh“.
Anfang
Bochentags
8. Sonntag
7 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Gustav Behrens Theater
Goltzstraße 3.
Nur noch bis Freitag, den 15. inf.:
Das sensationelle Spezialitäten-
Programm mit der Ausstattungsspeise
Husarenfleber in Potsdam.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 16., u. folg. Tage:
Austreten noch nie dagewesener
Attraktionen sowie die Premiere
der großen Ausstattungs-Operette
Die lustige Witwe von Schöneberg.
Sonntag, den 17., sowie jeden Sonntag
und die Feiertage, nachm. 3-5 Uhr:
**Große Familien- und Kinder-
Vorstellung.**
Preise: 10, 20, 30, 40 und 50 Pf.

Englischer Garten,
Alexanderstraße 27 c.
Der zweite Osterfeiertag
oberer großer Saal frei. 41992*
Max Quieser, Gekwirt.

Gut gehendes Restaurant
mit Vereinzimmer, ist unter günstigen
Bedingungen sofort billig zu ver-
kaufen; geräumige Wohnung, billige
Miete. Kaufpreis bis 14. d. M. Ex-
peditio Wagnersstr. 24, vom 15. ab
Stettinerstr. 10, vom part. 20618

1906* Begehühner
edite Kasse, fleißige Eierleger, gar.
leb. Anf. fr. überall 13 Stück mit
Hahn 29.50 M., 6 Stück mit Hahn
14.50 M. Schneller, Myslowitz No. 9,
Schlesien. 200/9

Lichtentrad 20 Pf.-Tour!
Quadratmeter 20 Pf. verkauft Eigen-
tümmer Paris, Berlin, Braunschweig,
Gde. Kleinstraße. Auch bei monatl.
Raten von 40-50 M. 17806*

Steppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmandel,
Berlin Ks. Kultur. Katalog gratis.

4066L*
**Inventur-
Ausverkauf**
Nur solange Vorrat:
Ein Posten
Wollatlas-Steppdecken.

Gr.ca.135/195, Wertl.65, jetzt 3.25
Gr.ca.145/200, Wertl.85, jetzt 3.90
Gr.ca.160/200, Wertl.110, jetzt 5.45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb.150/200 jetzt 6.35
Seide) * doppelt jetzt 7.35

Einzelne Steppdecken
bedeutend unter Preis.
Tüll-Bettdecken.
weiß, creme, Bettgröße.
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,85, 4,35
etc

Gardinen-Reste,
1-6 Fenster, ca. 25 % ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,25, 4,25, 5,50 etc.

Vorzieh-Gardinen,
1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,63, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.

Ca. 300 Fenster Portieren
in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.

Fehlerhafte Plüsch-Teppiche
in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu 10 Proz.
extra Rabatt.

Plüschdecken
in allen Farben, solange Vorrat.
Stek. 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.

Tuch-Tischdecken
1,98, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

E. Weissenbergs
Teppich-Haus
Gr. Frankfurterstr. 125,
2. Haus v. d. Koppenstraße.
Nach auswärts per Nachnahme.

Englischen Unterricht,
einzeln und im Brief, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Nieder mit den
Sozialdemokraten
von Wilhelm Bracke
in neuer Uebersetzung heraus-
gegeben.
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.
„Nieder mit den Sozial-
demokraten“ ist eine der ältesten,
aber noch immer wirkungsvollen
Agitations-Broschüren für die
ländliche Bevölkerung. Bracke
hat die landläufigsten Vorurteile,
die gegen unsere Partei erhoben
werden, in volkstümlicher, all-
gemein verständlicher Weise
widertret. Die Märchen vom
„Tellen“, von der „Vertilgung
der Familie und Religion“, die
auch heute noch von unseren
Gegnern kolportiert werden,
sind in überzeugenden Worten
zurückgewiesen.

Neu! Zwischen Grünau und Carolinenhof **Neu!**
Herrlich inmitten Hochwald am Langen See
gr. Saal - trockene Unterkunft für 1000 Pers. - Veranda
Mohr's Strand-Restaurant
Tel.: Amt Grünau 70 (Richtershörn) Inh.: E. Mohr.
Als Ausflugsort für Vereine u. Fabriken bestens geeignet.
Beste Dampfer-Anlegestelle Ruderboote Gute Bier 2 saubere Kegelbahnen - Gute Bedienung Küche

Jedermann verlange gratis und franko:
Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner - Versammlung

für sämtliche Branchen und Bezirke
bei Lipp's (Brauerei Friedrichshain), am Königstor.
Tages-Ordnung:

Bericht über den Stand der Aussperrung und die Verhandlungen mit den Unternehmern. Vertrauensmännerliste und Mitgliedsbuch legitimiert.

Freitag vormittag 10 Uhr

in der „Neuen Welt“, Hasenheide:

Versammlung der Ausgesperrten

Die Ortsverwaltung.

Perlmutter- u. Knopfarbeiter

Donnerstag, den 14. März, im Lokale Mariannenstr. 41:

Vertrauensmännerführung mit Kommission.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Stellungnahme zur Knopfarbeiter-Konferenz. 4. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

82/15

Frauen- und Mädchen - Bildungsverein

für Zehlendorf und Umgegend.

Mittwoch, 13. März, abends 8 Uhr, bei Wietz, Karlsrufer Str. 12:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Schröder: „Mutter und Säuglingspflege“. 2. Diskussion. 3. Renovation des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 1/11

Der Vorstand.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Fritz Wisse, Brunnenstr. 188: 287/17

Oeffentliche Versammlung

des Lese- und Diskussionsklubs „Hasenelever“.

Diskussion über: „Ob das Recht auf Arbeit eine sozialdemokratische Forderung? — Einleitendes Referat: Genosse Quittitz. 3. u. 4. Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Donnerstag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Fortanier, Tegelerstr. 56.
- „ 2. Freitag, den 15. März, beim Kollegen Frisch, Bahstr. 12.
- „ 3. Freitag, den 15. März, beim Kollegen Josef Schütz, Schönhauser Allee 28.
- „ 4. Donnerstag, den 14. März, beim Kollegen Merkowski, Andreasstr. 26.
- „ 5. Donnerstag, den 14. März, beim Kollegen Donath, Siemensstr. 6.
- „ 6. Freitag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Philipp Hummel, Sophienstr. 5.

60/11

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 15. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den vom Vorstand und den Bezirken gestellten Anträgen zur 8. Generalversammlung. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Verschiedenes. 108/12

Da es sich bei der 8. Generalversammlung hauptsächlich um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung handelt, welche für unsere Organisation von tief einschneidender Bedeutung ist, ist es Pflicht, daß jeder Kollege die Mitglieder-Versammlung besucht, damit jeder genau weiß, wie die Wünsche der einzelnen Delegierten zur Arbeitslosenunterstützung ist und welchen Delegierten er seine Stimme zu geben hat. Der Vorstand.

Konsumverein Friedenau und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Oeffentliche Versammlung

Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Rheinschloß, Friedenau, Rheinstr. 60.

Herr Justizrat Steinschneider wird sprechen über:

Lebensmittelversorgung und Konsumvereine.

Arbeiter, Handwerker, Beamte, die ihr ein Interesse an der Beschaffung guter und billiger Lebensmittel haben, erscheint zahlreich und bringt Gutes Besuchen mit, die es besonders angeht. 106/5

Aktiva Bilanz am 30. September 1906. Passiva

Aktiva	Passiva		
Barenkonto	2743,48	Geschäftsguthaberkonto	1402,10
Debitoren	1650,76	Referenzbankkonto	21,90
Rücklagenkonto	842,72	Sparenlagenkonto	1269,40
Reservenkonto	1120,-	Aktoren (undergahnte Warenrechnungen)	2272,61
Einrichtungskonto	195,-	Debitorenkonto	625,-
Küpen- und Papierkonto	115,80	Netto-Gewinn	576,78
Summa	6167,74	Summa	6167,74

Mitglieder: Bis zum Schluß des Geschäftsjahres beigetreten . . . 145 Ausgeschlossen (verstorben) . . . 1 In das Geschäftsjahr 1906/07 übernommen . . . 144 Geschäftsguthaben . . . 1402,10 Mark. Kassums . . . 145 x 30 = 4350,- Friedenau, den 12. März 1907. Breiter, Böring, Katz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9879.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr:

Versammlung

aller in den Galvanisierungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

in den Ritterfäsen, Ritterstraße 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Walsch über: „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kolleginnen und Kollegen! Im Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Folgende Werkstätten sind besonders eingeladen: A. G. Ufer- und Guttenstraße, Baer u. Stein, Bergfeld, Erich u. Gräß, Lachmann, Witz u. Genack, Heidrich u. Vornis, Paetsch u. Zwietsch, Winkler und Mackenius.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung

aller in der Chirurgischen Branche beschäftigten Hartgummi- und Metalldecker

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die Verschiedenartigkeit der Produktionsmethode in der Branche und ihre Wirkung auf Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ 2. Diskussion. Kollegen! Im Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen!

Folgende Werkstätten sind besonders eingeladen: A. G. Ufer- und Guttenstraße, Baer u. Stein, Bergfeld, Erich u. Gräß, Lachmann, Witz u. Genack, Heidrich u. Vornis, Paetsch u. Zwietsch, Winkler und Mackenius.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Metalldecker Berlins und Umgegend

bei Graumann, Rannynstraße 27.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Vint. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Reges Besuchen wird erwartet.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für die westlichen Vororte

im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße 3.

Tages-Ordnung:

1. Der Verbandsrat in München. Referent: Kollege H. Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114.

Tages-Ordnung:

1. Antrag der Ortsverwaltung und Vertrauensleute betreffend zeitweise Erhöhung des Lokalbeitrages. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung. Jahresbericht des Vorstandes und Bericht der Revoren. 3. Renovation des ersten Bevollmächtigten, eines Revoren und zweier Beisitzer. 4. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Achtung!

Von Dienstag, den 19. März, früh an befinden sich unsere gesamten

Charitéstraße 3, Hof.

144/18 Die Ortsverwaltung.

„Zum Sporthaus“ Ziegenhals bei Zeuthen

Dampfer- und Bahnstation. Tel: Ags.-Wasserbau 175. Empfiehlt mein herrlich am Krossensee und Hochwald gelegenes Lokal den besten Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften zu Dampferausflügen. 41222

Zwei große Zäle, Regeldampfen, Kaffeeküche und Billardtafelungen aller Art. Um baldige Anmahlung bitten Max Hirschel.

Engroshaus Westmann

Hauptgeschäft W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.

Filiale: O., Große Frankfurterstr. 115, Andreasstraße.

Ich bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Jetzt wieder Einzelverkauf an Private

nach soeben beendeter Engros-Saison.

Nur neueste, schickste Konfektion und Kostüme.

Orig.-Modelle, Reismuster u. Kopien in Staubmänteln, Havelocks, Jacketts, Frauenmänteln, Abendmänteln, Kostüme, Röcke etc. vom einfachsten, mittleren bis zum hoch- elegantesten Genre, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig, schickste Ausführung, aparte Paasons, sollen zu nachstehenden Preisen, soweit der Vorrat reicht, bis zum 30. März abgegeben werden in 8 Serien:

Serie	1	2	3	4	5	6	7	8
früher bis	30 M.	45 M.	60 M.	85 M.	100 M.	120 M.	150 M.	300 M.
jetzt	14 M.	22 M.	29 M.	42 M.	49 M.	59 M.	74 M.	148 M.

mit Zwischenpreisen unter denselben Ermäßigungen ausverkauft werden.

Extra Trauer-Abteilung. Großes Lager in sämtl. Artikeln.

Sonntags geöffnet.

Um schnellstens zu räumen gebe ich auf die bereits schon herabgesetzten Preise noch 6 Proz. Extra-Rabatt.

Besuch sehr lohnend ohne Kaufzwang.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

August Felchow

am 9. März 1907 im Alter von 33 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Warstraße, aus statt. 124/14 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.

Todes-Anzeige.

Am 10. März verstarb das Mitglied 136/10

Adolf Lobedar.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes III in Weihenfelden aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am Sonntag verstorbenen Lithographen

Reinhold Müncheberg

findet heute Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Warstraße, aus statt. 20665 Das Komitee.

Orts-Krankenkasse der Gelb- u. Biingießer.

Die

General-Versammlung

der Vertreter für die Mitglieder dieser Kasse findet am Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Volkshaus, Halberstr. 21, statt, wozu sämtliche Vertreter der Arbeitnehmer hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Berichtigung der Protokolle. 2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung pro 1906. 3. Bericht des Rechnungsausschusses und Decharge-Erteilung. 4. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 21. 5. Gehalts- erhöhung des Vorstandes. 6. Kassens- angelegenheiten. Berlin, den 12. März 1907. 20665 Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Kranzbinderei W. Thiedtke, Rixdorf, Hermannstr. 65.

Sarg-Magazin

Albert Farchmin

NW., Stephanstr. 56, NW.

Fernsprecher II, 930.

Großes Lager sämtlicher Sorten Särge zu den billigsten Preisen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am Montag verstarb unser Mitglied, der Handelsmann

Eduard Fuchs

Dollendorferstr. 2. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem nördlichen Kirchhof in der Müllerstraße (früher Charité-Kirchhof) statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Stukkateure.

Nach längerem schweren Leiden verstarb unser Kollege

Max Oeser

am Montag, den 11. März, im 37. Lebensjahre. 178/10

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeon-Kirchhofes zu Br. Tempelhofer Weg, aus statt. Zahlreiche Teilnahme erwartet.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Stukkateure.

Paul Conrad.

Ehre seinem Andenken!

Am Montag früh 6 1/2 Uhr erlitt er nach kurzem schweren Krankenlager unser lieber Freund und Gesangsbruder 20665

Paul Conrad.

Ehre seinem Andenken!

Am Montag, den 11. März, verstarb er. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus statt. Der Vorstand.

Sängervereinigung „Süd-Ost“

W. d. A.-S.-S.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treuer Gesangsbruder, der Former

Paul Conrad

am Montag, den 11. März, verstarb. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus statt. Der Vorstand.

Spar- und Kredit-Verein Solidaria.

Am 11. d. Mts. starb unser Mitglied

Paul Conrad.

Beerdigung Donnerstag nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus am Urban. 20665 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallformer

Paul Conrad

gestorben ist. 114/20 Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Jakob-Kirchhofe in Rixdorf statt.

Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin II.

Hierdurch bringe ich zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

Ferdinand Holzmann

verstorben ist. 68/18 Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes, Reichenhagen, aus statt.

Die Ortsverwaltung Berlin II.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

Wilhelm Wurzel

am 11. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Demmerstr. 4, aus statt. Rege Beteiligung erwartet

114/19 Die Ortsverwaltung.

